

11. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten

I. Vorbemerkung	4
II. Ausstattung der Behörde	5
1. Personalausstattung	5
2. Finanzielle Ausstattung der Behörde	6
3. Sächliche Ausstattung der Behörde	7
III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter	8
1. Bürgerberatung	8
1.1. Beratung von Betroffenen	8
1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt	9
1.1.2. Rehabilitierung und Entschädigung	10
1.1.2.1. Rehabilitierungsrechtliche Vorschriften	10
1.1.2.2. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2004)	12
1.1.2.3. Beratungstage der Behörde in Landkreisen in Sachsen-Anhalt	15
1.1.2.4. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt	22
1.1.2.5. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge	22
1.1.2.6. Die Verbesserung der Leistungen für Hinterbliebene von Opfern des 17. Juni 1953	23
1.1.2.7. Rehabilitierung durch Stellen der Russischen Föderation	25
1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte	25
1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS	25
2. Zusammenarbeit und Unterstützung	26
2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes	26
2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes	26
2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung	26

2.1.3.	Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie der Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR	26	4.4.	Bibliothek	73
2.1.3.1.	Stand der Überprüfungen in den Ministerien, im Landesverwaltungsamt und nachgeordneten Einrichtungen	28	4.5.	Internet	73
2.1.3.2.	Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt	33	5.	Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten	74
2.1.3.3.	Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften und kreisangehörigen Städten des Landes Sachsen-Anhalt	35	6.	Informationen zum Stand der Rechtsprechung	84
2.1.3.4.	Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)	38	6.1.	Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitation und zu vermögensrechtlichen Fragen	84
2.1.3.5.	Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte)	44	6.1.1.	Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt	84
2.2.	Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen	46	6.1.2.	Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitation und zum Vermögensrecht (bundesweit)	84
2.3.	Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt	50	6.1.3.	Stand der Rechtsprechung im Bereich der Abgeordneten und des Öffentlichen Dienstes (bundesweit)	89
2.4.	Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer	54	6.2.	Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität	90
2.5.	Die Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten und den Außenstellen ihrer Behörde in Magdeburg und Halle	55	6.3.	Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle	91
2.6.	Zur Arbeit des Beirates der Bundesbeauftragten	57	Anhang		92
2.7.	Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt	58	1.	Workuta – Eine Reise in die Vergangenheit und Gegenwart einer geschundenen Region (Edda Ahrberg)	92
3.	Forschung	60	2.	Die Grabanlage für in Torgau verstorbene Häftlinge auf dem Gertraudenfriedhof in Halle	98
4.	Öffentlichkeitsarbeit	63	A:	Offener Brief einer Hallenser Bürgerin	98
4.1.	Broschüren	64	B:	„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Die Erkenntnisse des Ministeriums für Staatssicherheit über 117 ehemalige Torgauer Häftlinge, welche auf dem Gertraudenfriedhof in Halle Anfang der 1950er Jahre verscharrt wurden (Edda Ahrberg, Stand: 19.1.2005)	100
4.2.	Veranstaltungen	67	C:	Gesundheitliche Versorgung von 100 in Torgau verstorbenen Häftlingen (Maike Schmitz / Prof. Jörg Frommer, Stand: Januar 2005)	107
4.2.1.	„Vom Wert der Freiheit“	67	3.	Erster Bericht über die Opfer der Diktaturen vor und nach 1945 in Zeitz (Dr. Oskar Schmidt und Henriette Schmidt, Stand: 17.1. 2005)	126
4.2.2.	„1989/90: Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Ein zentrales Ereignis der Friedlichen Revolution“	68	4.	Kammergericht: Unterbringung von Jugendlichen im ehemaligen Jugendwerkhof Torgau grundsätzlich rechtsstaatswidrig (15.12.2004)	133
4.2.3.	Weitere Veranstaltungen	69			
4.3.	Rundbrief	72		Hinweis: Zitate sind <i>kursiv</i> gesetzt.	

I. Vorbemerkung

Das Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagengesetz für Sachsen-Anhalt verpflichtet mich als Landesbeauftragte, zum 31.3. eines jeden Jahres dem Landtag und der Landesregierung Bericht zu erstatten. Der hiermit vorgelegte 11. Bericht umfasst den Zeitraum vom 1.4.2004 bis 31.1.2005. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde der Aufbau der letzten Jahre beibehalten. Als Stichtag für die Angaben zur Überprüfung von Angestellten des öffentlichen Dienstes auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS und den Stand der Bearbeitung verschiedener Anträge wurde aus organisatorischen Gründen der 31.12.2004 gewählt. In Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 2004 beschlossen Stadträte und kommunale Vertretungen ihre Mitglieder zu überprüfen, so z. B. die Stadträte der Landeshauptstadt Magdeburg und von Halle sowie die Kreistage von Wernigerode und Quedlinburg. Vor dem Hintergrund des Auslaufens der Überprüfungsmöglichkeiten zum Ende des Jahres 2006 und den neu erschlossenen Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS („Rosenholz“) beschloss die Landesregierung eine Aktualisierung der Überprüfung von Führungskräften. Die Diskussion um die Verharmlosung der DDR-Geschichte in Ostalgie-Sendungen und die Auseinandersetzungen um die politische Vergangenheit des SPD-Landesvorsitzenden im Vorfeld seiner Wahl zeigten erneut, dass dieser Teil der deutschen Geschichte noch lange nicht abgeschlossene Vergangenheit ist. Wie wichtig es ist, junge Menschen darüber zu informieren, zeigte eine „Volksstimme“-Umfrage zum 15. Jahrestag des Mauerfalls. An drei Gymnasien in Magdeburg, Stendal und Wanzleben wurden 167 Schüler über den DDR-Alltag befragt. Von ihnen wussten z. B. nur 5,4 % etwas mit dem Jahr 1953 anzufangen, trotz der umfangreichen Berichterstattung in sämtlichen Medien zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 („Volksstimme“ vom 9.11.2004).

Neben der nach wie vor sehr wichtigen Beratungstätigkeit war ein Schwerpunkt in der Arbeit des Jahres 2004 die Zusammenarbeit ostdeutscher und sowjetischer Sicherheits- und Justizorgane sowie die Tätigkeit von Sowjetischen Militärtribunalen. Ausgangspunkt hierfür waren die Vorgänge um den 17. Juni 1953 und die Auseinandersetzungen um die Grabanlage für verstorbene SMT-Verurteilte auf dem Gertraudenfriedhof in Halle (siehe Punkt 2.2.). An diesem Thema muss in Verbindung mit der Erinnerung an das Kriegsende vor 60 Jahren im Sommer 2005 und darüber hinaus im Rahmen der EU-Osterweiterung dringend weiter gearbeitet werden. Viele Menschen wurden zur Verbüßung der Haft oder zur Vollstreckung des Todesurteils in die Sowjetunion verbracht und mussten dort gemeinsam mit Menschen aus vielen osteuropäischen Ländern Jahre ihres Lebens unter

schrecklichsten Bedingungen zubringen. Über die Verhältnisse in einer der Straflagerregionen, in Workuta hinter dem Polarkreis, konnte ich mich selbst informieren (s. Bericht im Anhang).

Zum 51. Jahrestag konnte das Buch „Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“ mit Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erscheinen, an dessen Herausgabe unsere Behörde maßgeblich beteiligt war. Der Justizminister von Sachsen-Anhalt bemüht sich in diesem Zusammenhang um eine Verbesserung der Leistungen für hinterbliebene Angehörige.

Die Erinnerung an die Ereignisse des Herbstes 1989 vor 15 Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit bildete einen weiteren Schwerpunkt. In diesem Zusammenhang fanden mehrere Veranstaltungen, u. a. zur Lehrerfortbildung, statt. In ihnen ging es um die historischen Abläufe und deren Folgen. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der Wiedervereinigung am 3.10.2005 sollte das Bürgerdenkmal „zu Ehren und zum Gedenken der Montagsdemonstrationen des Herbstes 1989“ vor dem Magdeburger Dom fest im jährlichen Veranstaltungskalender verankert werden.

Mit der Vorlage dieses Berichtes endet meine zweite Amtszeit als Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, mich bei allen, die mich in dieser Arbeit unterstützt und kritisch begleitet haben, zu bedanken.



Edda Ahrberg

II. Ausstattung der Behörde

1. Personalausstattung

Der Landesbeauftragten stehen 5 Mitarbeiter zur Verfügung, die jeweils ein spezielles Arbeitsgebiet abdecken.

Durch die zu Beginn des Jahres 2004 eingeführte neue Arbeitszeitregelung (Verkürzung der Arbeitszeiten in der Behörde um insgesamt 52 Stunden monatlich) kam es, wie befürchtet, zu Einschnitten im Arbeitsablauf. 6,5 % der Kapazität entfielen damit ersatzlos. Die Bearbeitungsfrist für Vorgänge verlängerte sich aus diesem Grund.

Eine Mitarbeiterin hat erfolgreich den Angestelltenlehrgang I besucht.

2. Finanzielle Ausstattung der Behörde

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wies im Jahr 2004 im Einzelplan 11 Ministerium der Justiz im Kapitel 1114 der Landesbeauftragten folgende finanziellen Mittel zu: (Die Tabelle zeigt den Vergleich zum Jahr 2003.)

Titel	Zweckbestimmung	Zuweisung 2003	Zuweisung 2004
511 01	Geschäftsbedarf	16.600 €	16.600 €
	Bücher und Zeitschriften		
	Post- und Fernmeldegebühren		
	Unterhaltung von Geräten und Ausstattung		
	Ersatz und Ergänzung der Geräte		
514 02	Betreuungskosten bei der Beratung	1.000 €	1.000 €
525 01	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	4.000 €	4.100 €
526 01	Sachverständigen- / Gerichtskosten	0 €	0 €
527 01	Reisekosten	4.500 €	4.500 €
531 01	Veröffentlichungen	14.500 €	16.000 €
532 01	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	14.500 €	14.500 €
537 01	Behördenumzüge	0	0
533 01	Dienstleistungen Außenstehender	10.300 €	10.300 €
546 59	Vermischte Verwaltungsaufgaben	1.000 €	1.000 €
685 11	Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung	18.400 €	18.400 €
685 51	Sonstige Zuschüsse	18.400 €	18.400 €
685 52	Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	51.100 €	71.100 €

Im Zuge der geforderten Einsparungen für den Nachtragshaushalt 2004 wurden dem Titel 531 01 (Veröffentlichungen) 8.000 € entzogen. Durch Einsparungen in den anderen Titeln der 5er Gruppe konnte die zu Beginn

des Haushaltsjahres festgelegte und vertraglich gebundene Anzahl von Broschüren gedruckt werden. Bei der Druckvorbereitung dieser Broschüren wurde wie in den vergangenen Jahren der Satz der Broschüren von Mitarbeitern der Behörde ausgeführt. Das führte zu erheblichen Kosteneinsparungen.

Der jährlich stattfindende bundesweite Kongress der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, an dessen Finanzierung sich alle Landesbeauftragten und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beteiligen, fand 2004 in Jena statt. Im Haushaltsjahr 2004 wurde der Beitrag von Sachsen-Anhalt aus dem Titel 525 01 mit 4.100 € finanziert.

Die jährlich stattfindende, gemeinsam mit dem Kultusministerium durchgeführte, Lehrerfortbildungsveranstaltung wurde aus dem Titel 532 01 (Öffentlichkeitsarbeit) mit 2.500 € finanziert. An ihr beteiligten sich im Jahr 2004 auch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Landeszentrale für politische Bildung.

Im Bezug auf die Titel 685 11 und 685 51, aus denen die Landbeauftragte die Zuwendungen an Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vergibt, wurden die Mittel 2004 mit je 18.400 € stabil gehalten. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin fördert nur Projekte mit länderübergreifender Bedeutung, wenn das jeweilige Land einen angemessenen finanziellen Beitrag dazu leistet. Auf Antrag der Landesbeauftragten wurde im Haushalt 1999 ein Titel 685 52 neu aufgenommen und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 DM (51.100 €) für die Jahre 2000 bis 2004 versehen. Dadurch wurde es möglich mit der Stiftung eine Vereinbarung abzuschließen, die eine anteilige Förderung durch die Behörde der Landesbeauftragten regelt. Im Haushaltsjahr 2004 wurde im Zuge der Bereinigung des Landeshaushalts ein Titel im Haushalt des Innenministeriums, der für die Zuwendungen an das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. eingerichtet war, gestrichen und die Mittel in Höhe von 20.000 € in den Titel 685 52 im Haushalt der Landesbeauftragten übertragen. Der Titel erhielt danach die Bezeichnung: „Zuschüsse an Vereine zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Hieraus wurden Projekte des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg und des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V. in Halle gefördert.

3. Sächliche Ausstattung der Behörde

Die sächliche Ausstattung der Behörde ist abgeschlossen. Ergänzungen erfolgen in Anpassung an den laufenden Geschäftsbetrieb.

III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter

1. Bürgerberatung

Dieser Bereich hat sich in den letzten Jahren nicht verändert. Auch für die kommenden Jahre ist der Beratungsbedarf schon jetzt abzusehen. Die Beratung von einzelnen Personen, aber auch Behörden, Institutionen und Vereinen im Umgang mit den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit oder Rehabilitierungsfragen nimmt nach wie vor den größten Teil der Arbeit ein. Die Beratungsgespräche beinhalten konkrete Einzelfragen, aber auch bei den Mitarbeitern der genannten Einrichtungen das Bedürfnis, Teile ihrer Lebensgeschichte zu erzählen. Dahinter steht der Wunsch, sich damit auseinander zu setzen. Immer noch ist das Interesse an den Machtstrukturen in der DDR und ihren Folgen sowie an den Zusammenhängen zwischen Ereignissen und Entscheidungen sehr groß.

1.1. Beratung von Betroffenen

Die Beratung und Unterstützung von Menschen, welche von SED-Unrecht betroffen sind, und deren Angehörigen wird seitens der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter als ihre wichtigste Aufgabe gesehen. Die Folgen von Repression in den vorangegangenen Jahrzehnten liegen tiefer und dauern länger an, als im Herbst 1989 vermutet wurde. Das wurde inzwischen auch durch wissenschaftliche Forschungen bestätigt.

Die Landesbeauftragten veröffentlichten im Januar 2004 gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein erneutes Gutachten zu gesundheitlichen Folgen politischer Haft in der DDR. Allerdings haben es diese Erkenntnisse sehr schwer, in Verwaltungshandeln Eingang zu finden. Die bis in die Gegenwart andauernde Diskussion über den Umgang mit den Opfern des Nationalsozialismus und die Formen der Erinnerung an die Folgen dieser Diktatur zeigen, wie schwer es ist, überhaupt mit den Folgen einer Diktatur umzugehen. Sie prägen auch die nachkommenden Generationen.

Schriftliche, telefonische und persönliche Anfragen erreichen die Landesbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet. Viele, denen auf dem Gebiet von Sachsen-Anhalt zwischen 1945 und 1990 aus politischen Gründen Unrecht geschah, sind weggezogen und finden gerade in den alten Bundesländern keinen fachkundigen Ansprechpartner. Die Anfragen umfassen sowohl einfache Fragen nach Anträgen auf Einsicht in die Unterlagen des MfS und anderer Archive als auch tiefgehende Probleme bei der Bewältigung des Geschehenen. Der Umgang mit diesen Erinnerungen muss gelernt werden, hierfür fehlen jedoch häufig geeignete Begleiter. Hinzu kommt für viele die Enttäuschung über den mangelnden Ausgleich für das

Erlebte und der Ärger über den bürokratischen Aufwand, der bei der Stellung der Anträge in Kauf genommen werden muss.

Die telefonischen Anfragen und Gespräche nehmen einen großen Anteil an der Beratung ein. Das ist der Tatsache geschuldet, dass ein großer Teil der Ratsuchenden bereits sehr alt ist, aber auch der flächenmäßigen Ausdehnung des Landes Sachsen-Anhalt. Die Betroffenen werden neben dem Hinweis auf antragsbearbeitende Behörden auch bei der Suche nach Dokumenten in anderen Archiven, welche die Verfolgung belegen, unterstützt. Besonders diejenigen Betroffenen haben es schwer, eine versagte Rehabilitation zu begreifen, bei denen entsprechende Unterlagen, wie die Urteile oder andere Verwaltungsunterlagen der DDR inzwischen vernichtet wurden.

Niedersachsen

Schon in den vergangenen Jahren erreichten die Behörde immer wieder Anfragen aus den alten Bundesländern von Menschen, die irgendwann einmal vor 1990 in Sachsen-Anhalt gewohnt haben oder andere Beziehungen zu den ehemaligen DDR-Bezirken Halle und Magdeburg hatten. Im Ergebnis der durch die Landesbeauftragten von Thüringen und Sachsen-Anhalt 2004 in Hannover durchgeführten Beratungstage richtete das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport ein Sachgebiet für die Beratung im Zusammenhang mit politischer Verfolgung durch die DDR ein:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Referat 42
Tina Scherweit
Clemensstr. 17
30159 Hannover
Tel. 05 11 - 1 20 47 59
Fax 05 11 - 1 20 99 47 59

Die gemeinsamen Beratungstage sollen 2005 fortgesetzt werden.

1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt

Im Berichtszeitraum war es möglich, die Beratungsinitiative mit Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fortzusetzen. Ein im Bereich der psycho-sozialen Beratung geschulter Mitarbeiter der Caritas stand bei den Beratungstagen der Landesbeauftragtenbehörde und auch für Einzelgespräche zur Verfügung (Näheres unter Punkt 1.1.2.3.). Darüber hinaus werden Betroffene in Absprache an niedergelassene Psychologen weiter verwiesen.

Die Anerkennung von gesundheitlichen Folgen politischer Repression durch die zuständigen Behörden bleibt ein Problem, welches dringend durch eine Veränderung der gesetzlichen Grundlagen gelöst werden muss.

1.1.2. Rehabilitation und Entschädigung

1.1.2.1. Rehabilitierungsrechtliche Vorschriften

Aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2003 (Bundesgesetzblatt 2003 Teil I, S. 2834) ist die Antragstellung bei Gericht bzw. bei der Rehabilitierungsbehörde **nunmehr** bis zum **31. Dezember 2007** möglich.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die gesetzlich (§ 16 Absatz 1 Häftlingshilfegesetz) festgelegten Zuweisungen zusätzlicher Bundesmittel (für 2004: 14,726 Mio. €) an die **Stiftung für ehemalige politische Häftlinge** mit Ende 2005 auslaufen – die Stiftung kann danach zugunsten von Inhabern einer HHG-Bescheinigung allein auf ihr Stiftungsvermögen (53,6 Mio. DM, also rund 27,4 Mio. €) zurückgreifen. Die Mittel für die Inhaber einer strafrechtlichen Rehabilitation sind bis einschließlich 2007 vorhanden.

Die **Strafrechtliche Rehabilitation** ist möglich nach einer politisch motivierten Verurteilung oder sonstigen Anordnung zur Freiheitsentziehung, sofern diese der politischen Verfolgung oder sonstigen sachfremden Zwecken gedient hat. Zuständig ist das Landgericht am Sitz des ehemaligen Bezirks der DDR, in dem die Verurteilung ausgesprochen wurde, z. B. in Sachsen-Anhalt:

Landgericht Magdeburg – Rehabilitierungskammer –
Halberstädter Str. 8, 39112 Magdeburg
Tel. 03 91 - 6 06.0
bzw. das
Landgericht Halle/Saale – Rehabilitierungskammer –
Hansering 13, 06108 Halle/Saale
Tel. 03 45 - 2 20.0

Jede strafrechtliche Rehabilitation begründet für den Betroffenen Ansprüche auf **soziale Ausgleichsleistungen**, sofern er nicht gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Soziale Ausgleichsleistungen werden auf Antrag als Kapitalentschädigung gewährt (306,78 € pro Haftmonat). Wenn der Betroffene den Antrag nach dem 18. September 1990 gestellt hat, ist die Kapitalentschädigung auch vererblich. Eine Nachzahlung zur bereits gewährten Kapitalentschädigung aufgrund der Erhöhung des Entschädigungsbetrags erfolgt nur auf Antrag des Betroffenen (der Erben).

In Sachsen-Anhalt strafrechtlich Rehabilitierte senden den Antrag an das

Landesverwaltungsamt
Abteilung 6 – Referat 610
Maxim-Gorki-Straße 4–7, 06114 Halle (Saale)
Tel. 03 45 - 52 76.0

bzw. das
Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Magdeburg
Abteilung 6 – Referat 610
Halberstädter Straße 39a, 39001 Magdeburg,
Tel. 03 91 - 6 27 30 00.

Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, senden den Antrag an das

Landesverwaltungsamt
Referat 210
Postfach 20 02 56
06003 Halle/Saale.

Im Zeitraum bis 2004 wurden in Sachsen-Anhalt **30.003 Anträge auf strafrechtliche Rehabilitation** und von den daraufhin Rehabilitierten **13.899** Anträge auf Kapitalentschädigung nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gestellt. Zu dieser Zahl kommen noch die Anträge auf Kapitalentschädigung der nach dem HHG anerkannten politischen Häftlinge, in Sachsen-Anhalt bislang insgesamt **1.937**, davon 10 Erstantragssteller im Jahr 2004.

Zusätzlich besteht sowohl für ehemalige Häftlinge als auch für sonst rechtsstaatswidrig in ihrer Berufstätigkeit Beeinträchtigte ein Anspruch auf **berufliche Rehabilitation** zum **Ausgleich** eventueller **Nachteile in der Rentenversicherung**.

Für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitation zuständig ist die Behörde des Landes, in dessen Gebiet das Verwaltungsunrecht bzw. die berufliche Benachteiligung stattgefunden haben, z. B. in Sachsen-Anhalt:

Landesverwaltungsamt
Referat 210
Postfach 20 02 56, 06003 Halle/Saale,

persönliche Vorsprache sowie weitere Postanschrift:

Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Dessau
Referat 210
Kühnauer Straße 161, 06843 Dessau
Tel. 03 40 - 65 06.0.

Im Zusammenhang mit der Fristverlängerung der Antragsmöglichkeit ist die Antragstellung durch den Rentenversicherungsträger entfallen. Die BfA und die LVAs haben zwar zugesichert, bis 2007 alle Rentenverläufe – auch der noch Erwerbstätigen – auf Rehabilitierungsmöglichkeiten zu prüfen. Rund drei Viertel der Rentenverläufe sind bereits überprüft. Nach Auskunft der BfA (Pressestelle in Berlin) hat aber von den übrigen Rentenversicherten bislang nur **rund ein Viertel** auf die Aufforderungen der Rentenversicherungsträger zur Kontenklärung reagiert.

Die Werte der monatlichen **Ausgleichsleistung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz** (§ 8 Absatz 3) betragen seit 1.1.2003 bis zu 184 Euro bzw. für Rentner 123 Euro. Der Antrag ist weiterhin beim Sozialamt des örtlichen Landratsamts bzw. der kreisfreien Stadt zu stellen (Frist: 31.12.2008). Die Einkommensgrenze wird regelmäßig (zusammen mit den Sozialhilfesätzen) neu festgesetzt.

1.1.2.2. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2004)

Den mit den Anträgen befassten Richtern und Mitarbeitern der Verwaltung sei an dieser Stelle ein Dank für die Bearbeitung der meist sehr komplexen und mit großen Schwierigkeiten verbundenen Vorgänge ausgesprochen.

Die Einrichtung des Landesverwaltungsamtes und die damit verbundene Auflösung der Rehabilitierungsbehörden in Halle und Magdeburg zog einen Mitarbeiterwechsel nach sich. Leider konnte dabei auf die langjährig erworbene Fachkompetenz der Mitarbeiter nicht immer Rücksicht genommen werden.

Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

Die strafrechtliche Rehabilitierung wurde schon 1992 in dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geregelt, nachdem am 18.9.1990 noch die Volkskammer der DDR ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.

Rehabilitierungen:

In Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz verzeichneten die Landgerichte in Sachsen-Anhalt 30.003 Eingänge von 1990 bis 2004. Für die Jahre 2003 und 2004 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung:

	2003	2004		2003	2004
Eingänge	474	320	Erled. d. Beschluss: Antrag war	529	395
Erledigungen	645	484	begründet	198	146
unerledigt	490	326	teilw. begründet	100	79
Erledigungen durch Beschluss	529	395	nicht begründet	216	144
Erledigungen durch Sonstiges	116	89	unzulässig	15	26

Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen eine anderes Landgericht zuständig war.

Folgeleistungen:

(aus der vom Minister für Gesundheit und Soziales mit Schreiben vom 11.1.2005 übermittelten Tabelle – § 17 V regelt die Nachzahlungen)

	2003					2004				
StrRehaG	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22
Anträge	101	278	54	20	1	71	187	13	22	0
Bewilligungen	131	274	111	4	0	85	188	55	6	0
Ablehnungen	8	33	6	15	1	2	25	10	22	2
Sonstige Erledigungen	5	19	0	1	0	4	27	6	3	0
offene Fälle	37	131	76	37	4	17	83	18	28	2

Aus der übermittelten Tabelle mit der Aufstellung der Zahlen wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die letzten beiden Jahre der Erfassung ausgewählt. Für die Übersicht zu den einzelnen Jahren von 1993 bis 2002 wird auf den 4. bis 10. Tätigkeitsbericht verwiesen.

	bis 2004 gesamt				
StrRehaG	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22
Anträge	7.784	13.899	9.049	1.065	168
Bewilligungen	7.466	11.400	8.205	236	12
Ablehnungen	205	883	33	513	101
Sonstige Erledigungen	96	1.533	793	288	53
offene Fälle	17	83	18	28	2

Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen eine anderes Bundesland zuständig war.

Statistik der Antragsbearbeitung – Anteil der genehmigten Anträge (Bewilligungen) an den gestellten Anträgen:

§ 6 StrRehaG: 95,91 % (Erstattungen von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen)

§ 17 I StrRehaG: 82,02 % (Kapitalentschädigung für Freiheitsentziehung)

§ 17 V StrRehaG: 90,67 % (Kapitalentschädigung, Nachzahlung)

Leistungen aufgrund verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden:

Wie bereits im 8. Tätigkeitsbericht erwähnt, wurden auf Anregung des Bundeskanzleramts alle abschlägig beschiedenen Anträge auf Versorgungsleistung erneut überprüft. In den Jahren bis 2004 wurden insgesamt 1.065 Anträge auf Beschädigtenversorgung und 168 Anträge auf Hinterbliebenenversorgung gestellt, von denen nach den Angaben aus dem Schreiben des Ministers für Gesundheit und Soziales (vom 11.1.2005) 236 bzw. 12 – einschließlich der in den letzten Jahren erneut überprüften Fälle – bewilligt wurden:

§ 21 StrRehaG: 22,16 % (Beschädigtenversorgung/Haftfolgeschäden)

§ 22 StrRehaG: 7,14 % (Hinterbliebenenversorgung)

Gerichtsgebühren an Sozialgerichten:

Die Sozialgerichte entscheiden über Klagen betreffend die Beschädigtenversorgung und die Hinterbliebenenversorgung. Ab 1.1.2005 muss der Kläger vor dem Sozialgericht eine Verfahrensgebühr von 75 € im Voraus entrichten.

Folgeleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz:

Auch für Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, wurde die Kapitalentschädigung erhöht. Zuständig ist das Landesverwaltungsamt, Referat 210. Von dort wurden 57 Neuerteilungen von Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG, 10 Fälle der Erstantragsstellung zur Kapitalentschädigung (306,78 € pro Haftmonat; Vorjahr: 9) und 9 Fälle der Nachzahlung (8 Fälle zu 25,56 € und 1 Fälle zu 153,39 €; Vorjahr: 21) gemeldet. Insgesamt ergibt dies folgendes Bild (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittlicher Zahlbetrag
2004	19	53.329,01 €	2.806,79 €
2003	30	49.206,72 €	1.640,22 €
2002	151	165.762,64 €	1.097,77 €
2001	607	1.247.652,51 DM	2.055,44 DM
2000	1.160	3.953.813,13 DM	3.408,46 DM

2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Für die Zeit seit Inkrafttreten des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1994 bis zum 31.12.2004 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung der Tätigkeit des Landesverwaltungsamts,

Referat 210 (seit 1.12.2003 muss gegen einen ablehnenden Bescheid ohne Widerspruchsverfahren sofort geklagt werden):

Stand: 31.12.2004 – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz			
Eingänge	4.852	Erled. d. Bescheid: Antrag war	3.151
Erledigungen	4.024	begründet	1.647
unerledigt	828	teilw. begründet	83
Erled. d. Bescheid	3.151	nicht begründet oder unzulässig	1.421
Erled. d. Sonstiges	873		

Stand: 31.12.2004 – Berufliches Rehabilitierungsgesetz			
Eingänge	14.579	Erled. d. Bescheid: Antrag war	8.830
Erledigungen	11.910	begründet	6.514
unerledigt	2.669	teilw. begründet	727
Erled. d. Bescheid	8.830	nicht begründet oder unzulässig	1.589
Erled. d. Sonstiges	3.953		

Hiervon lag 9.359 Anträgen eine strafrechtliche Rehabilitation zugrunde und 1.519 Anträgen eine verwaltungsrechtliche Rehabilitation. In den übrigen Fällen war nur das Berufliche Rehabilitierungsgesetz anzuwenden, da von in 523 Fällen die Regelung für verfolgte Schüler.

1.1.2.3. Beratungstage der Behörde in Landkreisen in Sachsen-Anhalt

Mit Fragen zu den Rehabilitierungsgesetzen kann sich jeder an die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wenden.

Durch die Behörde wurden von März bis November 2004 an 34 Terminen Beratungstage in der kreisfreien Stadt Halle, zwei Landkreisverwaltungen Sachsen-Anhalts und – vermittelt durch die zuständigen Landkreise – 31 kreisangehörigen Städten (siehe untenstehende Tabelle) durchgeführt – am Sitz der Behörde in Magdeburg besteht regelmäßig Gelegenheit zur Beratung.

Die Beratungsgespräche wurden durch einen Berater aus der Behörde und einen Berater des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e. V. (finanziert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) mit einer

Weiterbildung zur psychosozialen Beratung im Umgang mit dem DDR-Unrecht durchgeführt. Die Beratungstage dauerten durchschnittlich 6 Stunden (Fahrzeiten nicht eingerechnet).

Anzahl der Besucher bei den Beratungstagen 2004:

Mücheln	50	Bad Schmiedeberg	28
Oschersleben	5	Barby	27
Braunsbedra	15	Gerbstedt	7
Arendsee	48	Lutherstadt Mansfeld	14
Allstedt	9	Helbra	43
Gröningen	10	Jeßnitz	13
Sandau	2	Sangerhausen (Kreisvw.)	35
Staßfurt	52	Wegeleben	32
Lützen	10	Kelbra	9
Teuchern	26	Oranienbaum	7
Wanzleben	18	Wefensleben	1
Güsten	6	Elbingerode	22
Nienburg	14	Köthen	22
Gröbzig	19	Sandersdorf	42
Merseburg	10	Halle	13
Schönebeck (Kreisvw.)	1	Jerichow	6
Freyburg	23	Bismark/Altmark	71
		Summe	701

Damit haben sich die durchschnittlichen Besucherzahlen vom Jahr 2001 (35) nach einem leichten Rückgang 2002 (30) und einer Steigerung 2003 (34) wieder reduziert auf **21**.

Die Anzahl der Beratungsgespräche ergibt sich aus anliegender Tabelle. Dadurch, dass jede beratene Person für jeden Antrag separat erfasst wurde, stimmt die Summe der Anträge nicht mit der Anzahl der beratenen Personen überein. Besonders Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung, berufliche Rehabilitierung und Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge – Stiftung des Öffentlichen Rechts – in Bonn erforderten einen erheblichen Beratungsaufwand. Praktisch alle beratenen Personen stellten einen Stasi-Akten-Einsichts-Antrag.

2004 nach Orten (sortiert nach Datum)

Nach Lage des Falles war noch zu stellen:	Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung	Antrag auf Kapitalentschädigung	Nachzahlungsantrag (erhöhte Kapitalentschädigung)	Antrag auf berufliche Rehabilitierung (mit oben Erfassten)	Antrag auf Rehabilitierung durch die russische Föderation	Sonstige Anfragen (einschl. Stiftung f. ehem. polit. Häftlinge)	Antrag auf Akteneinsicht (nach Absprache mit BStU ab 5/2001)	Summe (Ort)
Mücheln	1	2	-	4	-	3	49	50
Oschersleben	-	-	-	2	-	2	3	5
Braunsbedra	-	-	-	-	-	2	14	15
Arendsee	2	-	1	3	-	10	39	48
Allstedt	-	-	-	-	-	2	8	9
Gröningen	-	-	-	-	1	5	7	10
Sandau	-	-	-	-	-	1	1	2
Staßfurt	2	1	1	4	-	6	50	52
Lützen	-	-	-	1	-	3	9	10
Teuchern	-	-	-	-	-	3	24	26
Wanzleben	-	-	-	3	-	1	17	18
Güsten	1	-	-	1	-	4	3	6
Nienburg	-	-	-	-	-	3	12	14
Gröbzig	-	-	-	-	-	2	18	19
Merseburg	1	1	-	1	-	2	9	10
Schönebeck	-	-	-	-	-	-	1	1
Freyburg	1	-	-	3	-	8	18	23
Bad Schmiedeberg	1	-	-	1	-	4	26	28
Barby	1	-	-	1	1	7	23	27

Nach Lage des Falles war noch zu stellen:	Antrag auf strafrechtliche Rehabili- tierung	Antrag auf Kapitalentschädigung	Nachzahlungsantrag (erhöhte Kapitalentschädigung)	Antrag auf berufliche Rehabilitie- rung (mit oben Erfassten)	Antrag auf Rehabilitierung durch die russische Föderation	Sonstige Anfragen (einschl. Stiftung f. ehem. polit. Häftlinge)	Antrag auf Akteneinsicht (nach Ab- sprache mit BStU ab 5/2001)	Summe (Ort)
Gerbstedt	-	-	-	1	-	1	6	7
Lutherstadt Mansfeld	-	-	-	-	-	-	14	14
Helbra	-	-	1	4	-	2	42	43
Jeßnitz	-	-	-	3	-	3	11	13
Sangerhausen	-	-	-	-	-	6	30	35
Wegeleben	1	1	-	1	-	8	29	32
Kelbra	1	-	-	2	-	3	6	9
Oranienbaum	-	-	-	1	-	3	6	7
Wefensleben	-	-	-	-	-	-	1	1
Elbingerode	1	1	-	3	1	4	21	22
Köthen	-	-	-	2	-	3	20	22
Sandersdorf	4	2	-	2	6	15	33	42
Halle	-	-	-	2	-	2	12	13
Jerichow	1	1	-	2	-	2	5	6
Bismark	1	-	-	4	-	7	63	71
Summe	19	9	3	51	9	124	630	701
Quote	3 %			7 %			90 %	

Zusammenfassung 2001–2004 nach Landkreisen:

Nach Lage des Falles war noch zu stellen:	Antrag auf strafrechtliche Rehabili- tierung	Antrag auf Kapitalentschädigung	Nachzahlungsantrag (erhöhte Kapitalentschädigung)	Antrag auf berufliche Rehabilitie- rung (mit oben Erfassten)	Antrag auf Rehabilitierung durch die russische Föderation	Sonstige Anfragen (einschl. Stiftung f. ehem. polit. Häftlinge)	Antrag auf Akteneinsicht	Summe (Antragssteller/Ort)
Anhalt-Zerbst	1	-	1	16	1	18	111	135
Aschersleben-Staßfurt	5	4	1	13	-	10	66	81
Bernburg	8	7	-	11	-	19	67	91
Bitterfeld	7	5	2	17	6	35	167	207
Bördekreis	3	3	-	10	1	11	67	83
Burgenlandkreis	6	6	1	22	1	15	98	130
Dessau (Stadt)	7	8	-	15	-	13	26	54
Halberstadt	7	7	2	14	-	19	80	104
Halle (Stadt, Saalkreis)	2	-	1	6	-	12	38	52
Jerichower Land	4	4	1	20	1	15	51	80
Köthen	1	1	-	7	-	10	77	90
Mansfelder Land	13	13	2	35	-	30	97	147
Merseburg-Querfurt	8	9	1	23	1	20	151	183
Ohrekreis	5	5	-	20	1	15	115	140
Quedlinburg	5	5	3	17	3	9	35	52
Salzwedel	11	9	1	24	-	32	207	250
Sangerhausen	7	6	3	27	-	22	102	145
Schönebeck	5	5	1	12	1	20	54	84
Stendal	13	9	5	47	2	39	262	300

Nach Lage des Falles war noch zu stellen:	Antrag auf strafrechtliche Rehabilitation	Antrag auf Kapitalentschädigung	Nachzahlungsantrag (erhöhte Kapitalentschädigung)	Antrag auf berufliche Rehabilitation (mit oben Erfassten)	Antrag auf Rehabilitation durch die russische Föderation	Sonstige Anfragen (einschl. Stiftung f. ehem. polit. Häftlinge)	Antrag auf Akteneinsicht	Summe (Antragsteller/Ort)
Weißenfels	8	8	1	16	1	24	134	168
Wernigerode	9	9	2	31	4	24	87	126
Wittenberg	9	9	4	18	-	18	89	127
Summe (2001–2004)	146	136	32	438	25	440	2.314	2.989
Quote	5 %			15 %			77 %	

Durchschnittswert: 29 (Stand 12/2004 nach 103 Beratungstagen); Anmerkung: Termine in Halle: 2002 bei der BStU, Ast. Halle; 2003 in der Kreisverwaltung Saalkreis; 2004 im Stadthaus Halle

Aufgrund der Neuorganisation der Dezernate 27 der Regierungspräsidien Magdeburg und Halle im Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Dessau als Referat 210 zum Jahreswechsel konnten an mehreren Beratungstagen im Unterschied zum Jahr 2003 keine Mitarbeiter des Landesverwaltungsamts teilnehmen.

An einem Beratungstag nahm eine Mitarbeiterin des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport teil. Dort sollen ab 2005 ebenfalls landesweit Beratungstage angeboten werden. Ein dreitägiges Beratungsangebot der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt und Thüringen in Kooperation mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport in Hannover wurde von 122 Personen (LStU LSA 77, ThLStU 45) wahrgenommen. Zusätzlich wandten sich eine Reihe von Personen aus Niedersachsen telefonisch in dieser Zeit an die Mitarbeiter.

In mehreren Fällen wurde eine weiterführende psychosoziale Beratung gewünscht. Dieses zusätzliche Angebot – ermöglicht durch den Einsatz des Beraters des Caritasverbandes auch über die Beratungstage hinaus

(finanziert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) – wurde bis einschließlich November von neun Personen in Anspruch genommen. Hierzu erfolgten bis zu fünf Hausbesuche, bei denen die Probleme der Klienten ausführlich erörtert wurden. Die Tatsache allein, dass ein Berater das Einzelschicksal für so wichtig hielt und deshalb für den Hausbesuch den weiten Weg von Magdeburg auf sich nahm, war für die Klienten unabhängig von der Erfolgsaussicht eventueller Anträge von besonderer Bedeutung. Für die Betroffenen besonders problematisch ist es, wenn die Rehabilitierungsgesetze wegen der Aktenlage nicht greifen, obwohl offensichtlich staatliches Unrecht vorlag. Weitere Hausbesuche, die sich als notwendig erwiesen haben sind in Vorbereitung.

Die Zahlen der Beratungsgespräche sprechen für Folgendes:

- Beratungsbedarf besteht insbesondere in der Nähe der ehemaligen innerdeutschen Grenze (Beispiel: Arendsee, Bismark), insbesondere aber in ländlichen Gebieten auch in Städten mit weniger als 10.000 Einwohnern.
- Manche Betroffenen werden erst nach mehrmaligen Pressemitteilungen aufmerksam (Beispiel: Beratungstage in Helbra mit 43 Besuchern nach Tagen in Gerbstedt und Mansfeld, alle im Mansfelder Land); besonders hohe Besucherzahlen in der Altmark (Arendsee, Bismark) können teilweise auch auf die dort bestehende Konkurrenzsituation der zwei gängigen Tageszeitungen zurückgeführt werden.
- Die zur Verfügung stehende Zeit reichte nicht aus, alle Probleme zu besprechen (Siehe das Zusatzangebot zur weiterführenden psychosozialen Beratung).
- Die Informationen über die Rehabilitierungsmöglichkeiten haben weiterhin immer noch nicht alle Betroffenen erreicht (auch in den alten Bundesländern – vgl. dreitägiges Beratungsangebot in Hannover mit ca. 100 Besuchern); ein Teil der Beratungsgespräche zur Rehabilitation hatte zum Anlass, dass ein Schreiben der Rentenversicherung wegen der Kontenklärung vorlag und dort auf (haftbedingte) Fehlzeiten hingewiesen wurde.

In Abhängigkeit von der Geschwindigkeit, mit der die BfA die Kontenklärungen durchführt, ist in den nächsten Jahren mit gleichbleibendem oder wieder zunehmendem Beratungsbedarf zu rechnen.

Bei dem Beratungsangebot in Hannover und am Beispiel von Einzelfällen, in denen die Betroffenen aus ihren neuen Wohnsitzen in den alten Bundesländern zu den Beratungstagen angereist sind, wurde deutlich, dass die heute in den alten Bundesländern wohnenden ehemaligen Häftlinge oft die Nachzahlung zur Kapitalentschädigung und die berufliche Rehabilitation nicht beantragt haben – sie haben lediglich die Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG und Leistungen der (damals in Berlin-Marienfelde sitzenden) Stiftung erhalten.

1.1.2.4. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt

Die Landesregierung wurde bereits 1999 gebeten zu prüfen, inwieweit eine verbesserte Rentenregelung der Opfer möglich ist. Dieser Landtagsbeschluss erfolgte ohne Gegenstimmen (einstimmig). Er trägt die Nummer 3/27/2174b. Das Plenum wird sich damit nicht mehr beschäftigen.

Ein Gesetzesantrag der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt vom 25.05.2004 (Bundsrats-Drucksache 425/04) sieht die Gewährung einer Opferpension in Abhängigkeit von der Dauer der Verfolgungsmaßnahme (stufenweise von 150 Euro bis 500 Euro monatlich) vor. Dieser Gesetzentwurf liegt zur Zeit in den Bundsratsausschüssen.

1.1.2.5. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Wurzerstraße 106, 53175 Bonn, hat folgende Zahlen für Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittlicher Zahlbetrag
2004	635	1.238.100 €	1.949,76 €
2003	659	1.346.750 €	2.043,63 €
2002	650	1.610.500 €	2.477,69 €
2001	507	2.544.400 DM	5.018,54 DM
2000	383	2.102.200 DM	5.488,77 DM
1999	255	1.252.800 DM	4.912,94 DM
1998	261	1.311.800 DM	5.026,05 DM
1997	131	611.450 DM	4.667,56 DM
1996	71	225.000 DM	3.169,01 DM
1995	58	203.100 DM	3.501,72 DM
1994	69	253.700 DM	3.676,81 DM
1993	74	284.900 DM	3.850,00 DM

Diese Zahlen beziehen sich nur auf Fälle nach dem StrRehaG (bundesweit: 5.352, Vorjahr 5.667); die Fälle nach dem HHG (bundesweit: 1.765, Vorjahr 1.545) werden nicht nach Ländern erfasst. Bundesweit zahlte die Stiftung im Jahr 2004 als Unterstützungsleistung 14.146.950 €, Vorjahr 14.178.350 € aus.

Die Haushaltsmittel für Unterstützungsleistungen nach § 18 StrRehaG waren 2004 ausreichend, die Haushaltsmittel für Unterstützungsleistungen nach § 18 HHG waren trotz zweier zusätzlicher Zuweisungen aus dem Innenministerium nicht ausreichend, so dass ca. 700 entscheidungsreife Anträge liegen bleiben mussten. Hier besteht dringend Handlungsbedarf, denn die Anträge können ohnehin nur von Personen gestellt werden, die ein sehr geringes Einkommen haben.

Leistungen der Stiftung an administrativ Inhaftierte:

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn erbringt ihre Leistungen auch an ehemalige administrativ Inhaftierte oder deren Angehörige (Witwen und Waisen). Falls bis 1994 keine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG zugunsten des Inhaftierten beantragt wurde, besteht nunmehr noch die Möglichkeit, dass eine Behörde zur Klärung eines vermögensrechtlichen Anspruchs in Amtshilfe von der HHG-Behörde eine entsprechende Bescheinigung anfordert. Eine entsprechende Behörde ist auch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; deren Leistungen fallen ebenfalls unter die Regelung. In solchen Fällen ist der Stiftung bei der Antragsstellung auf Unterstützungsleistung Haftdauer (Beginn und Ende), Ort der Verhaftung, der Inhaftierung und der Freilassung sowie möglichst auch Haftgrund darzulegen und nachzuweisen. Hierfür kommen alle Urkunden (Entlassungsschein, Gefangenenpost, Bescheinigung des DRK-Suchdienst [Chiemgaustraße 109, 81549 München]) oder Zeugenaussagen (schriftlich, mit z. B. vom Bürgermeister beglaubigter Unterschrift und Geburtsdatum) in Betracht.

1.1.2.6. Die Verbesserung der Leistungen für Hinterbliebene von Opfern des 17. Juni 1953

Bei der Recherche zu den Todesopfern des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 stellte sich heraus, dass die Hinterbliebenen der Menschen, die ohne vorherige Verhaftung auf der Straße erschossen wurden, keinen Anspruch auf Unterstützungsleistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge haben. Die Landesbeauftragtenkonferenz wandte sich deshalb am 21.4.2004 mit der Bitte an die Bundesregierung, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden. Eine Entscheidung lag bis Redaktionsschluss nicht vor. (siehe auch Punkte 2.4. und 3.)

Nach Hinweisen durch die Landesbeauftragte von Sachsen-Anhalt im März 2004 an die Landesregierung nahm sich der Justizminister Curt Becker dieser Angelegenheit an und warb unter seinen ostdeutschen Amtskollegen für eine Gesetzesänderung.

Nr. 029/04
Magdeburg, den 16. Juni 2004



Pressesprecherin

Volksaufstand 17. Juni 1953

Justizminister regt Entschädigungsregelung für Hinterbliebene der Todesopfer an

Magdeburg (MJ). Mit Blick auf den bevorstehenden Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 hat Justizminister Curt Becker Entschädigungsregelungen für die Hinterbliebenen der Todesopfer angeregt. Diese Angehörigen bekämen im Gegensatz zu den Hinterbliebenen der Maueropfer keinerlei finanzielle Unterstützung, sagte der Ressortchef am Mittwoch. Am (morgigen) Donnerstag ist der 51. Jahrestag des Volksaufstandes.

Auf Initiative des Ministers und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Edda Ahrberg, prüft das Justizministerium derzeit, ob mit einer Bundesratsinitiative das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz geändert werden sollte. Das Gesetz ermöglicht die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen von deutschen Gerichten in der ehemaligen DDR bzw. zuvor in der Sowjetischen Besatzungszone über Freiheitsentziehung und damit die Rehabilitierung der Betroffenen durch Gerichtsbeschluss. Die strafrechtliche Rehabilitierung begründet Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen. Von diesen sind die Hinterbliebenen der Opfer des Volksaufstandes bislang ausgenommen.

„Nach so vielen Jahren muss aus staatlicher Willkür begangenes Unrecht schnellstmöglich wieder gutgemacht werden“, bekräftigte der Minister. Der Ressortchef würdigte den Mut der Ostdeutschen, die damals wegen ihres Misstrauens gegen die DDR auf die Straßen gegangen waren: „Der Volksaufstand war ein Meilenstein in der deutschen Geschichte und der Beginn der Agonie des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden.“ Die DDR-Staatsmacht habe dem Freiheitswillen der Ostdeutschen ohnmächtig gegenübergestanden. „Nur mit übertriebener Härte und Willkür konnte damals ein Zusammenbruch der DDR verhindert werden. Seit Herbst 1989 wissen wir jedoch, dass sich der Freiheitsdrang von Menschen nie wirklich ersticken lässt.“

Rufen Sie mich bei Nachfragen bitte an:
Susanne Hofmeister, Telefon: (0391) 567 – 6235

Hegelstr. 40 - 42
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 67 62 35, -34, -30
Fax: (0391) 5 67 61 87
Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de
<http://www.mj.sachsen-anhalt.de>

PRESSEMITTEILUNG

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt plant im ersten Halbjahr 2005 eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes im § 18 mit dem Ziel, die Hinterbliebenen aller Todesopfer des 17. Juni 1953 in die Unterstützungsmöglichkeiten einzubeziehen und damit eine Besserstellung zu erreichen.

1.1.2.7. Rehabilitierung durch Stellen der Russischen Föderation

Ein Antrag auf Rehabilitierung durch die Russische Föderation ist weiterhin möglich. Anträge liegen bei der Landesbeauftragten bereit. Neben Betroffenen und Angehörigen sind auch Vereine antragsbefugt. Eine Akteneinsicht ist grundsätzlich nur nach zuvor erfolgter Rehabilitierung möglich.

Fragen zu Rehabilitierungsanträgen an die Russische Föderation oder zur Akteneinsicht in Russland zur Sachaufklärung beantwortet:

Herr Dr. Klaus-Dieter Müller
Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die
Opfer politischer Gewaltherrschaft
Dülferstraße 1, 01069 Dresden
Tel. 03 51 - 46 95 54.0

Die Anträge sind über das Auswärtige Amt (11013 Berlin) zu stellen, von wo sie nach Russland gesandt werden. Ebenfalls möglich ist – für den Fall einer vermissten Person – ein Antrag an den DRK-Suchdienst (s. o.).

Mit Unterstützung des Auswärtigen Amts haben bis Mai 2004 rund 13.500 Deutsche, die im Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion zu Unrecht aus politischen Gründen verurteilt worden waren, eine Aufhebung der Urteile und Rehabilitierung durch die russischen Behörden erreicht.

1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte

Weiterhin ist das Misstrauen seitens der Betroffenen gegenüber Anwälten, die DDR-Bürger waren, auf dem Hintergrund der Tatsache groß, dass auch ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS heute Rechtsanwälte sind. Leider ist es der Behörde der Landesbeauftragten nicht möglich, eine Lösung für dieses Probleme herbeizuführen.

1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS

Die Beratung von Inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS oder deren Kinder wurde auch im Berichtszeitraum fortgeführt. Einbezogen sind hier auch die Personen, die verdächtigt werden, für das MfS gearbeitet zu haben.

Presseerklärung des Justizministers vom 16.6.2004

2. Zusammenarbeit und Unterstützung

2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes

2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes

Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, personalführende Stellen bei der Antragstellung auf eine Überprüfung von Beschäftigten im Hinblick auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS sowie bei der Bewertung der Auskünfte der Bundesbeauftragten zu beraten. Auf der anderen Seite erreichen die Landesbeauftragte immer wieder Hinweise von Betroffenen, welche bei der Akteneinsicht feststellen müssen, dass Personen über sie berichtet haben, die heute noch im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. In Absprache mit den Betroffenen werden diese an die jeweilige personalführende Stelle weitergeleitet.

2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung

Die Behörde der Landesbeauftragten arbeitet eng mit der Rehabilitierungsbehörde im Landesverwaltungsamt, Außenstelle Dessau, zusammen. Die Leiterin oder ein von ihr beauftragter Vertreter nahmen regelmäßig an dem Erfahrungsaustausch der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen in der Behörde der Landesbeauftragten teil. Daneben wurden Einzelfragen beraten.

Gemeinsam wurden im Berichtszeitraum mit Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fünf Veranstaltungen zur Weiterbildung der Mitarbeiter in Dessau durchgeführt:

- 25.2.2004 Die Aufgaben der LStU, u. a. Bewertung von MfS-Unterlagen (Vortrag der LStU)
- 14.4.2004 „Der Antrag auf Ausreise aus der DDR und seine Folgen“ (Vortrag von Bernd Eisenfeld/BStU)
- 29.4.2004 „Alltag einer Behörde“ (Film und Gespräch)
- 30.6.2004 Ausführliche Besichtigung des MfS-Archivs in der Außenstelle Halle der BStU
- 16.12.2004 Das Gespräch mit geschädigten Menschen (Vortrag von Dipl. Psych. Stefan Trobisch-Lütge / Beratungsstelle Gegenwind Berlin)

2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

Die Diskussion um die Verstrickung in Machtstrukturen der DDR ist auch im Jahre 2004 nicht abgerissen. Das zeigte die öffentliche Auseinandersetzung bei der Wahl des SPD-Landesvorsitzenden Holger Hövelmann,

welcher SED-Mitglied war und als Politoffizier bei der NVA ausgebildet wurde. Dabei stand weniger der Stellenwert der Verstrickung als der Umgang mit dieser Vergangenheit im Mittelpunkt. Deutlich wurde, dass auch 15 Jahre nach dem Ende der DDR diese Frage bei der Besetzung öffentlicher Ämter und Funktionen nicht vernachlässigt werden darf. Ansonsten droht die Gesellschaft Schaden zu nehmen. Gleiches gilt für die Beschäftigung inoffizieller Mitarbeiter des MfS im öffentlichen Bereich. In diesem Zusammenhang gab es Kritik an der Betätigung von Dr. Detlev Haupt als Leiter der Projektgruppe „Stadtjubiläum 2006“ des Ökumenischen Leitungskreises Halle zur Beteiligung an der Vorbereitung des Ökumenischen Kirchentages 2006 in Halle.

In Sachsen-Anhalt werden alle **Landesbediensteten** nach wie vor auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der DDR überprüft. Die Überprüfung schließt auch die Personen ein, die sich aus den alten Bundesländern bewerben. In jedem Fall wird eine Einzelfallprüfung vorgenommen. Bei beabsichtigten Kündigungen werden die Vorgänge dem **Vertrauensrat** bei der Staatskanzlei vorgelegt. Im Berichtszeitraum wurden in zwei Sitzungen jeweils ein Fall behandelt. Eingereicht wurden Anträge vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt sowie vom Ministerium für Justiz. In einem Fall hielt der Vertrauensrat die Weiterbeschäftigung bis zum Ablauf eines befristeten Arbeitsverhältnisses für vertretbar, im weiteren Fall wurde eine Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst für zumutbar erachtet.

Am 9. März 2004 beschloss die **Landesregierung**, vor dem Auslaufen der §§ 21 und 22 des StUG **Ende 2006** und damit auch unter Einbeziehung der „Rosenholz“-Dateien einen erneuten Antrag auf Überprüfung bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zur Aktualisierung der bisherigen Auskünfte für folgenden Personenkreis einzureichen: Für alle Bediensteten des gehobenen und höheren Dienstes der obersten Landesbehörden, alle Bediensteten des höheren Dienstes in nach- und zugeordneten Bereichen einschließlich Richter, Staatsanwälte, Professoren und wissenschaftliches Personal und Angestellte in vergleichbaren Vergütungsgruppen, Bedienstete des gehobenen Dienstes im nach- und zugeordneten Bereich, soweit sie Leitungsfunktionen wahrnehmen oder in sicherheitsrelevanten Bereichen eingesetzt sind. Zum nach- und zugeordneten Bereich gehören auch die juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Körperschaften, Anstalten und Stiftungen) im Ressortbereich.

Die Landesbeauftragte hatte empfohlen, alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in die Überprüfung einzubeziehen.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat im Anschluss an die Wahlen 2002 beschlossen, die **Abgeordneten** im Rahmen des Abgeordnetengesetzes auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS überprüfen zu lassen. Der Abschlussbericht lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Die folgenden Tabellen geben im einzelnen Auskunft über den Stand der Überprüfung in Sachsen-Anhalt. Aus Platzgründen wurde auf eine detailliertere Veröffentlichung verzichtet. Die einzelnen Zahlen können jedoch bei der Landesbeauftragten eingeholt werden.

2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, im Landesverwaltungsamt und nachgeordneten Einrichtungen

Landtag, Staatskanzlei und Ministerien

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Landtagsverwaltung	151	198	198	194	4 IM	1	1	2	0	0	1 VG*	0
Staatskanzlei	203	388	357	349	8		8	0	0	0	0	0
Ministerium des Innern	14.197	18.268	17.427	14.712	2.715	895		1.811	0	9	13	3
Ministerium der Justiz	4.504	4.940	4.739	4.481	258	73	44	130	2	9	3	0
Ministerium der Finanzen	4.725	4.940	4.507	4.362	145	24	12	109	0	0	8	2
Ministerium für Gesundheit und Soziales	1.158	2.672	2.669	2.583	86	7	19	59	0	1	8	0
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit	524	990	974	944	30	1	16	12	0	1	0	0

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	4.162	5.945	5.863	5.534	1 HM 328 IM	48	63	218	0	0	27	9
Ministerium für Bau und Verkehr	2.425	2.762	2.343	2.271	72	8	14	50	0	0	4	3
Kultusministerium	43.284	79.535	67.982	65.525	2.457	705		1.748	4	-	-	-
Gesamt:	75.333	120.638	107.059	100.955	6.104	1.939		4.139	6	20	64	17

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

Ministerium des Innern mit Landesverwaltungsamt und nachgeordneten Bereichen

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Kernverwaltung	385	718	511	489	22	17	4	1	0	0	3	0
nachgeordneter Polizeibereich	10.642	12.554	12.201	9.686	2.515	793**		1.722	0	**	**	**
Landesverwaltungsamt	1.296	2.554	2.479	2.386	93	14	35	36	0	8	7	3
Statistisches Landesamt	263	441	396	375	21	2	5	13	0	1	1	0
Landesarchive	75	147	107	99	8	2	5	1	0	0	2	0
Vermessungs- und Katasterverwaltung	1.332	1.449	1.384	1.350	34	5	0	29	0	0	0	0
Landesinformationszentrum SA (LIZ)	86	142	120	120	0	0	0	0	0	0	0	0
Brand- und Katastrophenschutzschule	77	201	183	164	19	0	11	8	0	0	0	0
Institut der Feuerwehr	21	40	26	23	3	0	2	1	0	0	0	0

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Studieninstitut Sachsen-Anhalt	20	22	20	20	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt:	14.197	18.268	17.427	14.712	2.715	895		1.811	0	9	13	3

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

** unverhältnismäßig hoher Aufwand zur Ermittlung der Daten nötig

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Kernverwaltung	327	671	404	391	13	7		6	0	-	-	-
nachgeordnete Einrichtungen	42.957	78.864	67.578	65.134	2.444	698		1.742	4	-	-	-
Gesamt:	43.284	79.535	67.982	65.525	2.457	705		1.748	4	-	-	-

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

Anzahl der Beschäftigten im Landtag, den Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen (31.12.04) 75.333
Das sind 2.772 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 120.638

Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, welche die Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, auf Grund des Kabinettsbeschlusses zur erneuten Überprüfung im öffentlichen Dienst im Zusammenhang mit Rosenholz-Dateien.

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten 107.059
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 100.955 94,3 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 6.104 5,7 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse 1.939 31,8 %

Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung 4.139 67,8 %

Anzahl der ausstehenden Entscheidungen 6 0,1 %

Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter 20 0,3 %

Diese Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Stadt Magdeburg	3.899	9.024	8.979	8.586	393	83	39	261	0	10	41	2
Stadt Halle/Saale	3.946	1.291	1.289	1.160	129	19	88	22	0	0	3 / 1	1
Stadt Dessau	3.975	4.393	4.350	4.274	76	3	42	30	0	1	4	1
Altmarkkreis Salzwedel	592	1.214	1.037	970	67	23	17	27	0	0	0	0
Anhalt-Zerbst	470	597	596	559	37	13	8	16	0	0	5	0
Aschersleben-Staßfurt	518	1.260	927	886	41	13	3	25 (13 WR*)	0	0	3 AG*	3
Bernburg	353	499	499	474	25	20	4	1	0	0	3	1
Bitterfeld	571	790	785	760	25	2	23	0	0	0	2	1
Bördekreis	405	634	633	592	41	27	0	6	1	7	5	1
Burgenlandkreis	573	2.419	2.419	2.357	61 / 1	37	5	13	0	7	8 / 1	0
Halberstadt	448	908	889	847	42	11	13	16	0	2	6	3
Jerichower Land	506	551	505	473	32	3	12	9	0	8	1 AG	0
Köthen / Anhalt	751	1.593	1.593	1.551	42 IM	13	10	13	0	6	8 AG*	2
Mansfelder Land	604	1.144	1.141	1.104	37	15	19	1	0	2	2	2
Merseburg-Querfurt	1.584	2.838	2.827	2.746	81	4	55	22	0	0	3	0
Ohrekreis	1.253	1.025	970	922	48	15	9	24	0	0	0	0
Quedlinburg	455	937	937	913	24	7	7	4	0	6	3	0
Saalkreis	385	492	492	468	22 IM 2 HM	6	6	12	0	0	0	0

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Sangerhausen	328	654	473	455	18	8	4	6	0	0	2	1
Schönebeck	881	1.100	1.051	1.021	30	2	23	3	0	2	1	0
Stendal	776	1.174	1.168	1.094	74	38	6	30	0	0	21	2
Weißenfels	389	886	885	849	36	18		9	0	9	2	1
Wernigerode	570	884	874	828	46	(46) dazu werden keine Auskünfte erteilt						
Wittenberg	660	996	996	952	44	20	4	10	1	9	0	0
Summe	24.386	36.752	35.810	34.368	1.442	797		551	2	61	124	21

IM* = Inoffizieller, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte; WR* = Wachregiment

Anzahl der Beschäftigten in den Landkreisen und kreisfreien Städten (Stand 31.12.2004)

24.386

Das sind 2.858 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR

36.752

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten

35.810

Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS

34.368 96 %

Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS

1.442 4 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse

828 57,4 %

Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung

551 38,2 %

Anzahl der ausstehenden Entscheidungen

2 0,1 %

Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter

61 4,2 %

Anzahl der Mitarbeitern mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zu denen keine Auskunft erteilt wurde

46 3,1 %

2.1.3.3. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften und kreisangehörigen Städten des Landes Sachsen-Anhalt

Landkreis	Anzahl der VWG's und Städte, die geantwortet haben / VWG's und Städte gesamt im Landkreis		Anzahl der Mitarbeiter in den VWG u. Städten, die geantwortet haben	Anzahl der Anträge an die BStU seit 1990	Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
							Kündigungen	Auflösungsverträge					
Altmarkkreis Salzwedel	9	12	576	741	702	30	17		12	1	0	6	4
Anhalt-Zerbst	7	9	462	980	954	19	11		6	0	2	1	1
Aschersleben-Staßfurt	4	10	601	868	857	10	6		4	0	0	1	0
Bernburg	5	6	564	935	924	13	9		4	0	0	0	0
Bitterfeld	8	11	842	2.462	2.427	32	23		9	0	0	0	0
Bördekreis	5	9	442	527	513	13	6		7	0	0	1	1
Burgenlandkreis	10	15	1.073	2.270	2.177	56	27		27	0	2	0	0
Halberstadt	6	7	667	1.030	980	20	10		10	0	0	0	0
Jerichower Land	6	10	547	523	515	7	4		3	0	0	0	0
Köthen / Anhalt	0	7											
Mansfelder Land	9	12	609	808	793	14	11		3	0	0	4	0
Merseburg-Querfurt	9	13	796	1.516	1.498	10	6		4	0	0	1	0
Ohrekreis	3	14	470	837	819	18	7		11	0	0	1	0

Landkreis	Anzahl der VWG's und Städte, die geantwortet haben / VWG's und Städte gesamt im Landkreis		Anzahl der Mitarbeiter in den VWG u. Städten, die geantwortet haben	Anzahl der Anträge an die BStU seit 1990	Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse Kündigungen Auflösungenverträge		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
Quedlinburg	3	6	349	762	745	17	11		6	0	0	0	0
Saalkreis	4	9	124	80	79	1	1		0	0	0	0	0
Sangerhausen	3	7	64	111	108	3	1		2	0	0	0	0
Schönebeck	6	7	660	908	905	2	2		0	0	0	0	0
Stendal	10	15	1.028	1.308	1.277	30	24		4	0	2	1	1
Weißenfels	4	8	454	959	902	17	3		9	2	3	0	0
Wernigerode	5	8	1.045	866	831	17	3		12	0	2	2	1
Wittenberg	6	15	760	991	903	32	14		18	0	0	1	0
Gesamt:	122	210	12.133	19.482	18.909	361	196		151	3	11	19	8

Anzahl der angeschriebenen Städte und Verwaltungsgemeinschaften 210
 Anzahl der Städte und Verwaltungsgemeinschaften, die geantwortet haben 122 58 %

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die 122 Städte und Verwaltungsgemeinschaften (im Vorjahr waren es 142), die auf das Anschreiben geantwortet haben.

Anzahl der Beschäftigten in den Stadtverwaltungen und Verwaltungsgemeinschaften (31.12.2004) 12.133
 Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 19.482

Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten 19.270
 Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 18.909 98,1 %
 Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 361 1,9 %
 Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse 196 54,3 %
 Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung 151 41,8 %
 Anzahl der ausstehenden Entscheidungen 3 0,8 %
 Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter 11 3,1 %
 Anzahl der Gerichtsverfahren nach 196 beendeten Arbeitsverhältnissen 19 9,6 %
 Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach 19 Gerichtsverfahren 8 42,0 %

Die Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da Verwaltungsgemeinschaften, die im Vorjahr nicht geantwortet hatten, in diesem Jahr antworteten. Andere, die im Vorjahr geantwortet haben, haben in diesem Jahr auf das Anschreiben nicht reagiert.. Die geringe Anzahl der Antworten ist auch darauf zurückzuführen, dass sich zum Jahreswechsel 2004/2005 einige Verwaltungsgemeinschaften mit anderen zusammengeschlossen haben und nach eigenen Angaben in diesem Umbildungsprozess die Beantwortung der Anfrage in diesem Jahr nicht leistbar ist.

2.1.3.4. Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)

Stadtrat/ Kreistag	Wahlperiode 1-90-94 2-94-99 3-99-04 4-04-09	Anzahl der Mandats- träger	Anzahl der Anträge bei der BStU	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entscheidung steht noch aus	waren bereits aus- geschieden
Magdeburg	1 2 3 4	152 57 56 56	147 41 0	147 41	142 39	5 2	1 0	4 2	0 0	0 0
Halle/Saale	1 2 3 4	160 56 56 56	160 41 34 22	160 41 34	154 41 34	6 0 0	6	0	0	0
Dessau	1 2 3 4	70 50 50 50	70 15 0	60 15	59 15	1 0	1 0	0 0	0 0	0 0
Altmarkkreis Salzwedel	1 2 3 4	45/45/50 47 48 42	45/45/50 41 0	41	39	2	0	2	0	0
Anhalt-Zerbst	1 2 3 4	60/40 42 42 42	60/40 41 21	60/37 41 21	58/35 40 21	2/2 1 0	2/2 0	0 1	0 0	0 0
Aschersleben- Staßfurt	1 2 3 4	36/65 48 48 48	50 0	50	47	3	0	3	0	0

Stadtrat/ Kreistag	Wahlperiode 1-90-94 2-94-99 3-99-04 4-04-09	Anzahl der Mandats- träger	Anzahl der Anträge bei der BStU	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entscheidung steht noch aus	waren bereits aus- geschieden
Bernburg	1 2 3 4	61 42 42 42	61 19 18	60 19 18	59 19 17	1 0 1	1 0 0	1		
Bitterfeld	1 2 3 4	90 48 48 48	90 40 44	90 40 44	90 40 43	0 0 1 HM	0	1		
Bördekreis	1 2 3 4	41/45 42 43 43	41/45 39 37	41/45 39 37	39/45 38 37	2/0 1 0	2/0 0	0 1	0 0	0 0
Burgenlandkreis	1 2 3 4	51/40/49 55 49 49	52/40/46 46 0	52/40/46 46	45/36/44 45	7/4/2 1	1/4/0 0	6/0/2 0	0 0	0 1
Halberstadt	1 2 3 4	75 42 42 42	75 42 32	42 23	42 23	0				
Jerichower Land	1 2 3 4	60/45 43 49 43	62/42 20 43	62/42 20 43	54/40 16 39	8/2 4 4	3/1 0 0	5/1 4 4	0 0 0	0 0 0

Stadtrat/ Kreis- tag	Wahlperio- de 1-90-94 2-94-99 3-99-04 4-04-09	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge bei der BStU	Anzahl der Aus- künfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren be- reits aus- geschie- den
Köthen	1 2 3 4	72 42 42 42	87 0 0	87	81	6	3	3	0	0
Mansfelder Land	1 2 3 4	40/78 51 49 49	40/78 51 49	40/64 51 48	39/63 51 47	1/1 0 1	1/1 0 0	0 0	0 0 1	0 0 0
Merseburg- Querfurt	1 2 3 4	72 49 49 49	72 49 0	72 49	65 47	7 2	3 0	4 2	0 0	0 0
Ohrekreis	1 2 3 4	71/61 48 48 48	12 13	12 13	11 12	1 1	0 0	1 1	0 0	0 0
Quedlinburg	1 2 3 4	75 43 43 43	75 26 46	75 26 46	71 25 43	4 1 3	0 0 0	4 1 3	0	0
Saalkreis	1 2 3 4	64 43 43 43	64 34 19	64 34 19	62 34 19	2 0 0	0	2	0	0

Stadtrat/ Kreis- tag	Wahlperio- de 1-90-94 2-94-99 3-99-04 4-04-05	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge bei der BStU	Anzahl der Aus- künfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren be- reits aus- geschie- den
Sangerhausen	1 2 3 4	69 42 42 42	69 0 0	69	64	5	0	5	0	0
Schönebeck	1 2 3 4	75 42 42 42	60 0 22	60	54	6	0	6	0	0
Stendal	1 2 3 4	90/40/51 54 48 48	86/40/51 0 0 ja	81/7/43	80/6/43	1/1/0	1/1/0	0	0	0
Weißenfels	1 2 3 4	41/40 42 42 42	41/37 27 0 29	41/37 27	40/35 27	1/2 0	1/1	0	0	0/1
Wernigerode	1 2 3 4	80 42 42 42	80 0 0 ja							
Wittenberg	1 2 3 4	60 48 48 48	41 0							

Stadtrat/ Kreis- tag	Wahlperiode 1-90-94 2-94-99 3-99-04 4-04-05	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge bei der BStU	Anzahl der Aus- künfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren be- reits aus- geschie- den
Gesamt	1	2.359	2.092	1.682	1.603	79	36	42	0	1
	2	1.127	635	634	616	18	0	17	0	1
	3	1.111	356	346	335	11	0	10	1	0
	4	1.099	73	0	0	0	0	0	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

1. Wahlperiode (1990–1994)

Anzahl der Mandatsträger	2.359	
Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	2.092	89 %
Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten	1.682	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	1.603	95 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	79	5 %
Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten	36	46 %
Anzahl der weitergeführten Mandate	42	53 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger	1	1 %

2. Wahlperiode (1994–1999)

Anzahl der Mandatsträger	1.127	
Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	635	56 %
Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten	634	

Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	616	97 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	18	3 %
Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten	0	
Anzahl der weitergeführten Mandate	17	94 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger	1	6 %

3. Wahlperiode (1999–2004)

Anzahl der Mandatsträger	1.111	
Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	356	32 %
Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten	346	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	335	97 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	11	3 %
Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten	0	
Anzahl der weitergeführten Mandate	10	91 %
Anzahl der noch ausstehenden Entscheidungen	1	9 %

4. Wahlperiode (2004–2009)

Anzahl der Mandatsträger	1.099
--------------------------	-------

In 5 Kreistagen wurde ein Beschluss zur Überprüfung gefasst, davon stellten drei 3 Kreistage insgesamt 73 Anträge.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Zahlen kaum verändert.

2.1.3.5. Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte)

Anzahl der angeschriebenen Stadt und Gemeinderäte (über die Verwaltungsgemeinschaften) 1.289

Anzahl der Städte und Gemeinden, die (über die Verwaltungsgemeinschaften) geantwortet haben 721 56 %
(93 weniger als im Vorjahr)

Die weiteren Zahlenabgaben beziehen sich **nur** auf die Städte und Gemeinden, die geantwortet haben:

Anzahl der Gemeinderäte und Bürgermeister in den Gemeinden				Anzahl der gestellten Anträge für Gemeinderäte und Bürgermeister				Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS				Anzahl der aus diesem Grund erfolgten Mandatsniederlegungen			
1.WP	2.WP	3.WP	4.WP	1.WP	2.WP	3.WP	4.WP	1.WP	2.WP	3.WP	4.WP	1.WP	2.WP	3.WP	4.WP
8.535	7.636	7.700	7.376	3.468	2.072	1.126	301	102	43	13	0	53	18	1	0

Erläuterung: **1. WP** = 1. Wahlperiode 1990 bis 1994 **2. WP** = 2. Wahlperiode 1994 bis 1999
3. WP = 3. Wahlperiode 1999 bis 2004 **4. WP** = 4. Wahlperiode 2004 bis 2009

Anzahl der Gemeinderäte und Bürgermeister	1. Wahlperiode	8.535
	2. Wahlperiode	7.636
	3. Wahlperiode	7.700
	4. Wahlperiode	7.376

Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte	1. Wahlperiode	3.468	41 %
	2. Wahlperiode	2.072	27 %
	3. Wahlperiode	1.126	15 %
	4. Wahlperiode	301	4 %

Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	1. Wahlperiode	301	9 %
	2. Wahlperiode	102	5 %
	3. Wahlperiode	43	4 %
	4. Wahlperiode	13	4 %

Anzahl der Mandatsniederlegungen aus diesem Grund	1. Wahlperiode	53	18 %
	2. Wahlperiode	18	18 %
	3. Wahlperiode	1	2 %
	4. Wahlperiode	0	0 %

Die Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da Verwaltungsgemeinschaften, die im Vorjahr nicht geantwortet hatten, in diesem Jahr antworteten. Andere, die im Vorjahr geantwortet haben, haben in diesem Jahr auf das Anschreiben nicht reagiert. Die geringe Anzahl der Antworten ist auch darauf zurückzuführen, dass sich zum Jahreswechsel 2004/2005 einige Verwaltungsgemeinschaften mit anderen zusammengeschlossen haben und nach eigenen Angaben in diesem Umbildungsprozess die Beantwortung der Anfrage in diesem Jahr nicht leistbar ist.

2.2. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen

In Sachsen-Anhalt sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen tätig:

- die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS)
- der Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. (BSV)
- die Vereinigung der Verfolgten des Kommunismus e. V.
- der Verband der Opfer des Stalinismus e. V. in Anhalt-Köthen
- die Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.
- das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- der Verein Zeitgeschichte(n) e. V.
- der Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.

Die Zusammenarbeit zwischen diesen Vereinen und der Landesbeauftragten ist durch das gemeinsame Anliegen, die Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft, und die gemeinsamen Projekte sehr eng. Regelmäßige Treffen von Vertretern aller in Sachsen-Anhalt tätigen Vereine mit der Landesbeauftragten und Vertretern der Rehabilitierungs- und weiterer Behörden fanden wie auch in den vergangenen Jahren in den Räumen der Behörde statt (am 4.2.2004, am 7.4.2004, am 2.6.2004, am 4.8.2004, am 13.10.2004, 8.12.2004 und am 2.2.2005). Im Mittelpunkt dieser Treffen standen der Erfahrungsaustausch, die Koordinierung gemeinsamer Veranstaltungen und die Diskussion über die gesetzlichen Grenzen und Möglichkeiten der Wiedergutmachung geschehenen politischen Unrechts.

Ein Schwerpunkt war die Diskussion um die Einrichtung einer **Verfolgtenrente** für politisch Verfolgte als eine Möglichkeit der Wiedergutmachung sowie die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen der in Sachsen-Anhalt gegründeten Interessengemeinschaft.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Grabanlage für die in Torgau verstorbenen Häftlinge (Torgauer Urnen) auf dem **Gertraudenfriedhof in Halle**.

Am 1. Juli 2003 wurde auf dem Gertraudenfriedhof in Halle im Beisein von Vertretern der Verfolgtenverbände, von Benno Prieß (Waldheim-Kameradschaftskreis) und der Bürgermeisterin von Halle, Dagmar Szabados, das Gräberfeld für 117 Anfang der 1950er Jahre in Torgau verstorbene Häftlinge eingeweiht (s. auch 9. und 10. Tätigkeitsbericht).

Ab Frühjahr 2004 wandte sich der IVVdN mit dem Vorwurf, es handele sich um *Nazi- und Kriegsverbrecher*, an die Oberbürgermeisterin von Halle mit der Forderung, die Tafel, welche über die Geschichte der Urnen und den Haftzusammenhang informierte, zu entfernen. Dieser Forderung kam die

Oberbürgermeisterin nach, wogegen sich BSV und VOS verwahrten, da diese Tafel u. a. mit Spenden und Projektmitteln finanziert wurde und im Einverständnis mit der Stadtverwaltung Halle formuliert und vor dem Gräberfeld angebracht worden war.



Wiederanbringung einer provisorischen Informationstafel durch die Verbände am 28.9.2004 (Fotos: Christoph Koch)

Der Forderung des IVVdN schloss sich die Stadtratsfraktion der PDS in Halle an und verlangte darüber hinaus: *Gleichzeitig ist der Charakter eines Ehrenhains für die Toten, unter denen sich eine große Zahl verurteilter Kriegsverbrecher befindet, zu beseitigen* (Antrag vom 6.10.2004, Vorlage: IV/2004/04512).

Die Stadt Halle hat inzwischen eine Kommission beauftragt, die Vorwürfe und den weiteren Umgang mit der Grabanlage zu prüfen.

Der Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. informiert auf seiner Homepage aktuell über den Fortgang der Diskussion: www.zeit-geschichten.de.

Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes hatten sich gemeinsam mit folgender Presseerklärung am 29.9.2004 an die Öffentlichkeit gewandt:

Presseerklärung

Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Erklärung zu den Torgauer Urnen auf dem Gertraudenfriedhof in Halle (Saale)

Nach einem Jahre andauernden Diskussionsprozeß wurden 2003 die Anfang der 1950er Jahre in Torgau an den Haftfolgen verstorbenen 117 Menschen nach rund 50 Jahren in Halle auf dem Gertraudenfriedhof in einem einfachen Sammelgrab würdig bestattet. Durch die Nennung der Namen und Lebensdaten wurde ihnen ihre Identität wiedergegeben. Zusätzlich wurde über die Geschichte der Urnen und den bestatteten Personenkreis sachlich informiert. Der Text bezog ausdrücklich die Praxis der Sowjetischen Militärtribunale ein. Diese Tafel wurde jetzt von der Stadt Halle entfernt. PDS und Verbände der Opfer nationalsozialistischer Diktatur fordern darüber hinaus die Beseitigung der Gräber.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Der erste Satz des Grundgesetzes betrifft nicht nur Lebende, sondern auch Verstorbene.

Diese Basis menschlicher Zivilisation wurde im Dritten Reich und in der SBZ/DDR verlassen. In menschenunwürdigen Haftregimen wurden elementarste Grundrechte durch Angehörige deutscher und sowjetischer Organe verletzt.

Die Landesbeauftragten stellen fest:

- Es handelt sich um eine Grabanlage und nicht um eine Gedenkstätte.*
- Die Informationstafel muß wieder angebracht werden um Mißverständnissen vorzubeugen.*
- Nur ein wissenschaftliches Symposium kann die Komplexität der Geschichte aufarbeiten.*

Es handelt sich hierbei um eine einfache Grabanlage und damit um das Menschenrecht auf eine letzte Ruhestätte, die nicht angetastet werden darf.

Die Landesbeauftragte von Sachsen-Anhalt hat vor dem Hintergrund dieser Diskussionen MfS-Unterlagen zu den Verstorbenen gesichtet (s. Punkt 3 und Anhang). Die Rechercheergebnisse wurden am 15.12.2004 ins Internet gestellt (www.landesbeauftragte.de) und gleichzeitig der Oberbürgermeisterin von Halle übermittelt.

Zusätzlich wurde ein Gutachten zur ärztlichen Betreuung der Häftlinge während der Haft in Torgau in Auftrag gegeben (s. Anhang).

Am 9. November 2004 verlieh die jüdische Gemeinde Halle dem IVVdN den Emil-Fackenheim-Preis für Toleranz und Verständigung. Die Laudatio hielt der Vorsitzende des DGB Jürgen Weißbach (Mitteldeutsche Zeitung, 11.11.2004). Diese Auszeichnung ist vor dem Hintergrund der vom IVVdN erhobenen pauschalen Vorwürfe und der Art und Weise ihrer Veröffentlichung nicht nachvollziehbar.

Informationen zum Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt:

Für alle starb Harald Wernowsky am 25. September 2004 im Alter von 55 Jahren völlig unerwartet. Gemeinsam mit der Familie nahm am 6. Oktober 2004 auf dem Westfriedhof in Magdeburg eine große Trauergemeinde aus ganz Deutschland Abschied von einem Freund und Kollegen. Seit Mitte der 1980er Jahre arbeitete er im Friedenskreis der Evangelischen Martinsgemeinde Magdeburg mit, später in der Initiative Frieden und Menschenrechte. Ab 5. Dezember 1989 hat sich Harald Wernowsky mit großem Engagement und innerer Anteilnahme für die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und die Bearbeitung der Schäden, die dieses Ministerium hinterlassen hat, eingesetzt. Neben dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, zu dessen Gründungsmitgliedern er gehörte und dessen langjähriger Vorsitzender er war, war er Leiter des Staatlichen Komitees zur Auflösung des MfS für den ehemaligen Bezirk Magdeburg. Nicht nur die Aufklärung über die Gesamtheit der Machtstrukturen in der DDR war ihm immer wichtig, sondern auch eine personelle Erneuerung in der öffentlichen Verwaltung und der Landesregierung. Aus diesem Grund engagierte er sich im Vertrauensrat, welcher im Auftrag der Staatskanzlei eine Gleichbehandlung bei der Entlassung und Weiterbeschäftigung ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter des MfS auf Landesebene in Sachsen-Anhalt erreichen wollte. Ihm kam es besonders darauf an, das Wirken des MfS im Zusammenhang mit den anderen staatlichen DDR-Organen zu sehen.



Harald Wernowsky
(Foto: Bettina Wernowsky)

Weil ihm daneben die öffentliche Rehabilitation und die Entschädigung von Opfern politischer Gewalt ein wichtiges Anliegen war, betätigte er sich überregional in Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Das Land Sachsen-Anhalt wählte ihn als Vertreter in den Beirat der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Durch seine Fähigkeit, Konflikte durch offene Gespräche beizulegen, hat er dazu beigetragen Menschen unterschiedlicher Auffassungen und Anbindungen zueinander zu bringen. Seine Beharrlichkeit und Konsequenz hat andere angetrieben. Durch seinen Tod hat nicht nur das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, sondern auch die Behörde der Landesbeauftragten einen wichtigen Mitspieler verloren.

Finanzierung

Eine langfristige Grundsicherung aller Vereine konnte trotz Bemühungen auch im Berichtszeitraum nicht erreicht werden, obwohl der Haushaltsgesetzgeber für die Jahre 2005/2006 die Mittel in diesem Bereich um 30.000 Euro erhöht hat. Das ist bedauerlich, da hier eine wichtige Informations-, Betreuungs- und Zeitzeugenarbeit geleistet wird, die durch Landesbehörden nicht gewährleistet werden kann. Darüber hinaus arbeiten die Verbände in wichtigen Gremien des Landes regelmäßig mit (Gedenkstättenbeirat, Arbeitskreis „Gedenkstätte „Roter Ochse““).

Allen Mitarbeitern der Verbände sei an dieser Stelle für ihre wichtige Arbeit gedankt!

2.3. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt

Folgende Gedenkstätten erinnern in Sachsen-Anhalt an die Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989:

1. Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (für die Zeit von 1933 bis 1989)
2. Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz für die Opfer kommunistischer Gewalt von 1945 bis 1989
3. Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn

Die Behörde der Landesbeauftragten arbeitet sehr eng mit allen drei Gedenkstätten zusammen. Die Mitglieder des Gedenkstättenbeirates erhalten regelmäßig die Broschüren „Betroffene erinnern sich“ und „Sachbeiträge“ sowie weiteres Informationsmaterial zugesandt.

Der Gedenkstättenbereich im Landesverwaltungsamt Ref. 211 teilte auf Befragen zur Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt zu der Zeit ab 1945 folgendes mit:

Im Referat 211 des Landesverwaltungsamtes sind die landeseigenen Gedenkstätten für die Opfer von Gewaltherrschaft organisatorisch zusammengefasst. Aufgabe des Referates ist es, über die Menschenrechtsverletzungen in der Zeit der NS-Diktatur und der Zeit nach 1945 (Zeit der Herrschaft der Sowjetischen Militäradministration/Sowjetische Militärtribunale sowie SED-Diktatur) zu informieren und einen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Das Referat 211 arbeitet zur Erfüllung seiner Aufgaben mit sehr vielen Kooperationspartnern in ganz Deutschland zusammen. Es gibt einen eigenen Rundbrief „erinnern“ heraus, von dem im Verlauf des Jahres drei Ausgaben erschienen sind und die vierte sich gegenwärtig im Druck befindet. Das Referat betreibt im Rahmen seiner Möglichkeiten und seines Aufgabenspektrums eigene Forschungen, die in Publikationen und Ausstellungen, aber auch in die allgemeine Bildungstätigkeit einfließen.

Hinsichtlich jener Gedenkstätten, die sich auf die Menschenrechtsverletzungen in den Jahren nach der Niederlage Hitlerdeutschlands beschäftigen, sind insbesondere folgende Entwicklungen aus dem abgelaufenen Jahr erwähnenswert:

Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)

In der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle wurden die seit 2003 laufenden Maßnahmen zur Sanierung des Gebäudes und zur Errichtung der neuen Dauerausstellung fortgesetzt. Ziel der Umgestaltung ist es, die Spuren des Unrechts, die auf die Menschenrechtsverletzungen der Nationalsozialisten, aber auch der SMAD und des MfS in diesem Gebäude hinweisen, aufzudecken und die Möglichkeiten für die Bildungs- und Erinnerungsarbeit zu verbessern. Aufgrund der Baumaßnahmen ist die Gedenkstätte gegenwärtig geschlossen.

Zwei Arbeitsgruppen erarbeiten seit Anfang 2004 die neue Dauerausstellung. Darüber hinaus wurden die inhaltliche Konzeption für die Medienbereiche in den Ausstellungsräumen fertiggestellt sowie eine Reihe von Zeitzeugeninterviews geführt. Die Wiedereröffnung des Hauses ist für Herbst 2005 vorgesehen. Im Rahmen der Bauarbeiten wurden im Hofbereich der Gedenkstätte im Herbst 2004 Skelettteile von mehreren Personen aufgefunden. In einer inzwischen abgeschlossenen umfassenden Grabungsaktion wurden der gesamte Hofbereich der Gedenkstätte untersucht, die dort lagernden Skelettteile geborgen und dem Institut für Rechtsmedizin der Universität Halle (Saale) zur weiteren Untersuchung zugeleitet. Dessen Abschlussbericht liegt gegenwärtig noch nicht vor, so dass eine abschließende Bewertung der Skelettfunde gegenwärtig noch nicht erfolgen kann.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Zu den wichtigsten Aufgaben der Gedenkstätte gehören Führungen für Gruppen, hauptsächlich für Schul- und Berufsschulklassen im Rahmen der politischen Bildung, die in Kooperation mit dem benachbarten Dokumentationszentrum des Bürgerkomitee durchgeführt werden. Im letzten Jahr fanden über 250 Gruppenführungen durch den Zellentrakt und die Ausstellung des Bürgerkomitees statt (ca. 6.400 Teilnehmer). Über die Führungen hinaus fanden auf Wunsch einzelner Gruppen Gesprächsrunden zu speziellen Themen zu politischer Haft und Verfolgung in der SBZ/DDR sowie Zeitzeugengespräche in Zusammenarbeit mit den ansässigen Opferverbänden Vereinigung für die Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten statt.

Weiterhin besuchten ca. 3.000 Einzelbesucher die Gedenkstätte.

Der diesjährige Höhepunkt war die Schenkung der bisherigen Wanderausstellung des Bundesjustizministeriums „Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED“ an das Land Sachsen-Anhalt mit dauerhaftem Verbleib in der Gedenkstätte Moritzplatz. Der Schenkungsvertrag wurde in einer Festveranstaltung in der Nicolaikirche zu Magdeburg am 29. Juni 2004 von der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und dem Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt Klaus Jeziorsky unter Anwesenheit des Ministerpräsidenten Prof. Dr. Wolfgang Böhmer unterzeichnet. Die Festveranstaltung wurde mit Gedichten und Liedern des Künstlers Stephan Krawczyk umrahmt.

Im Jahr 2005 ist geplant, die bereits 2004 begonnenen Sanierungsmaßnahmen in der Gedenkstätte fortzusetzen und die Kooperation mit dem historischen Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees zu intensivieren.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Die Gedenkstätte konnte im letzten Jahr ca. 163.000 Personen begrüßen und es erfolgten 1.124 Gruppenführungen. Im Jahr 2004 präsentierte die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn die Sonderausstellungen „Amnesty International in der DDR“, „Europa im Kopf. Der Verlag ‚Volk und Welt‘ in der DDR“, „Volksaufstand. Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt“ und „Neuland“ der Öffentlichkeit.

Der Höhepunkt der Arbeit der Gedenkstätte war zweifellos die Veranstaltung anlässlich des 15. Jahrestages der Öffnung der Mauer am 9. November 2004. Bundespräsident Horst Köhler und der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, besuchten an diesem Tag gemeinsam die Einrichtung.

Ein bedeutender Schwerpunkt der gedenkstättenpädagogischen Arbeit bestand in der Organisation und Durchführung von zahlreichen thematischen Projekttagen mit Schulklassen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Seit dem 01.04.2004 ist das Grenzdenkmal Hötensleben Bestandteil der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Im Bereich des Grenzdenkmal Hötensleben fanden bisher 26 Führungen statt.

Die Gedenkstätte arbeitet im Rahmen des Vereins „grenzenlos. Wege zum Nachbarn“ mit dem Zonengrenzmuseum in Helmstedt sowie der Stadt Helmstedt als Träger der Helmstedter Universitätstage eng zusammen.

Bezüglich der aufgefundenen menschlichen Überreste auf dem Gelände der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle hatte sich die Landesbeauftragte mit einer Bitte um die Zusendung des Abschlußberichtes der Staatsanwaltschaft Halle an das Justizministerium und mit der Bitte um bestmögliche Aufklärung und eine würdige Bestattung nach Abschluss der Untersuchungen an das Ministerium des Innern gewendet. Das Justizministerium teilte in diesem Zusammenhang mit, dass es sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft um die Skelettteile von sechs Personen handelt. Bei Redaktionsschluss lag der Abschlußbericht noch nicht vor.

Gedenktafel für die Opfer politischer Gewalt in Zeitz

Die Stadt Zeitz hat sich nach einer Anhörung von Herrn Dr. Schmidt* für die Anbringung einer Gedenktafel entschieden. Derzeit laufen weitere Recherchen.

Die Landesbeauftragte unterstützt das Vorhaben. (Vgl. Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt, 10. Tätigkeitsbericht)

* siehe Text im Anhang, S. 126

2.4. Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben jeweils eine Behörde des/der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet und damit ihren Willen zur Aufarbeitung dieses speziellen Bereiches dokumentiert. Diese Behörde arbeiten eng zusammen und unterstützen sich bei Bedarf gegenseitig in der nach wie vor sehr wichtigen Arbeit.

Die vorhandenen fünf Behörden sind bundesweit zu Anlaufstellen für alle Probleme, die in Zusammenhang mit der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, der Rehabilitation Betroffener, der Bewertung von IM-Tätigkeit und der Information der Öffentlichkeit stehen, geworden. Sie sind darüber hinaus wichtige Kooperationspartner der ehrenamtlichen Vereine, aber auch der mit dieser Thematik befassten Behörden des Bundes und der Länder sowie der Institutionen politischer Bildung. Schüler und Studenten wenden sich mit ihren Fragen zum Machtapparat der DDR an die Landesbeauftragten. Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Verfahrensweise sich bewährt hat und für mindestens die nächsten 10 Jahre nicht aufgegeben werden sollte.

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich in der Regel monatlich an wechselnden Orten. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Planung gemeinsamer Projekte, der Verabschiedung von Presseerklärungen und der Diskussion im Zusammenhang mit der Verwendung von MfS-Unterlagen. Die Kontakte zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS und zur Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur werden regelmäßig gepflegt. Im Berichtszeitraum wurden die Kontakte zu Niedersachsen intensiviert. Es ist das bisher einzige Altbundesland, welches 2004 eine Kontaktstelle für SED-Unrecht eingerichtet hat.

Im Berichtszeitraum standen die Auswirkungen des „Kohl-Urteils“, der langfristige Umgang mit den MfS-Unterlagen und die Forschungen zur Auflösung des MfS 1989/90 im Mittelpunkt der Konferenzen.

Die Konferenz der Landesbeauftragten war beteiligt an der Erstellung des Buches „Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“ (LIT-Verlag), welches zum 51. Jahrestag des Aufstandes herausgegeben und am 4. Juni 2004 im Beisein des Bundespräsidenten im Roten Rathaus Berlin vorgestellt wurde. Die Landesbeauftragten wandten sich mit der Bitte, die Möglichkeiten der finanziellen Entschädigung für die Hinterbliebenen zu verbessern, am 21.4.2004 an den Bundeskanzler. Eine Entscheidung war bis zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt. (siehe auch Punkt 1.1.2.6.)

2.5. Die Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten und den Außenstellen ihrer Behörde in Magdeburg und Halle

Die Konferenz der Landesbeauftragten ist mit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes im Gespräch, um aktuelle Themen im Umgang mit den Unterlagen der Staatssicherheit zu beraten. Im Berichtszeitraum standen das Regionalkonzept der BStU und der schwieriger gewordene Umgang mit den MfS-Unterlagen im Bereich der Forschung und Medien nach dem „Kohl-Urteil“ im Mittelpunkt.

Hinzu kamen Überlegungen zum langfristigen Umgang mit den Stasi-Unterlagen. In diesem Zusammenhang wurde von der Landesbeauftragten auf die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Erschließung des gesamten Bestandes und einer sorgfältigen Planung der weiteren Entwicklung unter Berücksichtigung anderer Archivbestände des Staatsapparates der DDR hingewiesen. Zu diesem Thema fand am 2.12.2004 eine Anhörung von Sachverständigen durch die CDU-Bundestagsfraktion in Berlin statt.

Die durchschnittliche Anzahl der Erstanträge auf Akteneinsicht pro Monat stieg im Berichtszeitraum von 428 (2003) auf 541 (2004) in Sachsen-Anhalt nach einem Rückgang 2003 wieder leicht an. Insgesamt 630 Anträge (Erstanträge und Wiederholungsanträge) wurden bei den externen Beratungstagen der Landesbeauftragten entgegengenommen und zur weiteren Bearbeitung an die Außenstellen der Bundesbeauftragten weitergeleitet. Hinzu kommen zahlreiche Anträge (Erstanträge und Wiederholungsanträge), die im Büro der Behörde in Magdeburg entgegen genommen und ebenfalls weitergeleitet wurden. Das Interesse an der Einsicht in Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, aber auch in Unterlagen anderer Staatsorgane der DDR ist ungebrochen. Leider konnten die durchschnittlichen Wartezeiten auf Einsicht in MfS-Unterlagen auch im Berichtszeitraum nicht verkürzt werden.

Die Einrichtung von zwei Außenstellen mit den Archiven der ehemaligen Bezirke Halle und Magdeburg hat sich bewährt. Pläne zur Zusammenlegung von Außenstellen sollten die übrige Archivlandschaft und die langfristig bleibenden Aufgaben der BStU berücksichtigen. Den Mitarbeitern in den Außenstellen Magdeburg und Halle sei an dieser Stelle für ihre Arbeit und ihr Engagement gedankt.

Die Landesbeauftragte hat bei beiden Außenstellen verschiedene Forschungsanträge in Bearbeitung. Die Ergebnisse der Recherchen fließen in die Reihe „Sachbeiträge“ ein.

Zum Stand der Aktenerschließung und der Antragsbearbeitung wurde folgendes von den Außenstellen Halle und Magdeburg mitgeteilt (Stand: 31.12.2004):

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Umfang des Aktenbestandes:	7.957 lfm (inklusive von 348 lfm vorvernichtetes Material)	10.089 lfm (inklusive von 2.444 lfm vorvernichtetes Material)
Davon vom MfS bereits archivierte Unterlagen:	2.700 lfm (100 % personenbezogen nutzbar)	2.214 lfm (100 % personenbezogen nutzbar)
Unterlagen der Dienstseinheiten:	4.909 lfm (zuzügl. 348 lfm vorvernichtet)	5.430,8 lfm (zuzügl. 2.444 lfm vorvernichtet)
Davon erschlossen:	3.416 lfm (69,6 %)	4.325,5 lfm (79,6 %)
Gesamterschließungsstand:	77 %	64,8 %
Gesamtzahl der Bürgeranträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe seit 1992:	115.543	154.139
- Anzahl der Anträge pro Jahr:		
1992	37.496	42.955
1993	4.981	5.262
1994	7.554	7.832
1995	10.807	12.489
1996	8.225	11.051
1997	7.853	13.755
1998	6.775	12.536
1999	8.341	11.282
2000	6.515	9.043
2001	5.858	8.401
2002	4.330	8.571
2003	3.560	6.049
2004	3.506	6.359
- derzeit in Bearbeitung befindliche Akteneinsichtsansträge:	Anträge von 2002	Anträge von 2001/2002

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Erstanträge v. Bürgern auf Akteneinsicht 2004 pro Monat (durchschnittlich):	292	249
Besucher am Tag der offenen Tür 2004	entfällt	450
Davon Anträge auf Akteneinsicht:		195
Forschungsanträge (ges.):	291	139
davon 2004:	14	10
Anträge öffentl. Stellen auf Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Ermittlungsverfahren (ges.):	18.655	15.589
davon 2004:	611	310

* lfm = laufende Meter

Zusätzlich teilte die Außenstelle Halle mit, dass 561 lfm (7 %) der Unterlagen sachlich erschlossen (über archivisch erstellte Findhilfsmittel zugriffsfähig) sind.

Am **Tag der offenen Tür** der Außenstelle Magdeburg am 25. September 2004 beteiligte sich die Landesbeauftragte mit Informationsmaterial und einem Gesprächsangebot.

2.6. Zur Arbeit des Beirates der Bundesbeauftragten

Der Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes berät dessen Behörde bei der Durchsetzung des Stasi-Unterlagengesetzes. Das Land Sachsen-Anhalt kann zwei Vertreter benennen. 2004 wurden Peter Oleikewitz (MdL) und Harald Wernowsky für eine Amtszeit von fünf Jahren vom Landtag gewählt. Nach dem Tod von Herrn Wernowsky wurde bis zum Redaktionsschluss noch kein neuer Vertreter gewählt. Die Landesbeauftragte führt mit den Beiratsmitgliedern und den Leitern der Außenstellen der Bundesbeauftragten regelmäßig Besprechungen durch.

2.7. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt

Einrichtungen der politischen Bildung haben sich in Sachsen-Anhalt 1996 zum Arbeitskreis „Aufarbeitung“ zusammengefunden, nachdem einzelne Partner auch schon vor diesem Zeitpunkt zusammengearbeitet haben. Die Geschäftsstelle war bis zum 31.12.2001 bei der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet. Mit dem 1.1.2002 wechselte sie zur Landeszentrale für politische Bildung. Die Landeszentrale berichtet zu stattgefundenen Beratungen und gemeinsamen Vorhaben des Arbeitskreises wie folgt:

Dem Arbeitskreis „Aufarbeitung“ gehören folgenden Einrichtungen an:

- Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
- Landeszentrale für politische Bildung
- Kultusministerium Sachsen-Anhalt
- Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt mit den Gedenkstätten in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt:
 - Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg
 - Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge
 - Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)
 - Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945–1989
 - Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- Politische Stiftungen in Sachsen-Anhalt
 - Friedrich-Ebert-Stiftung
 - Konrad-Adenauer-Stiftung
- Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Halle und Magdeburg
- Dokumentationszentrum am Moritzplatz des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.

Ziel ist es, den Austausch von Institutionen der politischen Bildung über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der SBZ/DDR-Geschichte in Sachsen-Anhalt zu fördern. Es werden grundsätzlich Diskussionen über Formen und Möglichkeiten der Aufarbeitung geführt sowie Erfahrungen im Umgang mit den verschiedenen Zielgruppen ausgetauscht, Termine abgestimmt und gemeinsame Veranstaltungen geplant.

Die Geschäftsstelle ist seit dem Januar 2002 bei der Landeszentrale für politische Bildung eingerichtet.

Der Arbeitskreis traf sich 5 mal im Berichtszeitraum. Die Beratungen fanden statt: am 21.01.2004 und 08.11.2004 in der Landeszentrale für politische Bildung, am 24.03.2004 und 05.07.2004 im Bildungszentrum Schloß

Wendgraben der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. und am 13.12.2004 in der Gedenkstätte Moritzplatz.

Themen der Beratungen waren u. a.:

- *Veranstaltungen und Gedenkfeierlichkeiten aus Anlass des „15. Jahrestages der friedlichen Revolution im Herbst 1989“ in Sachsen-Anhalt*
- *Handlungskatalog zur Gemeinsame Erklärung des Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik*
- *„60. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges“ im Jahr 2005*

Der Fall der Mauer am 09. November 1989 jährte sich 2004 zum 15. Mal. Um dieses historische Ereignis zu würdigen, fanden in Sachsen-Anhalt zahlreiche Veranstaltungen und Gedenkfeierlichkeiten statt. Besonders hervorzuheben sei die Veranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt am 09. November auf der Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer den Bundespräsidenten Horst Köhler in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn begrüßen konnte. An diesem historischen Ort – die Grenzübergangsstelle Marienborn war bis 1989 das Nadelöhr zwischen Ost und West. Helmstedt-Marienborn war Synonym für eine Grenze, die nicht nur Deutsche von Deutschen, sondern Europa, die Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehende Blöcke und Systeme spaltete.

Weiterhin hervorzuheben ist der Geschichtskongress, der Ende Oktober 2004 in Magdeburg stattfand und sich mit dem Thema „WIR SIND DAS VOLK! – Die friedliche Revolution von 1989 und ihre Auswirkungen als Gegenstand von Schule und Unterricht“ befasste. Veranstalter waren die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt, das Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt und die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Der neue Gedenkstättenführer „VERORTET – Erinnern und Gedenken in Sachsen-Anhalt“, der durch die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt in einer Auflagenhöhe von 3.000 Exemplaren herausgegeben wird, wurde im Rahmen einer Sonntagsmatinee mit Stephan Krawczyk präsentiert und den Gedenkstätten und Schulen in Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt.

Die Landesbeauftragte engagierte sich u. a. in der Redaktionsgruppe zur Erstellung dieses Gedenkstättenführers.

3. Forschung

Wie im vergangenen Berichtszeitraum haben sich wieder besonders Schüler und Studenten, aber auch einzelne interessierte Personen und Vertreter der Presse mit der Bitte um Unterstützung bei der Bearbeitung von Forschungsanträgen an die Behörde gewandt. Die Schwerpunkte beziehen sich inzwischen nicht nur auf die Arbeit der Staatssicherheit und ihrer Partner in der DDR, sondern auch auf die Tätigkeit der Landesbeauftragtenbehörden und die gesellschaftliche Aufarbeitung (Überprüfung des öffentlichen Dienstes auf MfS-Zusammenarbeit seiner Mitarbeiter, Möglichkeiten und Grenzen von Rehabilitation und Entschädigung). Die Anfragen kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Verfahrensfragen, Literaturrecherchen und fachliche Hinweise stehen im Mittelpunkt dieser Gespräche. Hinweise auf die Möglichkeiten weiterer Archive sind ebenfalls Bestandteil der Beratung. Im Landesarchiv Sachsen-Anhalt werden u. a. Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt bis 1952, der ehemaligen Räte der Bezirke Halle und Magdeburg, der Polizeibehörden sowie die SED-Unterlagen aufbewahrt. Sie geben ebenfalls Hinweise über politische Verfolgung in der SBZ/DDR und können in vielen Fällen die Unterlagen des MfS für die Betroffenen ergänzen.

Die folgende Übersicht zeigt die Antragszahlen, sowie den Stand der Abarbeitung im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt.

Anzahl der 2004 eingegangenen Anfragen zu den Themenkomplexen Rehabilitation und Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte:

Grund der Akteneinsicht	Abt. Magdeburg	Abt. Merseburg	Abt. Dessau (Bestände der Jahre 1945–1952)	Gesamt
Bürgeranfragen –Rehabilitation	96	58	5	159
Bürgeranfragen – Forschung	71	43	27	141
Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Rehabilitation	625	333	55	1.013
Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Forschung	42	22	0	64
Anzahl der eingegangenen Anfragen – gesamt	834	456	87	1.377

Anzahl der 2004 bearbeiteten Anfragen:

Grund der Akteneinsicht	Abt. Magdeburg	Abt. Merseburg	Abt. Dessau	Gesamt
Bürgeranfragen –Rehabilitation	87	55	5	147
Bürgeranfragen – Forschung	89	42	27	158
Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Rehabilitation	599	282	55	936
Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Forschung	46	22	0	68
Anzahl der bearbeiteten Anfragen – gesamt	821	401	87	1.309

Anm.: Unter dem Begriff „Rehabilitation“ werden hier Rehabilitierungs-, Beschäftigungs-, Eigentums- und Verwaltungsangelegenheiten sowie Ermittlungsverfahren subsumiert.

Die Anzahl der Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern und von öffentlichen Einrichtungen zu Zwecken der Rehabilitation ist hoch. Ihre Bearbeitung erfordert ein hohes Maß an Sorgfalt und ist auf Grund der schwierigen Thematik mit hohem Rechercheaufwand verbunden. Mit der Abarbeitung von 1.309 (2003: 1.204) Anfragen im Bereich der Rehabilitation und Forschung leisteten die Mitarbeiter der Archive einen wichtigen Beitrag zur Entschädigung der Verfolgten des SED-Regimes und zur Information über das geschehene Unrecht. Hierfür und für die Bearbeitung der Forschungsanträge in diesem Bereich sei ihnen an dieser Stelle erneut gedankt.

Das Landeshauptarchiv teilte mit:

Wie die vorliegenden Zahlen zeigen, hat das Landeshauptarchiv auch im Jahr 2004 an allen Standorten (Abteilungen Magdeburg, Merseburg und Dessau) wieder eine erhebliche Anzahl von Anfragen beantwortet und Benutzungen betreut. Dabei haben die wissenschaftlichen Anfragen nach einem Anstieg im Jahr 2003 infolge der vielfältigen Aktivitäten im Vorfeld des Jahrestages des 17. Juni 1953 im Jahr 2004 leicht nachgelassen. Dagegen sind die Anfragen zu Zwecken der Rehabilitation, v. a. öffentlicher Einrichtungen, nicht unerheblich angestiegen.

Das Landeshauptarchiv ist bemüht, die eingehenden Anfragen möglichst rasch und umfassend zu beantworten. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag bei der Bearbeitung von Rehabilitierungsverfahren.

Für das Jahr 2005 sind im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt zwei Projekte geplant, die dem Umgang mit dem Archivgut auch für die Nutzer erheblich erleichtern werden. Noch in der ersten Jahreshälfte werden wichtige Erschließungsinformationen im Lesesaal des Magdeburger Hauptgebäudes in der Hegelstraße über eine Datenbank abrufbar sein. Im Laufe des Jahres soll dieses Angebot dann auf die übrigen Standorte des Archivs ausgedehnt werden.

Ferner beteiligt sich das Landeshauptarchiv an der Erarbeitung einer Internetseite „SED-Archivgut“ durch die Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) und die Landesarchive der neuen Länder. Im Zentrum dieses Informationsangebotes stehen Übersichten zu der in den einzelnen Archiven aufbewahrten Überlieferung von Parteien und sogenannten Massenorganisationen der DDR. Ergänzt werden sie durch ein Glossar der häufigsten mit der Geschichte der SED verbundenen Begriffe, durch ein umfangreiches Verzeichnis von Abkürzungen im DDR-Schriftgut sowie durch Hinweise zum organisatorischen und personellen Aufbau der SED. Der Start dieses Internetauftritts ist für das Frühjahr 2005 vorgesehen.

Die Aufbewahrung der Archivbestände im **Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt** ist neben der Sicherung relevanter Bestände in den **kommunalen Archiven** unverzichtbar für eine persönliche und historische Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte.

Die **Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt** wurde in der JVA Halle eingerichtet, um die Haftakten der einzelnen Justizvollzugsanstalten des Landes zusammen zu führen. Diese Unterlagen sind eine unverzichtbare Grundlage für die Rehabilitierung, für die Anerkennung gesundheitlicher Schädigungen im Zusammenhang mit Haft und für die persönliche Aufarbeitung. Im Jahr 2004 wurden 320 Anfragen registriert:

- 40 Anträge auf Gewährung von Beschädigtenversorgung
- 112 Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung
- 158 Anträge zur Klärung der Versicherungsverhältnisse für Zeiten im Beitrittsgebiet
- 2 Anfragen für Forschungs- und Dokumentationszwecke
- 3 Anträge zur privaten Forschung (Familienchronik)
- 5 sonstige Anträge.

Den Mitarbeitern der Zentralen Auskunftsstelle und der Archive gilt der ausdrückliche Dank der Landesbeauftragten für ihre wichtige Arbeit.

Eigene Forschungsvorhaben

Im Mittelpunkt der Forschungen standen seit 2002 die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt, zuletzt unter der besonderen Berücksichtigung der Todesopfer.

Seit Ende 2003 stellte die Behörde gemeinsam mit dem Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam und weiteren Partnern Material über die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 zusammen, welches anlässlich des 51. Jahrestages der Ereignisse veröffentlicht wurde: **„Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“** (LIT-Verlag). Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern, in denen es sehr viele Tote gegeben hat. Die Biographien konnten weitgehend mit Hilfe von Angehörigen und Archivmaterial geklärt werden. Einige Fragen blieben offen, jedoch konnten sehr viele Einzelheiten zusammengetragen werden. Auf Grund des langen Zeitabstandes stellten sich die Nachforschungen als sehr schwierig heraus.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Sichtung von MfS-Unterlagen zu **117 in Torgau verstorbenen und in Halle begrabenen Häftlingen**. Die Ergebnisse wurden am 15.12.2004 ins Internet gestellt. Der zusammenfassende Bericht findet sich gemeinsam mit einem Gutachten aus ärztlicher Sicht im Anhang dieses Tätigkeitsberichtes.

Seit 2002 arbeitet die Behörde an einem Forschungsvorhaben zur **Arbeit der Bezirksverwaltung Halle des MfS**. Dieses Vorhaben konnte auf Grund des großen Umfangs bisher noch nicht abgeschlossen werden. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist für das Jahr 2005 geplant.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Landesbeauftragte ist gesetzlich verpflichtet, über die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit und besonders auch über deren Folgen in Sachsen-Anhalt zu informieren. Diese Pflicht zur Information schließt auch die „Partner des operativen Zusammenwirkens“ auf Bezirks- und Kreisebene (z. B. Rat des Bezirkes, BDVP, Wehrbezirkskommando, SED-Bezirksleitung, FDJ, FDGB etc.) ein.

Die Behörde der Landesbeauftragten kann sich im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages in diesem Bereich allerdings nur ausgewählten Schwerpunkten widmen, in der Hoffnung, dass Universitäten, andere Bildungseinrichtungen, aber auch interessierte Jugendliche und Erwachsene an diesen Themen weiterarbeiten.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Behörde besteht in der Herausgabe von Informationsmaterialien, der Durchführung von Veranstaltungen, der Bereitstellung einer Schwerpunktbibliothek und der Bekanntgabe von Veranstaltungsterminen.

4.1. Broschüren

Die Aufteilung der Informationsmaterialien in die Reihen „Betroffene erinnern sich“, „Sachbeiträge“ und „Informationen der Behörde“ hat sich bewährt und wurde aus diesem Grund beibehalten.

Wie schon in den vergangenen Jahren gebührt den Autoren ein großer Dank an dieser Stelle, da sie sich mit sehr viel Engagement und häufig ehrenamtlich der Zusammenstellung des Materials widmen.

Zunächst werden die Broschüren dem Landtag, der Landesregierung, den Bundestagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt und den mit der Thematik befassten Bereichen des Landes, wie z. B. Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen, Rehabilitierungsbehörden und Häftlingsverbänden zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden zahlreiche interessierte Einzelpersonen, Multiplikatoren und Bibliotheken in den Verteiler für die Neuerscheinungen aufgenommen. Das betrifft insbesondere bundesweit Bibliotheken aus dem ministeriellen, wissenschaftlichen und kommunalen Bereich. Im Berichtszeitraum betrug der Kreis der regelmäßigen Bezieher 392 (zum Vergleich: 47 im März 1997).

Die Broschüren der Behörde haben damit einen festen Platz in der politischen Bildung. Sie werden auch im Schulunterricht verwendet.

Vergriffene Broschüren werden nach wie vor in das Internet eingestellt oder sehr häufig auch auf Wunsch kopiert, da nicht alle Interessenten über einen Internetzugang verfügen.

Die Auflagenhöhe bewegte sich jeweils zwischen 1.000 und 1.300 Exemplaren.

Im Berichtszeitraum erschienene Broschüren:

Reihe „Betroffene erinnern sich“

Der Titel dieser Reihe trägt dem Umstand Rechnung, dass hier Menschen ihre persönlichen Schicksale und vor allen Dingen ihre Sichtweise schildern. Diese Möglichkeit trägt zum Verständnis der Opfer des SED-Regimes durch die Öffentlichkeit bei. Den Verfassern helfen das Aufschreiben und vor allen Dingen auch die ausführlichen Gespräche bei der Zusammenstellung der Materialien häufig, mit dem Erlebten fertig zu werden. Die Publikationen stellen eine Form der öffentlichen Rehabilitierung dar.

- Nr. 18 Der Operative Vorgang „Treffpunkt“ der Bezirksverwaltung Halle des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. „Hetzblätter“ und Hexenjagd von 1978 bis 1980
(Autor: Gerd Stöcklein; Auflage: 1.000)
Im Frühjahr 1978 wurden in Halle/S. Flugblätter mit dem Text „Schluß mit der Mauer – Erich wir werden sauer – Gruppe 17. Juni“

gefunden. Das Ministerium für Staatssicherheit suchte zunächst vergeblich mit großem Aufwand besonders unter denjenigen Jugendlichen, die aufgrund ihrer unangepassten Lebensweise schon immer Verdacht erregt hatten, die Verfasser. Die tatsächlichen Hersteller der Flugblätter wurden erst viel später gefunden und zu hohen Haftstrafen verurteilt.

- Nr. 19 Opposition und Widerstand in der mitteldeutschen Provinz
(Autor: Lothar Tautz; Auflage: 1.000)

Lothar Tautz hat im Bereich der evangelischen Kirche gearbeitet, wo u. a. auch Theater, Künstler, Freundeskreise und Gruppen Jugendlicher ihren Schutz vor der Staatsmacht fanden. Als Pfarrer in Weißenfels war er zum Beispiel eine Anlaufstelle für die Menschen, die die Zustände in der DDR nicht mehr aushielten und einen Antrag auf ständige Ausreise in die Bundesrepublik stellten. Seine eigenen Erinnerungen und eigene Fotos sowie Dokumente stellt er den Staatssicherheitsakten gegenüber. Da eigenständiges Denken und selbstbestimmtes Handeln in der DDR nicht erwünscht waren, wurden seine Aktivitäten von der Staatssicherheit mit großem Misstrauen beobachtet.

Reihe „Sachbeiträge“

Die Reihe „Sachbeiträge“ informiert über die Arbeit der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und vor allen Dingen auch über ihre Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen, wie der Polizei oder den Räten der Bezirke, Kreise und Städte. Diese Beiträge sollen neben den Multiplikatoren u. a. den Rehabilitierungsbehörden, die in der Regel Einzelanträge zu bearbeiten haben, Zusammenhänge darstellen und weiterführende Hinweise an die Hand geben.

- Nr. 31 „Feindzentrale Onkel Theo“. Eine private Hilfsaktion für DDR-Bürger und ihre politischen Dimensionen
(Autorin: Anne Schemann; Auflage: 1.000)

Die Themen Flucht und Ausreise aus der DDR bestimmten zu einem großen Teil die Politik der Jahre bis 1989. Das Leben auf gepackten Koffern war für die Betroffenen nur schwer auszuhalten. Zu denen, die ihnen Mut machten, gehörte der Ordensbruder Theo Koenig in Münster. Er baute insgesamt 727 DDR-Kontakte über die Grenze hinweg auf, zu denen viele Familien gehörten. Er schickte ihnen regelmäßig ermutigende Briefe und Pakete. Vom Ministerium für Staatssicherheit wurde er als sogenannte „Feindzentrale“ betrachtet und erbittert bekämpft.

Die Veröffentlichung der Geschichte von Theo Koenig anlässlich des 15. Jahrestages des „Mauerfalls“ versteht sich als Würdigung seiner Arbeit.

- Nr. 32 „Wir überlassen keinen dem Gegner“. Die Evangelische Studentengemeinde in Magdeburg im Blick der Staatssicherheit (Autorin: Jutta Gladen; Auflage: 1.300; mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Studentengemeinde Magdeburg.) Die Publikation erschien zum 50-jährigen Bestehen der Evangelischen Studentengemeinde in Magdeburg. Diese war 1954 auf Initiative von Studenten gegründet worden. Es wird die Sicht der DDR-Sicherheitsorgane auf die Arbeit der ESG und ihre Folgen in einigen Schlaglichtern dargelegt: Bespitzelung, Exmatrikulationen und Inhaftierungen von Studenten und Studentenpfarrern.
- Nr. 33 „... Nicht nur ein Förderinstitut“. Mit der Arbeiter- und Bauern-Fakultät II Halle wurde vor 50 Jahren eine kommunistische Kaderschmiede gegründet (Autor: Dr. Karl-Adolf Zech; Auflage: 1.000) Die Einrichtung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der DDR war ein pädagogisches und soziales Großexperiment. Aber waren die ABF wirklich Anstalten, die Mut machten, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen? Der Beitrag geht dieser und anderen Fragen nach, indem die vor 50 Jahren gegründete Sonder-ABF Halle II anhand exemplarischer Vorgänge in ihrer historischen Entwicklung beleuchtet wird. Dem liegen neben den Akten verschiedener nun zugänglicher Archive und Gespräche mit Zeitzeugen sowie auch persönliche Erfahrungen des Autors zugrunde.
- Nr. 34 Das MfS in der Schuh-Industrie am Beispiel des Direktors für Forschung und Technik der „VVB Schuhe“ Weißenfels Karl-Heinz Werner (Autor: Johannes Kunze; Auflage: 1.000) Von der SED verordnete Fünf-Jahr-Pläne mit einem ausgefeilten Anpassungs- und Korrektursystem prägten die Volkswirtschaft der DDR. Stimmte diese „Plan“-Wirtschaft auf dem Papier schon nicht, verursachte sie in der Realität regelmäßig Chaos. Aus Angst vor Sabotage hatte das Ministerium für Staatssicherheit in diesem Bereich viele offizielle und inoffizielle Mitarbeiter platziert. Genau wie die SED und häufig mit ihr nahm es auf die verschiedenste Weise Einfluss, oft mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen. Das musste auch der Technische Direktor Karl-Heinz Werner spüren, der gemeinsam mit einigen anderen versuchte, die Schuhindustrie mit ihrem Vorstufenbereich der gesamten DDR in Schwung zu bringen und mit Gefängnishaft bestraft wurde. Mit seiner Hilfe und sehr viel Engagement ist es Johannes Kunze, ebenfalls ehemaliger Mitarbeiter des VEB Kombinat Schuhe, gelungen, ein Kapitel Industriegeschichte der Region Weißenfels aufzuarbeiten. Da

es sich hierbei um einen der größten und bedeutendsten Betriebe in seinem Bereich handelte, hat der Landkreis Weißenfels dieses Projekt gern unterstützt.

- Nr. 35 Selbsttötungen in der DDR und das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit (Autor: Udo Grashoff; Auflage: 1.000) Die DDR war ein Land, in dem es überdurchschnittlich viele Selbsttötungen gegeben hat. Gleichzeitig waren diese ein Tabuthema, das nicht zur Propaganda vom glücklichen Leben im Sozialismus passte. Der Historiker Udo Grashoff hat im Rahmen eines Forschungsvorhabens untersucht, welchen Einfluss die Staatssicherheit auf Entscheidungen zur Selbsttötung und bei den Ermittlungen in diesem Bereich hatte. In der Broschüre stellt er einige Schicksale an Hand der überlieferten Aktenbestände vor.
- Nr. 36 Die (DDR-)Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben (Autor: Falk Beyer; Auflage: 1.000) In Morsleben befindet sich das zentrale Endlager für radioaktive Abfälle der ehemaligen DDR. Es wurde für die Entsorgung niedrig- und mittelradioaktiver Abfälle genehmigt und sollte u. a. die in den bestehenden und noch geplanten Atomkraftwerken anfallenden Abfälle aufnehmen. Neben den genehmigten endgelagerten Abfällen befinden sich in Morsleben weitere Strahlenquellen, deren Einlagerung von der Dauerbetriebsgenehmigung des Endlagers nicht erfasst wird. Die Sicherheitsbedenken von Fachleuten und aus der Bevölkerung machten das Endlager spätestens ab 1990 zu einem brisanten Thema. Die zu DDR-Zeiten vorherrschende Sicherheitsphilosophie und Mentalität ermöglichten die Einrichtung dieser stark umstrittenen Anlage.

Informationen der Behörde

10. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten (Auflage: 1.250)

4.2. Veranstaltungen

4.2.1. „Vom Wert der Freiheit“

Unter diesem Thema fand vom 21. bis 23. Mai 2004 in Jena die achte gemeinsame bundesweite Veranstaltung aller Landesbeauftragten und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen statt. Eröffnet wurde die Tagung durch den Minis-

terpräsidenten Dieter Althaus. Die Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht lud die Teilnehmer zu einem Empfang ein.

An der Veranstaltung nahmen neben ca. 180 Teilnehmern aus ganz Deutschland wieder Gäste aus osteuropäischen Ländern teil, so aus Weißrussland, Ungarn, Russland und Rumänien sowie der Vorsitzende der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge, Jure Knezovic aus Kroatien. Diesmal war auch ein Gast aus Kuba anwesend, der über die Menschenrechtsverletzungen in seinem Land berichtete. Besonders der Bericht aus Rumänien über die Art und Weise des Gedenkens an die Opfer des Dezembers 1989 und der Bericht aus Weißrussland berührten die Teilnehmer.

Neben den internationalen Erfahrungen wurde auch die Arbeit der Verbände in Deutschland geschildert. Thematische Stadtrundgänge boten die Möglichkeit, sich über Formen der Aufarbeitung kommunistischer Gewalt Herrschaft in Jena zu informieren.

Nähere Informationen sind dem Tagungsband zu entnehmen, der in der Behörde der Thüringer Landesbeauftragten zusammengestellt wird und kostenlos erhältlich ist. Der nächste Kongress wird vom 10. bis 12. Juni 2005 in Zinnowitz/Usedom stattfinden.

4.2.2. „1989/90: Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Ein zentrales Ereignis der Friedlichen Revolution“

Diese Tagung fand anlässlich des 15. Jahrestages der MfS-Auflösung vom 3. bis 5. Dezember 2004 in Leipzig (Kinosaal der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung) statt. Sie wurde von allen Landesbeauftragten gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Leipzig und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorbereitet und unter der Federführung des Bürgerkomitees Leipzig durchgeführt.

Rund 200 Akteure der damaligen Ereignisse (u. a. viele Mitglieder von Bürgerkomitees), Historiker und Journalisten reflektierten aus heutiger Sicht über die Abläufe der MfS-Auflösung in den einzelnen Bezirken und in Berlin. Im Mittelpunkt standen Parallelen und Unterschiede bei der Besetzung von Bezirksverwaltungen und im Umgang mit den Unterlagen des MfS. Es zeigte sich im Ergebnis, dass noch sehr viele Fragen offen sind. Das trifft auch auf die Bezirke Halle und Magdeburg in Sachsen-Anhalt zu. Hier müssen dringend Regionalstudien erarbeitet werden, die die Erinnerungen der damaligen Akteure auf Bezirks- und Kreisebene einbeziehen.

Der Tagungsband wird 2005 erscheinen. In Vorbereitung der Veranstaltung wurde bereits eine Chronologie der Ereignisse erarbeitet.

4.2.3. Weitere Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

11.–13.1.2004	Wendgraben	„Die juristische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland“, gemeinsames Seminar mit dem Ministerium der Justiz und der Konrad-Adenauer-Stiftung
12.–14.2.2004	Wittenberg	„Freundschaftsbande und Beziehungen. Mosambik-DDR-BRD“, Tagung mehrerer Veranstalter (u. a. LStU) unter Federführung der Arbeitsstelle „Eine Welt“ der Kirchenprovinz Sachsen
29.4.2004	Magdeburg	Vorstellung der Broschüre „Feindzentrale Onkel Theo“ mit der Autorin Anne Schemann und Theo Koenig, gemeinsame Veranstaltung mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt
3.–5.5.2004	Wendgraben/Halle	Halle-Forum „Herbst 1989 – Ein Rückblick 15 Jahre nach dem Ende der DDR“, gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung
4.5.2004	Magdeburg	Vorstellung der Broschüre „Wir überlassen keinen dem Gegner“ mit der Autorin Jutta Gladen, gemeinsame Veranstaltung mit der Evangelischen Studentengemeinde Magdeburg
9.6.2004	Halle	Vorstellung der Broschüre „Der Operative Vorgang Treffpunkt der Bezirksverwaltung Halle des MfS“ mit dem Autor Gerd Stöcklein und weiteren Zeitzeugen
9.–10.7.2004	Wendgraben	„Von der Sowjetischen Besatzungszone bis 1994 – Sowjetische Besatzung in Sachsen-Anhalt“, gemeinsame Veranstaltung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Landeszentrale für politische Bildung und der „Gesellschaft für Demokratie und Zeitgeschichte e. V.“

- 6.–10.10.2004 Magdeburg „15 Jahre Mauerfall – Ende einer Diktatur“, gemeinsames Seminar mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem SPD-Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR
- 15.10.2004 Halle „Bürger gegen Gewalt“ Veranstaltung zum 15. Jahrestag der ersten freien Bürgerversammlung im Revolutionsherbst 1989 in Halle (Projekt „Orte der Zivilcourage“: Pauluskirche), gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung, dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, dem Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. und der Paulusgemeinde Halle

- 27.10.2004 Weißenfels Vorstellung der Broschüren „Das MfS in der Schuh-Industrie am Beispiel des Direktors für Forschung und Technik der ‚VVB Schuhe‘ Weißenfels Karl-Heinz Werner“ von Johannes Kunze und „Opposition und Widerstand in der mitteldeutschen Provinz“ von Lothar Tautz, gemeinsam mit dem Landkreis Weißenfels (siehe Artikel auf S. 67)
- 29./30.10.2004 Magdeburg „Wir sind das Volk“. Die friedliche Revolution von 1989 und ihre Auswirkungen als Gegenstand von Schule und Unterricht, gemeinsame Veranstaltung zur Lehrerfortbildung mit der Landeszentrale für politische Bildung, dem Lehrerfortbildungsinstitut und der Stiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur

Reisekader wird zum „Feind“

Stasi im Schuhkombinat: Broschüre berichtet über Fall des Ex-Direktors Karl-Heinz Werner

Von unserem Redakteur
ANDREAS RICHTER

Weißenfels/MZ. Er tauchte tief hinein. Rund 8000 Seiten, 30 Gerichtsbande hat Johannes Kunze zwei Jahre lang durchforstet. Es war ein Forschungsauftrag des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Am Ende stand eine Broschüre über den Fall des früheren Direktors für Forschung und Technik im Weißenfelser Schuhkombinat, Karl-Heinz Werner. Ein Fall, der damals für Gesprächsstoff sorgte und heute auf besondere Weise Einblicke vermittelt in die Methoden der Staatssicherheit der DDR.

„Die Wende im Kopf hatte ich bereits acht Jahre vorher vollzogen.“

KARL-HEINZ WERNER, EHEMALIGER DIREKTOR IM SCHUHKOMBINAT

Während der Literaturtage des Landkreises stellte Kunze, früher selbst im Schuhkombinat beschäftigt, seine Broschüre im Dezember in Weißenfels vor. Mit dabei auch Karl-Heinz Werner selbst. Seit 1970 arbeitete er in Weißenfels als Direktor für Forschung und Technik. Das Mitglied der SED besuchte als so genannter Reisekader regelmäßig westdeutsche Firmen und Messen. Alles schien seinen Gang zu gehen - bis zum Nikolaustag des Jahres 1977. Auf dem Weg in sein Büro in der Markwerbener Straße wurde der damals 38-jährige von unbekannten Männern, die sich als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auswiesen, verhaftet. Bald fand er sich in der berühmten MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ in Halle wieder.

Was ihm genau vorgeworfen wurde, erfuhr Werner erst nach und nach. „Es waren Beschuldigungen ohne realen Hintergrund. Man brauchte Leute, die man als Schuldige für die fortschreitende Wirtschaftsmisere der DDR präsentieren konnte“, so Werner, der insgesamt 280 Verhöre über sich ergehen lassen musste. Vorgeworfen wurde ihm unter anderem, Geräte aus dem Westen importiert zu haben, die es auch bei sozialistischen Bruderstaaten zu kaufen gab. Millionenfachen Schaden für die DDR soll er verursacht haben.

Nach fast anderthalbjähriger Untersuchungshaft fand am Bezirksgericht Halle der Schauprozess statt. Schließlich wurde Werner als „Feind der DDR“ zu neun Jahren Haft verurteilt. Noch im selben Jahr gab es eine Amnestie zum 30. Jahrestag der DDR. Werner gehörte jedoch nicht zu den Entlassenen, weil er nicht zu einer Kooperation mit der Staatssicherheit bereit war. Stattdessen musste er drei Jahre im Stasi-Gefängnis in Bautzen verbringen, ehe er 1982 vorzeitig entlassen wurde.

Nach der Wende wurde Karl-Heinz Werner voll rehabilitiert und als politisch Verfolgter anerkannt. Heute lebt er in Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern und führt ein eigenes Unternehmen für Planungen und Dienstleistungen.

„Ich bin auf unglaublich fiese Art und Weise ungerecht behandelt worden“, so sieht Karl-Heinz Werner seinen Fall heute. Nein, bis zu jenen Ereignissen sei er kein Feind der DDR gewesen, doch danach umso mehr zu einem solchen geworden. „Mit der Wende hatte ich keine Probleme, denn die Wende im Kopf hatte ich bereits acht Jahre vorher vollzogen“, beschreibt Werner seine frühzeitige Abkehr von einer Republik, die es mittlerweile seit über 14 Jahren nicht mehr gibt.

Wer Interesse an der Broschüre „Das MfS in der Schuh-Industrie“ hat, kann sich bei Johannes Kunze (Telefon 372 421) melden.

Im Gespräch: Johannes Kunze, Autor der Broschüre „Das MfS in der Schuh-Industrie“ (links), und Karl-Heinz Werner, ehemaliger Direktor für Forschung und Technik im Weißenfelser Schuhkombinat. MZ-Foto: W. Hoppa

Mitteldeutsche Zeitung vom 10.1.2005



Begrüßung der Teilnehmer im Roncallihaus durch die LStU (Foto: Christoph Koch)

Auf Anfrage teilte das Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung Sachsen-Anhalt mit, dass neben dieser gemeinsamen Tagung keine weitere Veranstaltung zum Thema „DDR-Aufarbeitung“ vom LISA ausgerichtet wurde.

25.11.2004	Halle	Vorstellung der Broschüre „Selbsttötungen in der DDR und das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit“ von Udo Grashoff
16./17.11.2004	Berlin	Gemeinsamer Erfahrungsaustausch aller Landesbeauftragten zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug
15.2.2005	Marienborn	Vorstellung der Broschüre „Die (DDR)-Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben“ mit dem Autor Falk Beyer, gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn im Rahmen der Ausstellung „Das Tafelsilber der deutschen Einheit? Endlager Morsleben – Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts“

Zusätzlich wurden Vorträge der Landesbeauftragten zur Arbeit der Behörde und zu einzelnen Fragen der Aufarbeitung oder Grußworte in Sachsen-Anhalt auf verschiedenen Podiums- und Vortragsveranstaltungen gehalten: u. a. am 19.5.2004 in Gernrode (Sekundarschule), am 25.5.2004 in Hettstedt, am 11.6.2004 in Oldenburg, am 23.6.2004 in Altenplathow, am 26.6.2004 in Salzgitter, am 9.10.2004 in Magdeburg („Wir bleiben hier! Die friedliche Revolution 1989 und ihre Nachwirkungen“), am 13.11.2004 in Magdeburg (Gedenkveranstaltung), am 20.11.2004 in Halle (Gedenkveranstaltung), am 27.11.2004 in Eisleben (Gedenkveranstaltung) und am 5.1.2005 in Haldensleben (Jahn-Gymnasium).

4.3. Rundbrief

Der Rundbrief wird monatlich erstellt und in Kopie an Multiplikatoren, Einrichtungen der politischen Bildung und mit dem Thema befasste Behörden versandt. Er enthält Hinweise auf Veranstaltungen, welche sich mit totalitärer Herrschaft und den Folgen für die Einzelnen beschäftigen sowie Hinweise auf Ausstellungen und Neuerscheinungen. Er ist nach wie vor das einzige Informationsblatt dieser Art, welches regelmäßig in Sachsen-Anhalt erscheint. Die Anzahl der Empfänger liegt gegenwärtig bei 290 (Auflage: 618, durch Auslage in Einrichtungen der politischen Bildung).

Die Website der Landesbeauftragten enthält eine ständig aktualisierte Fassung.

4.4. Bibliothek

Zusätzlich zum Gebrauch durch die Mitarbeiter der Behörde wurde die Bibliothek im Berichtszeitraum (1. Januar–31. Dezember 2004) von 23 Nutzern in Anspruch genommen. Dabei kam es zu 48 Entlehnungen.

In 15 Fällen wurden auf Anfrage Literatur-Recherchen zu Büchern und Zeitschriftenartikeln zu verschiedenen Themen ausgeführt.

Die Bibliothek enthält Literatur zum Thema Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Der Bestand an Büchern und Faltblättern umfasste Anfang Januar 2005 genau 2.594 Titel. Davon sind 834 Titel in mehreren (meist 2) Exemplaren vorhanden.

Der Bestand ist in folgende Rubriken unterteilt:

DDR allg. – MfS – Politische Justiz / Haft in der SBZ/DDR – Kultur – Kirche – Bundesrepublik Deutschland (bis 1990) – Deutsche Teilung – „Wende“ – Vereinigtes Deutschland – Osteuropa – Nationalsozialismus – Veröffentlichungen der Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragten – Untersuchungsausschüsse – Gesetze – Sonstiges – DDR-Original-Literatur (u. a. Gesetzessammlungen sowie Zeitschrift „Neue Justiz“).

Dazu kommen 79 Faltblätter, 45 Videos, 21 Audio-CDs, 2 Audiocassetten und 12 Multimedia-CD-ROMs, sowie mehrere Cassetten mit selbstaufgezeichneten Fernseh- bzw. Hörfunkbeiträgen (letztere nur zum Eigengebrauch).

Von 65 verschiedenen Zeitschriften befinden sich Exemplare im Bestand. 17 Zeitschriften werden regelmäßig bezogen (u. a. „Deutschland-Archiv“ (Bestand fast vollständig ab 1978), „Freiheitsglocke“, „Gerbergasse 18“, „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“, „Horch und Guck“, „Justizministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt“, „Neue Justiz“, „Der Stacheldraht“, „Politische Zeitschrift“, „Rundbrief der Walter-von-Baeyer-Gesellschaft für Ethik in der Psychiatrie e. V. (GEP)“, „Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat“). Datenbanken mit den Inhaltsverzeichnissen einiger der genannten Periodika gestatten eine schnelle Recherche.

Der BStU-Pressespiegel wird seit September 1994 archiviert. Mit Hilfe einer Datenbank ist hier ebenfalls eine schnelle Recherche über die Inhaltsverzeichnisse möglich.

4.5. Internet

Seit Ende 1998 besteht ein Internetangebot der Landesbeauftragten.

Die Internet-Adresse lautet:

<http://www.landesbeauftragte.de>

Über e-mail ist die Behörde unter der Adresse *info@landesbeauftragte.de* zu erreichen.

Weiterhin werden sämtliche erscheinenden Broschüren zum Download bereit gestellt. Gegenwärtig sind somit 82 Broschüren und sonstige Dokumente als PDF-Dateien zum Abruf verfügbar.

Der zur Zeit angemietete Speicherplatz von 100 MB ist damit erschöpft und muss demnächst erweitert werden. Die Download-Verfügbarkeit der Dokumente ist fast durchgehend gegeben.

Das Transfervolumen der Zugriffe ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Nachfolgende Tabelle zeigt die Zugriffe auf Broschüren-Teile (Die Broschüren bestehen in der Download-Version aus ein bis drei Teilen) und Faltblätter:

2004/ Monat	Zugriffe	Transfervolumen in Kilobyte
Januar	444	306.993
Februar	217	178.062
März	296	334.191
April	247	199.362
Mai	244	174.260
Juni	305	345.659
Juli	318	213.783
August	505	259.885
September	532	284.396
Oktober	185	204.909
November	251	215.807
Dezember	855	234.804
Summe	4.399	2.952.111

5. Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten

Die Verfolgtenverbände sowie die Aufarbeitungsinitiativen leisten in Sachsen-Anhalt durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit einen unverzichtbaren Beitrag bei der Aufarbeitung politisch motivierten Unrechts in der DDR. Das gilt besonders auch für die Arbeit mit Jugendlichen. Fünfzehn Jahre nach dem Ende der DDR haben diese keine eigenen DDR-Erfahrungen mehr. Eltern und Bildungsträger sind in der Pflicht, ihnen ein angemessenes Bild der Verhältnisse zu vermitteln. Diese Aufgaben können durch staatliche Institutionen nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Aus diesem Grund

müssen Bund, Länder und Kommunen diese wichtige Arbeit ideell und finanziell **langfristig** unterstützen. Die Arbeit der Vereine kann durch die Mitgliedsbeiträge nicht finanziert werden.

Das „Dokumentationszentrum am Moritzplatz“ des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg und das Beratungs- und Begegnungszentrum des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V. in Halle wurden gemeinsam von der Landesbeauftragten, der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur im Berichtszeitraum gefördert. Ab 2005 müssen jedoch tragfähigere Modelle gefunden werden, damit die Arbeit langfristig gewährleistet ist.

Folgendes wird zur Arbeit der Einrichtungen berichtet:

Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. (BK): Dokumentationszentrum am Moritzplatz

Mit seiner Dauerausstellung, den zahlreichen Sonderausstellungen, der Bibliothek und der Videothek bietet diese Einrichtung die Möglichkeit zur Information über die Arbeitsweise des MfS und seiner „Partner des operativen Zusammenwirkens“ im Bezirk Magdeburg.

Zur Arbeit im Berichtszeitraum (1.1.2004 bis 31.12.2004) wurde folgendes mitgeteilt:

Besucherstatistik:

Für den Zeitraum 01.01.2004–31.12.2004 war ein Besucheraufkommen von 5.837 Besuchern zu verzeichnen. Dies entspricht einer Gruppenanzahl von 301 (93 % davon waren Jugendliche).

Die Anzahl der Besucher bei fünf verliehenen Sonderausstellungen an das Grenzlandmuseum Schnackenburg, das Zonengrenzmuseum Helmstedt, das Bildungszentrum Wendgräben, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und die Kulturfabrik Haldensleben (61.539) und die der Teilnehmer an Veranstaltungen im Dokumentationszentrum (ca. 2.500) wird insgesamt auf ca. 64.000 geschätzt. Die verliehenen Sonderausstellungen waren:

„Tarantel – Satire im Kalten Krieg“, „Steine im Fluß“, „Hillersleben – Das Ende einer Armee“, „Hilferufe von drüben“ und „Kinder von Tschernobyl“.

Ausstellungen: 5 (u. a. „Grenzen im Wandel der Zeit“, „Magdeburg im Herbst 1989“)

Seminare: 1

Projektstage mit Schulklassen: 29 Gruppen (636)

Lesungen, Präsentation von Forschungsergebnissen: 7

Videoprojekte: 1 („Magdeburg im Herbst 1989“)

Bearbeitete Forschungsthemen:

- 1. Medizinische Akademie Magdeburg und die Staatssicherheit*
- 2. Der Einfluss des MfS auf die Kirche in den ehemaligen Bezirken Magdeburg/ Halle*
- 3. Durchdringung und Beeinflussung der Parteien in Niedersachsen durch das MfS*

Im Jahr 2004 fanden ein Praktikanteneinsatz und ein Einsatz im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres im Dokumentationszentrum statt. Letzteres wird 2005 fortgesetzt.



Info-Tisch und Ausstellung zum „Herbst 1989“ des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt am Tag der offenen Tür bei der BStU am 15.1.2005 in Berlin (Foto: Edda Ahrberg)

Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte

Der Verein teilte für das Jahr 2004 folgendes aus seiner Arbeit mit:

Der Verein Zeit-Geschichte(n) hat in den letzten Jahren sein Arbeitsspektrum auf immer mehr Themen erweitert und die Ergebnisse in Büchern, Filmen und Ausstellungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Mit Mitteln der Stiftung Aufarbeitung und der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt wurde diese Verbreitung jetzt auch überregional durch die Einrichtung einer eigenen Website möglich. Unter

www.zeit-geschichten.de kann man sich informieren und Publikationen bestellen.

Wie diese Möglichkeit auch tatsächlich genutzt wird, zeigt das Beispiel von Herrn Winfried M., der über eine Internetsuchmaschine den Namen seines Vaters auf der von uns veröffentlichten Liste der „Torgau-Toten“ fand und erfuhr, dass die Stadt Halle für seinen Vater im Jahr 2003 ein Grab geschaffen hat. In einem menschlich sehr bewegendem Brief dankte er für unsere Arbeit. Der Brief bestätigt, dass die Wunden der grausamen deutschen Vergangenheit noch lange nicht geheilt sind und unsere Arbeit auch weiterhin sinnvoll und notwendig ist.

Das zeigte sich auch bei der Diskussion um die Berechtigung einer Grabanlage für die „Torgau-Urnen“ auf dem Gertraudenfriedhof Halle. Auf der Website informieren wir in einer eigens dafür eingerichteten Rubrik über den Stand der Diskussion und deren Hintergründe.

Bei der Jahresversammlung des BSV/VOS im November 2004 in Halle wurde von den dort anwesenden Vertretern von CDU, FDP und SPD bestätigt, dass sie diese Form der Information nutzen und die sachliche Art der Informationsdarbietung schätzen.

Eine Ausweitung unseres Themenspektrums ergab sich auch durch den Auftrag der Stadt Halle zur Realisierung des Erinnerungsprojektes STOLPERSTEINE mit dem der Kölner Gunter Demnig an ermordete Opfer nationalsozialistischer Gewalt erinnert.

Die Gedenksteine vor den Wohnhäusern der Ermordeten werden mit privaten Spenden, Patenschaften genannt, finanziert. Die organisatorische Umsetzung wurde von der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt unterstützt. Der Verlegung der ersten 8 Steine im Mai folgte in der darauf folgenden Nacht ein Akt der Barbarei. Die Steine wurden aus dem Boden gerissen und die Polizei fand weder Spuren der Steine, noch konnten die Täter ermittelt werden. Die Empörung der Hallenser drückte sich nicht nur verbal, sondern auch in ansteigendem Spendenvolumen aus und so konnten im Oktober 2004 die gestohlenen 8 Steine ersetzt und neue Steine gelegt werden. Zu den jetzt liegenden 30 Steinen werden im Juni 2005 weitere 60 Steine hinzukommen – so der derzeitige Spendenstand.

Dieses Projekt findet hier Erwähnung, weil wir in unserer Arbeit keine Trennung zwischen den Opfern beider Diktaturen vornehmen. Das dies berechtigt ist, bestätigte uns die Autorin ROMA LIGOCKA auf einer von uns, gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt organisierten Diskussionsveranstaltung im September 2004 im Klub-Kino LUX. Frau Ligocka sagte auf eine entsprechende Frage, sie könne

nicht verstehen, wieso das Gedenken an die Opfer beider Diktaturen getrennt oder hierarchisch gesehen werden müsse. Ein seiner Menschenwürde beraubtes Individuum habe Anspruch auf Respekt und die Wiederherstellung seiner Würde, egal in wessen Namen ihm diese genommen wurde.

Roma Ligocka, Polin jüdischer Herkunft, hat als Kind das Krakauer Ghetto erlebt, konnte mit der Mutter fliehen und in einem Versteck überleben. Später erlebte sie den Antisemitismus kommunistischer Herkunft und floh mit ihrem Mann in den Westen. Frau Ligocka ermutigte die Veranstaltungsbesucher, sich den notwendigen Diskussionen zu stellen, die zur Verteidigung der Menschenrechte und der Anprangerung der Verbrechen von Nationalsozialisten und Kommunisten geführt werden müssen.

Mit Mitteln der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen in Sachsen Anhalt konnten in diesem Jahr zwei Bücher herausgegeben werden:

Udo Grashoff

Keine Gewalt! Der revolutionäre Herbst 1989 in Halle an der Saale: Dokumente und Interviews m. zahlr. bisher unveröffentl. Fotos

Das Buch wurde am 15. Oktober 2004 in einer Kooperationsveranstaltung mit der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen, der Landeszentrale für politische Bildung, dem Verein gegen Vergessen für Demokratie und der Paulusgemeinde Halle der Öffentlichkeit vorgestellt.

Peter Raue und Steffen Reichert

Darf man das? Die Veröffentlichung von Stasi-Listen in Halle an der Saale im Sommer 1992 und die Folgen: Dokumentation einer Auseinandersetzung mit einem Vorwort von Edda Ahrberg

Der renommierte Berliner Rechtsanwalt Prof. Dr. Peter Raue und der Journalist Steffen Reichert gehen der Frage nach, was schwerer wiegt, der Schutz der Persönlichkeit eines IM oder das öffentliche Interesse zu erfahren, wer die Zuträger waren. Dokumentiert werden auch die widersprüchlichen Argumente deutscher Gerichte zu diesem Thema bis zum Bundesverfassungsgericht.

Dieses Buch hatte seine Premiere Anfang Dezember 2004 auf der Leipziger Tagung zur Auflösung der DDR-Staatssicherheit vor 15 Jahren.

In unseren Räumen fanden auch in diesem Jahr monatlich die Treffen des BSV, der Selbsthilfegruppe „Opfer der SED-Diktatur“ und über die MZ angekündigte Rechtsberatungen statt.

Bibliothek und Archiv wurden öffentlich genutzt. Ebenso gaben wir Unterstützung bei Informationsbeschaffungen für Schulen, Medien und Forschende.

... Die finanzielle Grundsicherung unserer Arbeit kann nur durch Land und Kommune gewährleistet werden. Bundesförderung durch die Stiftung Aufarbeitung wird es nur im Rahmen einzelner Projekte geben, die aber nur auf der Grundlage einer kontinuierlichen Grundsicherung erarbeitet werden können.

Die finanzielle Förderung durch das Land, wie sie in diesem Jahr aus Mitteln der Landesbeauftragten und der Landeszentrale für politische Bildung erfolgte, war nicht kostendeckend. Dass wir noch nicht bankrott sind, verdanken wir dem Umstand einer Spende der Sparkasse Halle, die uns Ende 2003 erreichte.

Ohne diese Spende – mit der wir im nächsten Jahr nicht rechnen können – hätten wir die Projektleiterin in der Jahresmitte 2004 entlassen müssen.

Die Schaffung einer Erinnerungskultur für beide Diktaturen wird auch in den nächsten Jahren notwendige Auseinandersetzungen nach sich ziehen und sollte im bürgerschaftlichen Engagement parteiunabhängig bzw. -übergreifend geführt werden. Dazu konnten wir in diesem Jahr einen konstruktiven und öffentlichkeitswirksamen Beitrag leisten. Wir hoffen, dass die politisch Verantwortlichen, die uns die Unverzichtbarkeit unserer Arbeit immer wieder versichern, eine Lösung finden, unsere zu Weiterarbeit sichern.

Sinnvoll wäre, dass auch das Land dem Beispiel der Stadt Halle folgt, die das Begegnungs- und Beratungszentrum als förderungswürdiges Projekt anerkennt und finanziell unterstützt. Unsere Arbeit wird vielleicht in einigen Jahren nicht mehr nötig sein – im Moment sind die Kämpfe um die Deutungshoheit der Geschichte noch nicht ausgestanden und dabei leisten wir einen eigenständigen Beitrag zur Festigung der Demokratie.

Die gemeinsamen Veranstaltungen der Verfolgtenverbände **„Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“** wurden am 13.11.2004 im Hansa-Hotel Magdeburg, am 20.11.2004 in Halle und am 27.11.2004 in Eisleben durchgeführt. Diese Veranstaltungen beinhalteten ein Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (in Magdeburg mit einer Kranzniederlegung), die Vermittlung von Informationen zu aktuellen Problemen und einen Erfahrungsaustausch untereinander. Sie dienen darüber hinaus der gegenseitigen Stärkung. Die Landesbeauftragte beteiligte sich an den Gedenkveranstaltungen mit Informationen über ihre Arbeit und Gesprächsangeboten.



Gedenkveranstaltung am 13.11.2004 (v.l. Edda Ahrberg, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Holger Ruhloff, Hans Schwenke und Eva Maria Storbeck, Foto: Irmgard Lemke)

Gemeinsame Busfahrten, u. a. alljährlich zur Gedenkveranstaltung an die Opfer der innerdeutschen Teilung am 13. August zum Grenzdankmal Hötenleben und an weitere Orte, dienen der Information und helfen bei der Bewältigung der Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich im Berichtszeitraum an der finanziellen Unterstützung der Arbeit von Vereinen politischer Häftlinge und Aufarbeitungsinitiativen durch Zuwendungen wie folgt beteiligt:

Einzelplan: 11
 Kapitel: 1114 Haushalt der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
 Titel: 685 11 Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung
 Haushaltsansatz: 2004: 18.400 €

Institution	Projekt	Summe
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	1.9.2./1/2004 Lesungen im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees	990,00 €

Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	1.9.2./4/2004 Druckkostenzuschuss für den Abschlussband des Forschungsprojektes Med. Akademie Magdeburg und das MfS	2.803,95 €
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	1.9.2./5/2004 Unterstützung des Bürgerkomitees für den Einsatz einer Person in einem freiwilligen sozialen Jahr	1.520,00 €
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	1.9.2./9/2004 Beteiligung an der Herausgabe der Biographie von Peter Bohley	3.600,00 €
Grenzdankmalverein Hötenleben e. V.	1.9.6./1/2004 Beteiligung am internationalen Workcamp 2004 in Hötenleben	1.000,00 €
Grenzdankmalverein Hötenleben e. V.	1.9.6./2/2004 Herausgabe eines Faltblattes zum Grenzdankmal in Hötenleben	723,49 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	1.9.4./1/2004 Unterstützung der Teilnahme an dem Bundesweiten Kongress der Landesbeauftragten und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Jena	375,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	1.9.4./4/2004 Herstellung einer Jahres-Chronik 2004 für die Arbeit des VOS und BSV in Sachsen-Anhalt	1.000,00 €
Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle	1.9.5./1/2004 Herstellung einer Dokumentation über die Stasi-Listen-Prozesse in Halle	4.652,42 €
Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle	1.9.5./2/2004 Dokumentation im Internet zu dem 17. Juni in Halle u. d. Torgauer Urnen auf dem Gertraudenfriedhof in Halle	870,00 €
Summe		17.534,86 €
Rest		865,14 €

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet.

Titel: 685 51 Sonstige Zuschüsse

Haushaltsansatz: 2004: 18.400 €

Institution	Projekt	Summe
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	1.9.4./2/2004 Herstellung eines Digitalen Bildarchivs vom Bund der Stalinistisch Verfolgten und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt	3.200,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	Gedenkveranstaltungen in Halle, Querfurt und Wittenberg und Beratung und Betreuung in den Ortsgruppen	4.910,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	Bustagesfahrt mit Opfern der SED-Diktatur nach Querfurt (Gedenken am Gefängnis), und Gespräche mit Personen des öffentlichen Lebens	4.250,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	Gedenkveranstaltungen „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“ im November 2004 in Magdeburg	5.250,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.	Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zum 13.08. 2004 in Hörsleben	505,00 €
Summe		18.115,00 €
Rest		285,00 €

Die Mittel wurden fristgemäß abgefordert und angeordnet.

Titel: 685 52 Zuschüsse an Vereine zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Haushaltsansatz 2004: 71.100 €

Vereinigung	Projekt	Bewilligte Mittel
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Drei Projekte zum Thema: „15 Jahre friedliche Revolution“ 1. Zeitzeugenvideo (1. HJ)) 2. Veranstaltungen 3. Sonderausstellung (gemeinsame Förderung mit der Stiftung Aufarbeitung)	17.519,67 €
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Fortsetzung der Arbeit an der Bibliothek, der Videothek und dem Pressearchiv	12.632,40 €
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Erstellung eines Zeitzeugenvideos „15 Jahre friedliche Revolution“ (2. HJ)	19.744,57 €
Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle	Keine Gewalt! Der Herbst 89 in Halle	21.006,75 €
Summe		70.903,39 €
Rest:		196,61 €

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet.

Bei den Projekten handelt es sich jeweils um eine anteilmäßige Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt. Der restliche Anteil der Kosten der Projekte wurde durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und durch den Eigenanteil der Zuwendungsempfänger erbracht. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat aus rechtlichen und finanziellen Gründen die Finanzierung der Projekte des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. nur für das erste Halbjahr 2004 bewilligt. In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung konnte das zweite Halbjahr finanziell abgesichert werden.

Im Berichtszeitraum wurden bereits drei Anträge durch das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. zur anteilmäßigen Förderung von Projekten durch das Land Sachsen-Anhalt für das Jahr 2005 gestellt. Die Zuwendungen wurden 2004 seitens der Behörde der Landesbeauftragten mit dem Haushaltsvorbehalt bewilligt.

6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung

6.1. Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitation und zu vermögensrechtlichen Fragen

6.1.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt

Durch Anfragen bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichten in Sachsen-Anhalt informiert sich die Landesbeauftragte über den Stand der Rechtsprechung bei Verfahren mit MfS-Bezug. Ausgewählte, anonymisierte Urteile werden der Behörde auf Anfrage zugesandt und dienen der Beratung.

Auf die Anfrage bei den Arbeitsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Landesarbeitsgericht in Halle 2 Fälle in zweiter Instanz mit, wovon ein Fall zu Gunsten des Arbeitnehmers und ein Fall zu Gunsten des Arbeitgebers entschieden wurde; an den Arbeitsgerichten (Magdeburg, Halle, Dessau, Halberstadt, Naumburg und Stendal) waren keine Fälle mit MfS-Bezug anhängig.

Auf die Anfrage bei den Verwaltungsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Obergerverwaltungsgericht in Magdeburg – nach Abschluss eines Falls und Anhängigwerden eines neuen Falls – wie im Vorjahr 2 Fälle mit, die Verwaltungsgerichte Dessau, Halle und Magdeburg bearbeiteten keine Fälle mehr.

6.1.2. Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitation und zum Vermögensrecht (bundesweit)

Rente (Beitritt zur Zusatzversorgung aus politischen Gründen verweigert):

Das Bundessozialgericht entschied am 6. Mai 2004 zum Aktenzeichen B 4 RA 44/03 R: Die betriebliche Voraussetzung für eine fiktive Einbeziehung eines Betroffenen in die Altersversorgung der technischen Intelligenz ist nach der 2. DB vom 24.5.1951 nur dann erfüllt, wenn der Betroffene am 30.6.1990 in einem volkseigenen Produktionsbetrieb im Bereich der Industrie oder des Bauwesens tätig war (hier verneint für VEB Industrievertrieb Rundfunk und Fernsehen).

Ebenso verneint wurde die betriebliche Voraussetzung für eine fiktive Einbeziehung in folgenden Fällen: Ingenieur der Fachrichtung Gießereitechnik beim Deutschem Amt für Meßwesen und Warenprüfung, 6.5.2004, B 4 RA 49/03 R; Diplom-Ingenieur beim VEB Bezirksdirektion für Straßenwesen, 8.6.2004, B 4 RA 57/03 R; Diplom-Ingenieur beim VEB Rationalisierung Braunkohle G. im VVB Braunkohle, 27.7.2004, B 4 RA 8/43; Ingenieur beim VEB Robotron Vertrieb D., 27.7.2004, B 4 RA 11/04.

Rente (Begrenzung der Leistungen aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen sowie ehem. VdN-Renten):

Das Bundessozialgericht entschied am 14. Mai 2003 zum Aktenzeichen B 4 RA 65/02 R: Die verfassungswidrige besondere Beitragsbemessungsgrenze aus § 6 Abs. 2 und 3 AAÜG darf für Rentenbezugszeiten vom 1.7.1993 bis 31.12.1996 ... nicht mehr angewendet werden, wenn eine Rentenhöchstwertfestsetzung in einem sog. Erstfeststellungsverfahren noch nicht ergangen oder noch nicht unanfechtbar geworden ist.

Das Bundessozialgericht entschied am 23. Oktober 2003 zum Aktenzeichen B 4 RA 52/02 R: Bei der Frage, wann eine Entschädigungsrente (VdN) nach § 5 Abs. 1 EntschRG aberkannt oder gekürzt wird, kommt es stets auf die konkreten Umstände des Einzelfalls an. Das gilt auch für das Maß der Teilhabe an der Verantwortlichkeit für das Systemunrecht des SED-Staates. Für NS-Opfer, die beruflich im Dienst des SED-Staates standen und gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben, ist zwischen fünf, sich aus dem hierarchischen Gefüge der Machtzuweisung ergebenden Verantwortungsebenen zu unterscheiden, bei denen im Regelfall Kürzungen ... der Entschädigungsrente geboten sind. (Fall: Witwe eines bis 1968 tätigen hauptamtlichen Mitarbeiters des MfS). (1. Ebene: einfacher Dienst, Kürzung 20 %; 2. Ebene: mittlerer Dienst, Kürzung 40 %; 3. Ebene: gehobener Dienst, Kürzung 60 %; 4. Ebene: höherer Dienst, Kürzung 80 %; 5. Ebene: Leitende Funktionen, Ministerialdienst, Kürzung 100 %).

Das Sozialgericht Berlin entschied am 26. April 2004 zum Aktenzeichen S 18 RA 7460/01: Die Berechnung der Renten von hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern entsprechend dem allgemeinen Durchschnittsverdienst in der DDR ist teilweise nicht mit dem GG vereinbar (Auffassung des SG Berlin). Dieser Vorlagebeschluss zum BVerfG betrifft einen promovierten Ökonom.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 22. Juni 2004 zum Aktenzeichen 1 BvR 1070/02: Die bei der Rentenüberleitung erfolgte Berücksichtigung der Arbeitsentgelte von Angehörigen des Sonderversorgungssystems des MfS/AfNS lediglich bis zur Höhe des jeweiligen Durchschnittsentgelts im Beitrittsgebiet ist verfassungsrechtlich zulässig.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 23. Juni 2004 zum Aktenzeichen 1 BvL 3/9 8, 9/02, 2/03: Die Begrenzung der Arbeitsentgelte von Zusatz- und Sonderversorgten der DDR in „staats- oder systemnahen Funktionen“ verfassungswidrig. BVerfG: Grenzziehung bei E3-Gehaltsstufe ist willkürlich (AAÜG § 6 Abs. 2 und 3 Nr. 8).

Beschäftigungszeit:

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 19. Februar 2004 zum Aktenzeichen 2 C 5/03: Tätigkeiten als Angehöriger der Grenztruppen der

DDR werden besoldungsrechtlich nicht zugunsten eines Beamten berücksichtigt. Da diese Dienstzeiten mit dem Makel der Zugehörigkeit zu einem rechtsstaatswidrigen Organ der DDR behaftet sind, sollen sie sich nicht besoldungserhöhend auswirken. Die entsprechende gesetzliche Regelung ist verfassungsgemäß.

Persönlichkeitsrecht:

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 23. Juni 2004 zum Aktenzeichen 3 C 41/03 (Fall der Stasiunterlagen zu Kohl): Gemäß StUG-Neuregelung nur eingeschränkte Herausgabe möglich.

Rehabilitierung, Gesundheitsschäden:

Das Verwaltungsgericht Potsdam entschied am 9. April 2003 zum Aktenzeichen 2 K 2087/99: Eine Relegation ist eine hoheitliche Maßnahme i. S. d. § 1 Abs. 1 Nr. 3 BerRehaG. Da es sich bei einer „anderen“ Maßnahme i. S. d. § 1 Abs. 1 Nr. 4 BerRehaG nicht um eine hoheitliche Maßnahme handeln darf, fällt eine DROHENDE Relegation nicht darunter.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 9. Oktober 2003 zum Aktenzeichen 3 C 1/03: Bei Anträgen auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung muss die Rehabilitierungsbehörde prüfen, ob die vom Antragsteller bezeichnete Maßnahme erfolgt ist und ob sie rechtsstaatswidrig ist. Jedenfalls bei Eingriffen in das Rechtsgut Gesundheit hat sie sich jedoch hinsichtlich der gesundheitlichen Schädigung und ihrer fortwirkenden Folgen auf eine bloße Schlüssigkeitsprüfung zu beschränken, während die endgültige Feststellung den Versorgungsämtern vorbehalten ist. Bei Eingriffen in das Rechtsgut Gesundheit kommt eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung auch wegen eines Gesamtkomplexes von Maßnahmen des schlichten Verwaltungshandelns in Betracht. (1. Instanz: VG Berlin, dorthin zurückverwiesen)

Das Oberlandesgericht Jena entschied am 21. Juni 2004 zum Aktenzeichen 1 Ws-Reha 11/04: Der Ausspruch einer Freiheitsstrafe (ohne Bewährung) ... und die Anordnung einer Sicherheitsleistung (30.000 DM) gegenüber einem Bürger der BR Deutschland sind mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar, wenn diese Maßnahmen bei deiner vergleichbaren Tat gegenüber einem Bürger der DDR faktisch ausgeschlossen waren und zumindest mittelbar der Devisenbeschaffung dienten.

Das Bundessozialgericht entschied am 18. August 2004 zum Aktenzeichen B 8 KN 2/03 U R: Anerkennung eines Kehlkopfkarzinoms als Berufskrankheit, wenn vor 31.12.1991 aufgetreten, nach BKVO/DDR (gemäß EV). (Fall eines Wismut-Kumpels).

Das Kammergericht entschied am 15. Dezember 2004 zum Aktenzeichen 5 Ws 169/04 REHA: Die Unterbringung von Jugendlichen im ehemaligen Jugendwerkhof Torgau war grundsätzlich rechtsstaatswidrig. Das Urteil ist im Wortlaut im Anhang ab S. 133 abgedruckt. Betroffene können auch bei bereits abgelehnter Rehabilitierung einen (neuen) Rehabilitierungsantrag stellen.

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Münster entschied am 27. Januar 2005 zum Aktenzeichen 14 A 155/04: Die Inhaftierung eines 16-jährigen Jugendlichen im Oktober 1945 in Sachsen wegen Werwolf-Verdachts mit Gewahrsam im Speziallager Mühlberg und Deportation in die Sowjetunion war eine politische Haft und die frühere Gewährung einer Kriegsgefangenenentschädigung steht seiner späteren Anerkennung als politischer Häftling nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes und Gewährung einer Kapitalentschädigung nach § 25 Abs. 2 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes nicht entgegen.

Bodenreform-Grundstücke:

Das Amtsgericht Brandenburg entschied am 1. Juni 2004 zum Aktenzeichen 31 (32) C 79/04: Restitutionsklagen aufgrund des Bodenreform-Urteils des EGMR vom 22.1.2004 sind unzulässig.

Das Oberlandesgericht Brandenburg entschied am 9. Juni 2004 zum Aktenzeichen 4 U 34/04: Aus der Entscheidung des EGMR vom 22.1.2004 lässt sich kein Restitutionsgrund i. S. d. § 580 Nr. 1 bis 7 ZPO herleiten.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied laut Pressemitteilung vom 17. Juni 2004 zu den Aktenzeichen 46720/99, 72203/01 und 72552/01: Auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland wurde der Fall zur (erneuten) Entscheidung durch die große Kammer angenommen. (vgl. 10. Tätigkeitsbericht, S. 92).

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 26. Oktober 2004 zum Aktenzeichen 2 BvR 955/00 und 2 BvR 1038/01 (Quelle: Pressemitteilung Nr. 106/2004 vom 1. Dezember 2004): *Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat die Verfassungsbeschwerden (Vb) von zwei Erben früherer Grundstückseigentümer, die zwischen 1945 und 1949 im Zuge der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone entschädigungslos enteignet wurden, zurückgewiesen. Der Staat des Grundgesetzes ist danach zwar grundsätzlich verpflichtet, auf seinem Territorium die Unversehrtheit der elementaren Grundsätze des Völkerrechts zu garantieren und bei Völkerrechtsverletzungen nach Maßgabe seiner Verantwortung und im Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten einen Zustand näher am Völkerrecht herbeizuführen. Daraus folgt jedoch keine Pflicht zur Rückgabe des in dem Zeitraum von 1945 bis 1949 außerhalb des staatlichen Verantwortungsbereichs entschädigungslos entzogenen Eigentums.*

Der Restitutionsausschluss stimmt ferner mit den Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in der Ausprägung durch die Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) überein.

Zum rechtlichen Hintergrund und Sachverhalt:

Im September 1945 ergingen auf Veranlassung der sowjetischen Militäradministration in Deutschland in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone Rechtsakte zur Bodenreform. Unter anderem wurde der gesamte private Grundbesitz von mehr als 100 ha Größe entschädigungslos enteignet. Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber den Maßnahmen gab es nicht. Im Zuge der Verhandlungen über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gaben die Regierungen beider deutscher Staaten am 15. Juni 1990 eine Gemeinsame Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen ab. Im Hinblick auf die Rückübertragung von Eigentumsrechten an Grundstücken und Gebäuden heißt es darin, dass die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) „nicht mehr rückgängig“ zu machen seien. Für Enteignungen der DDR 1949 bis 1990 wurde der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ festgelegt. Die Gemeinsame Erklärung wurde über Art. 41 Abs. 1 Bestandteil des Einigungsvertrages, der wiederum nach Art. 143 Abs. 3 GG im Grundgesetz verankert wurde.

Die Beschwerdeführer sind jeweils Erben von früheren, im Zuge der Bodenreform enteigneten Grundstückseigentümern. Sie hatten sich im verwaltungsgerichtlichen Verfahren erfolglos gegen die Ablehnung eines Restitutionsantrages bzw. die Erteilung einer Grundstücksverkehrsgenehmigung über eines der enteigneten Grundstücke gewandt. Die Beschwerdeführer rügen mit ihrer Vb die Verletzung ihrer Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte aus Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 25, 3, 14 GG und Art. 79 GG sowie Art. 103 GG. Sie sind der Meinung, der Restitutionsausschluss verstoße gegen Völkerrecht.

Rückübertragung und Entschädigung:

Der Bundesgerichtshof entschied am 25. Juli 2003 zum Aktenzeichen V ZR 362/02: Ein Eigentümer wird durch das VermG nicht gehindert, einen Grundbuchberichtigungsanspruch (§ 894 BGB) geltend zu machen, wenn ein Enteignungsbeschluss in der Spätphase der DDR mangels Bekanntgabe an ihn rechtlich nicht existent geworden ist.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 24. September 2003 zum Aktenzeichen 8 C 27/02: Ein konkretes Enteignungsverbot der sowjetischen Besatzungsmacht liegt vor, wenn diese sich in einer ausdrücklich eine Enteignungsmaßnahme missbilligenden und korrigierenden Weise verhält. Dazu bedarf es einer nach außen erkennbaren Willensäußerung oder eines sonstigen aktiven Handelns der Besatzungsmacht, aus der sich

ihre Verantwortlichkeit ergibt. Auch die nachrichtliche Wiedergabe eines Schreibens eines Oberbürgermeisters, in dem von einem Enteignungsverbot einer „hohen sowjetischen Stelle“ die Rede ist, reicht zum Nachweis aus. Für die Frage des Zeitpunktes genügt es, dass das Enteignungsverbot bereits bestand, bevor die schädigende Maßnahme abgeschlossen war, was die vollständige Verdrängung des bisherigen Eigentümers aus seinem Eigentum voraussetzt. (Fall früheres „Rittergut“ Reinsdorf im Saalkreis; an das VG Magdeburg zur weiteren Sachaufklärung zurückverwiesen).

Das Verwaltungsgericht Dessau entschied am 30. September 2003 zum Aktenzeichen 3 A 96/02 DE: § 1 Abs. 2 VermG ist nicht auf den Vermögensverlust infolge einer Zwangsversteigerung (analog) anwendbar. Bei den in § 1 Abs. 2 VermG aufgeführten Vorgängen des Eigentumsverzichts, der Schenkung und der Erbausschlagung handelt es sich um rechtsgeschäftliche Handlungen des Eigentümers. An einer solchen rechtsgeschäftlichen Erklärung fehlt es jedenfalls bei dem Eigentumsverlust infolge einer Zwangsversteigerung. (rechtskräftig)

Das Oberlandesgericht Jena entschied am 24. Mai 2004 zum Aktenzeichen 9 U 264/01: Wer in der DDR enteignet wurde, weil auf seinem Grundstück Wohnblocks ... errichtet worden sind, kann jetzt eine höhere Entschädigung beanspruchen. (Fall: Enteignung und Entschädigung erst nach der Wiedervereinigung in einem gesonderten Verfahren) – Die Wertberechnung muss sich am durchschnittlichen Bodenwert des unbebauten Grundstücks orientieren.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 24. Juni 2004 zum Aktenzeichen 7 C 21/03: Die Bindungswirkung eines Rehabilitierungsbescheids nach § 12 Abs. 1 Satz 3 VwRehaG hindert das Vermögensamt, in nachfolgenden Restitutionsverfahren die Rückübertragung des entzogenen Vermögenswerts mit der Begründung abzulehnen, eine Rechtsnachfolge scheide schon dem Grunde nach aus. Die Bindungswirkung eines Rehabilitierungsbescheids ist zu Gunsten solcher Verfügungsberechtigter eingeschränkt, denen die Möglichkeit genommen war, den Rehabilitierungsbescheid mit Einwendungen gegen die Berechtigung des Antragstellers anzufechten.

6.1.3. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Abgeordneten und des Öffentlichen Dienstes (bundesweit)

Ehemalige MfS-Mitarbeiter als Volksvertreter:

Das Obergericht Weimar entschied am 14. Oktober 2003 zum Aktenzeichen 2 KO 495/03: Die Wählbarkeit zum Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters fehlt solchen Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit für das

MfS in der ehem. DDR belastet sind und bei denen die Vermutung ihrer persönlichen Ungeeignetheit nicht widerlegbar ist. Nach ThürKWG ... ist eine ... Prognoseentscheidung zu treffen, ob trotz der Belastung des Betroffenen sein zukünftiges Verhalten erwarten lässt, dass er die Treue zur verfassungsgemäßen Ordnung gewährleistet. ...

Beschäftigung ehemaliger MfS-Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst:

Das Oberverwaltungsgericht Greifswald entschied am, 6. August 2003 zum Aktenzeichen 2 L 159/02: Die Frage, ob ein Beamtenbewerber (Landrat, Beamter auf Zeit) wegen einer Tätigkeit für das frühere MfS bestehende Eignungszweifel ausgeräumt hat, unterliegt der vollen verwaltungsgerichtlichen Kontrolle. Bei erheblichem Zeitablauf seit Beendigung der MfS-Tätigkeit kann diese nur in besonders gravierenden Fällen für mangelnde Eignung herangezogen werden. (hier: Klage gegen Wahl zum Landrat bei 23 Jahre zurückliegender 2 ½-jähriger IM-Tätigkeit zurückgewiesen).

6.2. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität

Aufgrund der mit Ablauf des 2.10.2000 eingetretene Verjährung fast aller Straftaten (z. B. Rechtsbeugung), sind nur noch sehr wenige Strafverfahren anhängig (Totschlagsdelikte):

Mauerschützen- und Politbüroprozesse:

Das Landgericht Berlin entschied am 14. Juni 2002 zum Aktenzeichen (539) 27/2 Js 102/91 Kls (40/96) zur versuchten Tötung des 14-jährigen Schülers Tews, dem kurz zuvor die Zulassung zur Erweiterten Oberschule verweigert worden war, am „Spandauer Schifffahrtskanal“ im Bereich der Sandbrücke: Freispruch der drei Angeklagten aus tatsächlichen Gründen, weil nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, dass sie die ihnen vorgeworfene Tat mit Tötungsvorsatz begangen haben (Schüsse abgegeben wurden von mindestens fünf Grenzsoldaten, von denen einer von einem westberliner Polizeibeamten erschossen wurde und ein weiterer später verstarb, sowie von bis zu fünf weiteren Grenzbediensteten). Die Revision wurde vom BGH am 15.10.2003 verworfen.

Die Restfreiheitsstrafe aus der am 25.8.1997 vom Landgericht Berlin ausgesprochenen Verurteilung des Egon Krenz wegen Totschlags (Freiheitsstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten), rechtskräftig seit dem BGH-Urteil vom 8.11.1999, wurde vom Kammergericht am 18.12.2003 zur Bewährung ausgesetzt (vgl. 6. Tätigkeitsbericht, S. 102).

Das Landgericht Berlin entschied am 11. Mai 2004: Herbert Häber, 73, wurde der Anstiftung zum dreifachen Mord schuldig gesprochen, aber nach

§ 25 StGB/DDR wurde von der Verhängung einer Strafe abgesehen, weil sich der Angeklagte im Politbüro für eine Abmilderung des sog. Grenzregimes eingesetzt hatte. (vgl. BGH 5 StR 281/01 – 9. Tätigkeitsbericht, S. 86f.).

Das Landgericht Berlin entschied am 6. August 2004 zum Aktenzeichen 540 - 3/03: Siegfried Lorenz, 73, und Hans-Joachim Böhme, 74, wurden zu je 15 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, weil sie sich als Mitglieder des höchsten DDR-Machtzirkels nicht für eine Humanisierung des Grenzregimes eingesetzt haben. Zu den Opfern gehörte auch der letzte Mauertote Chris Gueffroy, der im Februar 1989 im Kugelhagel starb. (vgl. BGH 5 StR 281/01 – 9. Tätigkeitsbericht, S. 86f.).

Das Landgericht Berlin entschied am 9. November 2004: Vier früher Angehörige der DDR-Grenztruppen wurden schuldig gesprochen wegen Beihilfe zum mehrfachen Mord als Angehörige der Abt. Pionierwesen des Grenzkommandos Nord, zuständig für die Wartung der SM-70 („Selbstschussanlagen“) in den Jahren 1974, 1976, 1981 und 1983. Das Gericht hat aber nach § 25 StGB/DDR von der Verhängung einer Strafe abgesehen, u. a. da die Angeklagten nur der mittleren Befehlsstruktur angehört haben.

Kindesmisshandlung in DDR-Spezialkinderheim:

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 26. November 2003 zum Aktenzeichen 2 BvR 1247/01 und 1248/01 zum Fall des Spezialkinderheims Meerane: Die Verjährungsverlängernde Regelung des Art. 315a EGStGB ist verfassungsgemäß, auch soweit Alltagskriminalität (hier: Freiheitsberaubung usw.) erfasst wird. Daraufhin entschied das Landgericht Leipzig am 14. Juni 2004: Keine Verurteilung wegen Kindesmissbrauchs in der DDR 1987–1989, sondern Verfahrenseinstellung mit der Auflage, Geldbußen von 3.500 bis 6.000 Euro zu zahlen.

6.3. Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle

Akten der früheren Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin (Regierungs- und Vereinigungskriminalität), befinden sich – einschließlich der Akten der früheren Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter (fast vollständig – Kopien) – beim Generalstaatsanwalt Berlin, Dezernat 25, 26 und 27 (OStA Jahntz), Elßholzstraße 30–33, 10781 Berlin, Tel. 0 30 - 90 15.27 00.

Die Originalakten der jetzt so genannten Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle, vormals Salzgitter, sind bei der Generalstaatsanwaltschaft, Domplatz 1, 38100 Braunschweig, Tel. 05 31 - 4 88.0 gelagert.

Anhang:

1. Workuta – Eine Reise in die Vergangenheit und Gegenwart einer geschundenen Region (Edda Ahrberg, 8.8.2004)

Von Beginn an überzog die Sowjetunion ihren Einzugsbereich mit Straflagern, die unter Stalin einen besonders grausamen Charakter annahmen. Millionen Menschen starben dort durch Erschießungen, unbarmherzige Arbeit bis zum Umfallen, Hunger, Kälte, Krankheiten. Andere nahmen sich aus Verzweiflung das Leben oder verstümmelten sich in der Hoffnung, der schweren Arbeit dadurch entgehen zu können.

Zu den Orten, die untrennbar mit diesem GULag verbunden sind, gehört Workuta. Eine Stadt inmitten der Tundra am nördlichen Ende des Urals kurz hinter dem Polarkreis gelegen. Bedeutung erlangte diese Gegend in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts durch ihre Bodenschätze. Besonders die Kohle wurde gebraucht, als Deutschland 1941 den Krieg gegen die Sowjetunion begann. Ca. zwei Millionen Häftlinge, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter – Männer und Frauen – sollen insgesamt dorthin gebracht worden sein, um die Stadt und die Industrieanlagen aufzubauen. Sie selbst wohnten zunächst in Erdhütten, bevor die Barackenlager rings um die einzelnen Schächte fertig waren. Neben den Völkern der Sowjetunion gehörten Polen, Deutsche (ca. 50.000) und Ungarn zu den größten Häftlingsgruppen. In Sachsen-Anhalt war nach dem Ende des 2. Weltkrieges das Zuchthaus „Roter Ochse“ in Halle für die meisten die erste Station auf dem Weg nach Osten.

Immer wieder kam es zu Aufständen in den Lagern gegen die unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, so auch nach dem Tode Stalins im Sommer 1953. Neuangekommene Häftlinge hatten von dem niedergeschlagenen Volksaufstand am 17. Juni berichtet. Das war vielleicht eine der Nachrichten, die Mut machten. In mehreren Schächten kam es im Juli 1953 zu Streiks. Die Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht im Lager des Schachtes 29 fanden am 1. August ein blutiges Ende. Über 60 Menschen, darunter zwei Deutsche, starben durch Schüsse. Mehr als hundert wurden verletzt.

Mit einer Gedenkveranstaltung, organisiert von der Gruppe Memorial, wird jährlich am 1. August der Opfer am Gräberfeld gedacht. 53 Holzkreuze mit den einzelnen Namen erinnern neben einem deutschen und einem litauischen Denkmal an die Toten. Auch in diesem Jahr, dem 51. Jahrestag des Aufstandes, nahm eine kleine Gruppe aus Deutschland teil, zu der der ehemalige Häftling Lothar Scholz (Berlin), der Sozialarbeiter und Mitglied des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt Tom Böлке (Magdeburg) und die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Edda

Ahrberg (Magdeburg) gehörten. Lothar Scholz kam zum zweiten Mal an den Ort zurück, wo er eineinhalb Jahre seiner achteinhalb Jahre langen Haft in Russland verbüßte. Im Januar 1948 kam er mit 19 Jahren in Sommerkleidern in bitterster Kälte in Workuta an; verurteilt zu einer 15-jährigen Haftstrafe wegen des Vorwurfes, ein amerikanischer Spion zu sein. Er hatte sich der Spionage für die Russen durch die Flucht nach Hamburg entzogen, war aber nach einiger Zeit zurückgekehrt um seine Mutter zu sehen und dabei verhaftet worden. Jetzt bringt er dem Stadtmuseum von Workuta eine Wattejacke und eine Pelzmütze mit und spricht Worte des Gedenkens an seine toten Kameraden, das örtliche Fernsehen ist dabei.

Die einwöchige Fahrt wird für Lothar Scholz eine Reise in die Vergangenheit, an der er seine Begleiter bereitwillig teilhaben lässt. Für alle wird es darüber hinaus die Begegnung mit einer bedrückenden Gegenwart.

Gestartet wird in Berlin-Schönefeld mit einer TU 154. Nach dem Transfer durch Moskau, eine abgasschwangere, schmutzige Stadt mit modernen Hochhäusern inmitten heruntergekommener Altbauten, geht es im Schlafwagen der Waggonwerke Ammendorf (Halle) vom Jaroslawsker Bahnhof weiter. Die Fenster sind bis auf eines zugeschraubt. Die Zugbetreuerin sorgt für Tee, das heiße Wasser wird in einem kleinen Öfchen zubereitet. Vierzig Stunden rollt der Zug durch endloses Birkengebüsch und spätere Mooregebiete an kleinen Dörfern und einzelnen Häusern vorbei nach Norden. An den Haltestellen, er ist erstaunlich pünktlich, verkaufen Frauen und Männer Beeren, Gemüse, Backwaren und Trockenfisch. Einige betteln. Große Teile der Strecke wurden ausschließlich von Häftlingen gebaut. Sie forderte um so mehr Todesopfer, je näher der Norden rückte. Am Ende sollen es so viele gewesen sein, dass unter jeder Schwelle zwei Tote ruhen könnten. Kaum fassbar und ein bedrückendes Gefühl während der Fahrt. Namen wie Uchta, Petschora und Siewaja Maska („Graue Maske“, das waren die Schneemasken, die im Winter nur die Augen und die Nase frei ließen), lesen wir an den Stationen, alles ehemalige Straflager.

Je weiter wir nach Norden kommen, desto heller werden die Nächte. In Workuta geht zwar schon um diese Zeit die Sonne unter, aber es wird nur dämmerig. Es ist ein warmer Sommer, wie lange nicht: über 20 Grad. Es fühlt sich wärmer an. Der erste Eindruck von der Stadt, und dieser wird bleiben, ist verheerend: graue unendlich verkommene Plattenbauten und Menschen ohne Lachen, häufig rücksichtslos drängelnd, dazu viele Polizisten. Die älteren Häuser sind zwar noch vorhanden, aber in einem schlechten Zustand. Das Hotel „Workuta“, erstes Haus am Platz mit stolzen Preisen, ist mit abenteuerlich abgedichteten Fenstern, kaputten Sanitäranlagen, durchgeschauerten Stühlen und mit Betten, in denen man jede Feder spürt, gewöhnungsbedürftig, trotzdem wir alle nicht verwöhnt sind.

Der Blick aus dem Fenster kommt an den Unmengen verstaubter leerer Flaschen auf allen „Balkons“ nicht vorbei.

Aber wir sind nicht deswegen gekommen, sondern wegen der Menschen, der Lebenden und der Toten. Schon vollkommen ernüchtert, lässt uns eine Fahrt mit dem Bus rund um die Stadt einfach nur noch sprachlos werden. Von den einst über 30 Kohleschächten arbeiten nur noch fünf. Zu jedem gehörte früher mindestens ein Gefangenenlager, insgesamt über 100; später kamen dann Plattenbausiedlungen hinzu. Die Baracken verfielen, aber wir finden noch Spuren. Gegen die Stechfliegen kann man sich nur wehren, wenn man die Hände frei hat und nicht mit ihnen arbeiten muss.

Insgesamt wohnten früher ca. 300.000 Menschen dort, es war die größte Stadt der Komi-Republik bis zum Ende der Sowjetunion. Heute sind es noch 120.000 Einwohner, Arbeit fehlt. Sie wohnen zum Teil noch in den Schachtsiedlungen, häufig ohne Strom, Heizung und fließendes Wasser. Die Armut ist allgegenwärtig. Manche versuchen, sich dem Staub und dem Zerfall durch extrem schicke Kleidung zu entziehen. Wie viel Kraft und Lebenswillen muss das kosten? Es wird uns erzählt, dass im letzten Winter bei – 45 Grad viele Menschen, nicht nur die Alten, starben.

Ganze oberirdische Gebäudeteile der noch arbeitenden Schächte sind einfach zusammengestürzt. Wie es unter Tage aussieht, wagt sich niemand von uns vorzustellen. Doch in der Stadt zieren den Straßenrand nach wie vor die Fotos der „Helden der sozialistischen Arbeit“. Lenin schaut auf die Menschen herab. Ein Straflager für kriminelle Häftlinge existiert noch an einem halb zerfallenen Schacht. Hier geht eine Ära nur langsam zu Ende, und viele wollen es immer noch nicht wahrhaben.

Das Gesteck für die Gedenkveranstaltung ist wegen der Witterungsverhältnisse aus Plastik, die Mitglieder von Memorial haben es früh am Morgen des 1. August selbst hergestellt. Qualm hat die Stadt überzogen, ein Haus brennt ab, ohne dass die Feuerwehr eingreift. Mit dem Bus geht es zum Gräberfeld. Ein Polizeiauto riegelt fährt voran und riegelt an jeder Kreuzung den Verkehr ab, den es eigentlich an diesem Sonntagmorgen nicht gibt. Es versammeln sich ungefähr 100 Workutaner, als Ausländer nehmen neben uns ein kanadischer und eine ungarische Historikerin teil. Der Pope verliest alle Namen und spricht den Segen. Der Bürgermeister und einige der Anwesenden, natürlich auch Lothar Scholz, sprechen Worte des Gedenkens. Man merkt auch hier, dass diese Feier nicht zu einem Anliegen der ganzen Stadt geworden ist.

Ein gemeinsames Essen mit manchem Toast beendet die Gedenkveranstaltung. In der Gaststätte lösen sich die Gesichter, nicht mehr alle sind dabei. Wir treffen zusätzlich zu den Mitgliedern von Memorial Angehörige

der Gesellschaft der Russlanddeutschen „Wiedergeburt“. Anna wurde mit 16 Jahren aus Kasachstan 1943 zur Zwangsarbeit nach Workuta verschleppt, 10 Kindern hat sie später das Leben geschenkt. Rasma kam aus Lettland, nachdem sie mit 17 Jahren 1946 zum Tode verurteilt wurde, weil sie auf Seiten der lettischen Partisanen gegen den Einmarsch der Roten Armee in ihre Heimat gekämpft hatte. Nach einigen Monaten in der Todeszelle wurde das Urteil in eine Haftstrafe umgewandelt, von der sie dreizehneinhalb Jahre verbüßte. Sie blieb in Workuta, ihre Heimat wollte sie nicht zurück. Iwan hieß früher Jakob, als er noch in der Westukraine und damit in Polen lebte. Von den Deutschen wurde er mit 15 Jahren zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht, nach dem Ende des 2. Weltkrieges von den Amerikanern der Sowjetunion übergeben. Wie fast alle mit ähnlichem Schicksal wurde er verurteilt und kam wieder in Haft. Die Begründung: Antisowjetische Propaganda. Er wünscht sich von uns eine Mundharmonika, auf der hätten damals die deutschen Soldaten öfter gespielt. – Auf diese Weise sind Menschen aus ca. 30 Nationen zusammen gekommen, später allerdings auch Freiwillige. Das Museum für Volkskunde zeigt relativ unkritisch die Trachten und verkauft an Stelle von Postkarten Fotos der Ureinwohner mit ihren Rentierherden, die wir allerdings nicht sehen. Sie würden sich wohl auch in der unter Abraum und Müll begrabenen Umgebung nicht wohl fühlen.

Was bleibt an Eindrücken in der Gewissheit, dass wir nur einen ganz kleinen Einblick und das auch nur „von außen“ gewinnen konnten, denn auch von meinem Schulrussisch ist nur noch wenig abrufbar: Zunächst das Wissen, dass es wichtig war als Deutsche zu diesem Anlass hingefahren zu sein. Ein großer Dank an die Leiterin von Memorial, Jewgenia, die sich in den Tagen aufopferungsvoll um uns und in der anderen Zeit mit großem Engagement um die Aufklärung der Geschichte und die Rehabilitierung ehemaliger Häftlinge kümmert. Ein paar deutsche Bücher über politische Verfolgung in der DDR für die Schule und das Stadtmuseum. Die Wimpel von Sachsen-Anhalt, u. a. beim Bürgermeister. Die Gesichter und die Geschichten von Menschen.

Voller Misstrauen besteigen wir eine, offensichtlich schon mehrere Jahrzehnte alte, zweimotorige Propellermaschine, die uns in die Hauptstadt der Komi-Republik Syktyvkar bringt.

Workuta zeigt uns, dass der Sowjetkommunismus versucht hat ganzen Völkern die Seele zu nehmen und es fast schaffte. Es bleibt der Eindruck großer Trostlosigkeit, die auch bei näherer Begegnung mit den Menschen nicht ganz weichen will. Einige lassen sich nicht unterkriegen, andere machen als „neue“ Russen zum Teil sehr große Geschäfte. Natascha sagt: In Workuta leben nur Schachtarbeiter, Polizisten und Geschäftsleute. Wirkli-

che Freude ist nicht zu spüren. Es bleibt zu hoffen, dass diese gnadenlos heruntergewirtschaftete Region und die leidgeprüften Menschen eine Zukunft haben.



Blick aus dem Hotelfenster auf die Stadt und die fernen Schächte



Die Landesbeauftragte legt das Gesteck nieder (Foto: Thomas Böлке)



Das Denkmal für die Opfer politischer Repression



Lothar Scholz übergibt die Wattejacke und Pelzmütze an eine Mitarbeiterin des Stadtmuseums



Lothar Scholz in der Häftlingskleidung im Stadtmuseum

(Fotos: Edda Ahrberg)



Das Grab von Wolfgang Jeschke, Berlin, mit Lothar Scholz (Mitte) und deutschen Frauen (rechts von L. Scholz steht Anna) (Foto: Edda Ahrberg)

2. Die Grabanlage für in Torgau verstorbene Häftlinge auf dem Gertraudenfriedhof in Halle

A: Offener Brief einer Hallenser Bürgerin (Abschrift)

B. P., Halle

Oberbürgermeisterin der Stadt Halle
Frau Ingrid Häußler
Marktplatz 1
06110 Halle

Halle, den 16. 11. 04

Betr.: Mitteldeutsche Zeitung vom 2. Oktober 2004

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der in der Presse ausgetragene Streit, den offenbar Vertreter der Verfolgten des Naziregimes begonnen haben, macht sehr betroffen. Insbesondere dann, wenn man sich selbst – so wie ich – mit dem Schicksal der dort genannten Menschen auf besondere Art verbunden fühlt. Deshalb lassen Sie mich hier voranstellen, dass mein nach Kriegsende spurlos verschwundener Vater zu eben jenen Opfern der Nachkriegszeit gehört, um die es vergleichsweise auch in den veröffentlichten Pressemeldungen geht. Als Kind wurde mir auf der Grundlage eines willkürlichen Vorgehens durch die sowjetische Besatzungsmacht mein Vater genommen. Dies ist den heutigen Auskünften, die mir schriftlich aus Moskau vorliegen, zu entnehmen. Und Sie können mir glauben: Schicksale und ganze Lebensumstände wurden dadurch geprägt. Das Schicksal meines Vaters wurde erst mit Hilfe und durch die Unterstützung der Gedenkstätte „Roter Ochse“ umfassend aufgeklärt, erst heute – nach Jahren und Jahrzehnten, finden meine Mutter, meine Schwestern und ich wenigstens eine gewisse Ruhe. Ungewissheit über diese langen Zeiträume war jedoch immer präsent.

Wie ohnmächtig muß das Gefühl der Angehörigen gerade jener beschriebenen Opfer aus Torgau in dieser Zeit gewesen sein, wo es keinerlei Hinweise oder Auskünfte zum Verschwinden, ja – zum Tod der Vermissten je gegeben hatte. Spurlos in der weiteren Geschichte sollte deren Asche verscharrt bleiben – ein Umgang mit den Toten, der außerhalb jeder Zivilisation steht.

Ist es etwa davon abhängig, welche Rolle der Einzelne vor Kriegsende im Leben der Gesellschaft einnahm, ist es nicht unserem christlichen Selbst-

verständlich geschuldet, die Toten würdig zu bestatten? Ist ein Totengrab etwa abhängig von einem vermeintlich „guten“ oder „schlechten“ Menschen und was heisst da „gut“ oder „schlecht“? Die Würde des Menschen ist unantastbar, heißt es in unserem Grundgesetz. Und Sie stimmen mir doch sicherlich zu, lb. Frau Oberbürgermeisterin, zur Würde gehört auch ein würdevoller Umgang mit dem Tod und mit den Toten.

Ein Informationstext (ich hatte ihn selbst gelesen, als das noch möglich war), der über historisch nachprüfbare Abläufe informiert, steht dem ganz bestimmt nicht entgegen. Aus Ihrer Entscheidung, den Text entfernen zu lassen, kann ich eigentlich nur eine Frage ableiten, die ich Sie bitte, mir zu beantworten: Wovor haben S I E Angst?

Was beeindruckt an der, man möchte meinen, schon übermäßigen Hetze durch NS-Verfolgte und deren politische Handlanger, die heutige PDS, oder deren Erfüllungsgehilfen, wie die Jüdische Gemeinde, die selbst in erpresserisch-krimineller Weise, durch nichts zu akzeptieren, es wagt, Spendengelder vom Wohlverhalten eines Vereins abhängig zu machen (wie MZ berichtete).

Durch diesen öffentlich ausgetragenen Akt der politischen Erpressbarkeit einer Stadtverwaltung, das nehmen Sie bitte zur Kenntnis, leidet nicht nur das ohnehin sehr belastete politisch-soziale Klima einer Kulturstadt, wie Halle, sondern insbesondere auch die demokratische Kultur unseres rechtsstaatlichen Gemeinwesens.

Ich hoffe sehr, insbesondere im Interesse der Opfer, dass Sie Ihre Entscheidung korrigieren, sich dem politischen Druck der ewiggestrigen Stalinisten, die die Toten unter dem Vorsatz vermeintlicher Kriegsverbrecher permanent verunglimpfen und deren Totenruhe unaufhörlich stören, nicht länger aussetzen und den Mut zum Bekenntnis auf einen würdevollen Umgang mit dem Tod – unabhängig von dem Einzelnen – aufbringen.

Allein das ist meiner Meinung nach entscheidend für den zu begrüßenden Akt, vergessenen Opfern einen Anspruch auf ein würdevolles Grab zu ermöglichen.

Eine Grabstätte ist eben **kein Ehrenhain**, es sei denn, die Stadt habe es so gewollt. ... Doch da sind wir uns doch sicherlich einig.

In der Hoffnung darauf, die Stadt Halle möge dem vielfach zitierten und auch richtigen Bekenntnis „Gesicht zeigen“ – bezüglich des genannten Gräberfeldes – endlich auch entsprechen, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen!

B. P.

Offener Brief an:

Mitteldeutsche Zeitung (Halle);

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt (Magdeburg)

Magazin STERN – Redaktion (Hamburg)

Magazin DER SPIEGEL – Redaktion (Hamburg)

Bund der Stalinistisch Verfolgten (Halle)

Vereinigung der Opfer des Stalinismus (Magdeburg)

Verein für erlebte Zeitgeschichte (Halle)

Parteienfraktionen Stadtverwaltung Halle (SPD, CDU, FDP, Grüne)

Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Magdeburg)

B: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Die Erkenntnisse des Ministeriums für Staatssicherheit über 117 ehemalige Torgauer Häftlinge, welche auf dem Gertraudenfriedhof in Halle Anfang der 1950er Jahre verscharrt wurden
(Edda Ahrberg, Stand: 19.1.2005)

Vorbemerkung

Nach ausführlichen Diskussionen der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen mit der Stadt Halle, dem Regierungspräsidium Halle und dem Innenministerium Sachsen-Anhalt wurde am 1. Juli 2003 auf dem Gertraudenfriedhof in Halle nach über 50 Jahren eine Grabanlage für 117 Anfang der 50er Jahre in Torgau verstorbene Häftlinge eingeweiht.¹ Eine Tafel informierte mit folgendem Text über die Geschichte der dort bestatteten Menschen:

Diese Grabanlage wurde im Jahr 2002 für 117 Menschen errichtet, die in den Jahren 1950–1953 an den Folgen der Haftbedingungen im Torgauer Gefängnis Fort Zinna starben. Die Gefangenen waren von sowjetischen Militärtribunalen zu 7 bis 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Wahrheitsgehalt der Anklagen wurde nicht geprüft, es bestand keine Möglichkeit zur Verteidigung, und die Angehörigen erfuhren nichts über den Verbleib der Gefangenen. Auch über ihren Tod wurden sie nicht informiert, und so warteten die Familien noch viele Jahre vergeblich auf die Rückkehr der Verschwundenen und wagten es nicht, öffentlich über ihre verzweifelte Trauer zu reden.

¹ Vgl. Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt, 9. und 10. Tätigkeitsbericht.

Die kommunistischen Machthaber hatten die Verstorbenen zur Einäscherung nach Halle bringen lassen und den Befehl erteilt, die Urnen ohne jede Kennzeichnung „verlassen“ beizusetzen. Damit sollte erreicht werden, dass die Urnen unauffindbar bleiben.

Die damaligen Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung haben diesen Befehl nicht ausgeführt, sondern die Urnen in der Abteilung 39, einem Reihengrabfeld, dessen Ruhefristen bereits abgelaufen waren, bestattet. Die Urnen wurden einzeln, jeweils hinter dem Grabstein bzw. Kopfende eines Grabes beigesetzt. Da dies nicht in einer Reihe, sondern im Gräberfeld weit verteilt erfolgte, hat der Friedhofsleiter, trotz des damit für ihn verbundenen Risikos, heimlich einen Lageplan angefertigt. Dank dieses Planes, der 1993 im Friedhofsarchiv gefunden wurde und der nun, nach der friedlichen Revolution von 1989, der Öffentlichkeit präsentiert werden konnte, fiel endlich Licht auch auf dieses schreckliche Kapitel unserer Geschichte.

Die Urnen wurden umgebettet, um ihnen hier in dieser Grabanlage eine letzte würdige Ruhestätte zu geben. Die Steine tragen die Namen aller Toten, deren Angehörige nicht mehr ermittelt werden konnten.

Viele von ihnen wurden inzwischen von der russischen Administration rehabilitiert.

Die Grabanlage wurde im Sinne des Gesetzes der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft anerkannt und hat daher unbegrenztes Ruherecht.

Im Jahr 2004 forderten der IVVdN und die PDS die Entfernung der Tafel und die Beseitigung der Grabanlage mit der Begründung, dass dort bis auf wenige Ausnahmen Nazi- und Kriegsverbrecher beerdigt seien. Unter anderem bezog sich der IVVdN auf Auskünfte der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Dies war Veranlassung, oben genanntes Forschungsvorhaben zu beginnen.

Ausdrücklich wird jedoch festgestellt, dass die Würde des Menschen ein friedvolles Sterben und das Recht auf eine menschenwürdige Bestattung einschließt. Jedem stehen ein Grab und die Totenruhe auf einem Friedhof zu, unabhängig davon, wer er oder sie zu Lebzeiten waren.²

Zusammenfassung der Rechercheergebnisse

Diese Zusammenfassung basiert ausschließlich auf den Unterlagen, die als Bestände des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) verwaltet werden und im Rahmen eines Antrages auf Akteneinsicht 2004 zur

² Nähere Informationen unter www.zeit-geschichten.de.

Verfügung gestellt wurden. Der Antrag wurde gestellt, um die Kenntnisse des MfS über die Haftsituation und die Urteilsgründe zu ermitteln. Ziel der Untersuchung ist es, die öffentlich ausgebrochene Diskussion über die neueingerichtete Grabanlage zu versachlichen.

Im Ergebnis wird festgestellt, dass diese in Torgau verstorbenen Häftlinge Opfer einer rechtsstaatswidrigen Urteilspraxis und der menschenverachtenden Haftbedingungen wurden.

Bei den vorgelegten Unterlagen handelte es sich in den allermeisten Fällen um Rückvergrößerungen verfilmter Unterlagen, deren Lesbarkeit oft zu wünschen übrig lässt. Das ist besonders bei den wenigen vorhandenen Lebensläufen und den Gesundheitsunterlagen (erweiterte Unterlagen zu 37 Personen vorhanden) der Fall. Andere Aktenbestände wurden nicht einbezogen, da es hier schon weitergehende Nachforschungen (z. B. durch Mitarbeiter der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle) gibt. Das Ziel dieser Akteneinsicht bestand allein darin zu klären, welche Erkenntnisse das MfS über die Tatvorwürfe und die Haftbedingungen der konkreten Personen hatte. Zur Praxis der Sowjetischen Militärtribunale und die Haftsituation in der SBZ/DDR wird daher als Ergänzung ausdrücklich auf zahlreiche bisher erschienene Publikationen verwiesen.

Gesichtet wurden Unterlagen zu 100 von 117 Männern, die in 99 Fällen von Sowjetischen Militärtribunalen in den 1940er Jahren in der SBZ und in einem Fall Anfang der 1950er Jahre von einem deutschen Gericht verurteilt wurden und die zwischen 1950 und 1953 im Zuchthaus Torgau verstarben. Zu den restlichen Personen fanden sich keine Hinweise. Aus Datenschutzgründen wurden von der BStU die Namen geschwärzt. Auf diese Weise konnten die Sachverhalte, also Urteilsgründe und Gesundheitsunterlagen, offen gelassen werden. Die Ergebnisse der Recherchen wurden in einer Tabelle zusammengefasst, wobei die Personen durchnummeriert sind. Die Reihenfolge entspricht **nicht** einer alphabetischen Auflistung.

Bis auf den von Deutschen verurteilten Häftling (Dort ist der Untersuchungsvorgang vorhanden.) fanden sich zu den ehemaligen Häftlingen schmale Aktenbestände (in der Regel zwischen 10 und 30 Blatt). Bestandteile waren in fast jedem Fall ein Fragebogen (vier Seiten) und ein Urteilsauszug, der 1950 erstellt wurde (eine Seite), manchmal Mitteilungen über Arreststrafen, Krankenunterlagen, Totenscheine und Hinweise zur Einäscherung bzw. Durchschriften von Informationen an Angehörige.

Der Fragebogen wurde nach der Übergabe aus sowjetischer Haft 1950 an die deutschen Behörden ausgefüllt und von den Gefangenen unterschrieben. Er enthält Fragen zur Person, zum Tatvorwurf, zur Parteizugehörigkeit während des Dritten Reiches und zur Wehrmacht. Am Ende wird gefragt,

ob sich der Gefangene schuldig bekennt. Manche antworteten mit „ja“, manche mit „nein“. Ein Mann starb bereits, bevor er den Fragebogen ausfüllen konnte (83).

Der Urteilsauszug wurde aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt und enthält häufig eine falsche Schreibweise der Namen. Er enthält neben den §§ aus dem russischen Gesetzbuch in der Regel nur eine ungenaue Kurzbeschreibung der Vorwürfe aus Sicht des Sowjetischen Militärtribunals. Aus dieser können der genaue Hergang und auch die Tatvorwürfe **nicht** rekonstruiert werden. Allerdings ist ersichtlich, ob sich der Vorwurf auf die Zeit des Nationalsozialismus (55 Personen) oder auf die Zeit nach Beendigung des 2. Weltkrieges (40 Personen, eingeschlossen der von Deutschen verurteilte Mann) bezieht.

Fünf Fälle lassen sich in dieses grobe Raster nicht einordnen. So wurde ein ehemaliges KPD-Mitglied verurteilt, weil es im April 1940 einen Brief an Radio London mit *provokatorischen und verleumderischen Äußerungen über die bewaffneten Kräfte der UdSSR* geschrieben haben soll. Ein anderer soll 1932 *als Gruppenführer der SA in der Stadt Oranienburg* eine Sturmabteilung angeführt haben, *welche die Verhaftungen der Mitglieder der kommunistischen Partei durchführte*. Er verließ 1933 die SA wieder.

Bei den Vorwürfen nationalsozialistischer Vergehen muss berücksichtigt werden, dass es sich oft um Vorfälle während des Krieges handelt. Das betrifft die Urteile zum Umgang mit Zwangsarbeitern, zu Auseinandersetzungen mit Partisanen oder zur Beteiligung an Verhören und zu Vorwürfen, an Erschießungen teilgenommen zu haben. Zu den Vorwürfen gegen zwei Personen, die in Gardelegen/Isenschnibbe an dem Massaker gegen Häftlinge beteiligt gewesen sein sollen, wird ausdrücklich auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung vom 9.12.2004 („Unterm Mühlstein der Geschichte“) verwiesen.

Die Strafmaße betrugen zwischen 6 und 25 Jahren (6 Jahre: 1, 8 Jahre: 3, 10 Jahre: 82, 15 Jahre: 9, 25 Jahre: 4, ein Urteil konnte nicht ermittelt werden). Damit bewegen sich die meisten Urteile in einem Bereich, der damals als unter dem Durchschnitt galt. 15 bis 25 Jahre Haft entsprach dem Durchschnitt der Urteilshöhe. Die verhängten Strafen und die kurze Begründung lassen Fragen aufkommen: So bekam jemand „nur“ acht Jahre Haft für *die Teilnahme an Verschleppungen zur Zwangsarbeit nach Deutschland von 20.000 sowjetischen Bürgern* (52). Eine andere Person wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt *wegen Verprügelung mit Stöcken und Fäusten von 10 Personen ..., die unter seiner Aufsicht arbeiteten* (47). Aber auch der bekam zehn Jahre, der zwei sowjetische Bürger verprügelt haben sollte (62). 25 Jahre Haft war dagegen die Strafe für ein ehemaliges SED-Mitglied wegen *Spionage für den englischen Nachrichtendienst* (2).

Die Unterlagen enthielten in einigen Fällen Hinweise über Besuchserlaubnisse und geschriebene und empfangene Briefe. Die Besuchsdauer ist mit 30 Minuten angegeben. Das Mitbringen von Lebensmitteln war nicht gestattet. In einem Fall wurde das mitgebrachte Milchpulver vor den Augen des Gefangenen vernichtet. Das wog besonders schwer vor dem Hintergrund, dass die Haftbedingungen menschenunwürdig waren. Viele der Gefangenen hatten Untergewicht und waren mit ihren Kräften am Ende. Eine Häftling war in Haft, trotzdem beide Beine amputiert waren. Als häufigste Todesursache wurde offene Lungentuberkulose vermerkt. Es fiel auf, dass die Totenscheine manchmal bis zu zwei Tage nach dem Tod ausgestellt wurden. In einem Fall starb jemand kurz nach einer Oberschenkelamputation, ein anderer 12 Tage nach einem Schlaganfall – beide im Zuchthaus und nicht im Krankenhaus.

Bei den Schreiben des Gertraudenfriedhofs Halle mit der Bestätigung der Einäscherung ist merkwürdig, dass hierfür in der Regel als Zeitpunkt ein Datum zwei Tage **nach** dem Ausstellen des Scheines angegeben wird, dabei aber die Vergangenheitsform verwendet wurde. Angaben zur Grablage wurden nicht gemacht. In der entsprechenden Zeile findet sich meist ein Strich oder gar keine Bemerkung.

Nicht in jedem Fall finden sich Hinweise darüber, ob die Angehörigen über den Tod informiert wurden. Wenn ja, ist oft der Bestattungsort nicht genannt. Auf Nachfrage wurde einigen Angehörigen mitgeteilt, dass ihnen der Leichnam oder die Urne nicht übergeben werden kann. Eine Tochter fragte telegraphisch an, ob die Überführung der Leiche Ihres Vaters möglich ist. Auf dem Telegramm wurde handschriftlich ein kurzes *nein* vermerkt (56/Bl. 28). Die Angehörigen hatten kein Mitspracherecht bei der Entscheidung über Erd- oder Feuerbestattung und schon gar nicht über den Bestattungsort. Nach einer zitierten Anweisung des Ministeriums des Innern wurden die nächsten Angehörigen, wenn sie in die Bundesrepublik verzogen waren, nicht über den Tod informiert (77/Bl. 11, 12).

1958 fragte die Strafvollzugseinrichtung Torgau bei den Standesämtern der ehemaligen Heimatorte nach, ob der Tod eingetragen sei. In vielen Fällen wurden erst jetzt Sterbeurkunden ausgestellt. In einer Akte findet sich folgender Hinweis in einem Schreiben vom 29.5.1958: *Wir verweisen noch darauf, dass zur damaligen Zeit laut Verfügung des Ministers für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR vom 6.9.1950 die Beurkundung des Sterbefalls beim zuständigen Standesamt des letzten Wohnsitzes vorgenommen wurde.* (48/Bl. 19) In diesem Zusammenhang kommt es immer wieder zu Ungereimtheiten und Diskussionen über die Zuständigkeit, ob das Standesamt des letzten Wohnortes oder das des Sterbeortes, also Torgau, zuständig sei.

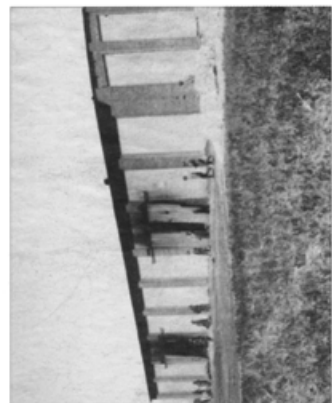
Die einzelnen Ergebnisse der Nachforschungen aus MfS-Unterlagen

Hinweise zu der Tabelle, welche auf der Homepage der LStU (www.landesbeauftragte.de) zu finden ist:

LStU	Von der LStU aus Datenschutzgründen vergebene Nummer
Alter	Alter zum Zeitpunkt des Todes
Todesursache	Angaben aus den Totenscheinen, die manchmal bis zu 2 Tage nach dem Tod ausgestellt wurden, und Schreiben des Gertraudenfriedhofes Halle. Bei letzteren fällt auf, dass das Datum der Einäscherung auf dem Schein in der Regel mit 2 Tagen nach dem Ausstellen des Scheines angegeben wird, dieser aber dabei die Vergangenheitsform verwendet.
Verh./Ort	Verhaftungsort
Verh./Datum	Verhaftungsdatum
SMT	Sowjetisches Militärtribunal, welches die Strafe verhängt hat
Strafe	Höhe der verhängten Strafe
Grund	Der Grund für die Bestrafung aus Sicht des SMT: Der Urteilsauszug wurde aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt. Er enthält neben den §§ aus dem russischen Gesetzbuch in der Regel nur eine ungenaue Kurzbeschreibung der Vorwürfe. Aus dieser kann der genaue Hergang nicht rekonstruiert werden. Allerdings ist ersichtlich, ob sich der Strafvorwurf auf die Zeit des Nationalsozialismus oder auf die Zeit nach Beendigung des 2. Weltkrieges bezieht.
Bemerkungen	Zusätzliche Hinweise zur Person und ob sie sich schuldig bekannt hat oder vorbestraft war
NS	Hinweise zur Verstrickung in nationalsozialistische Parteien oder Organisationen während der Zeit des Dritten Reiches
Inf. an Fam.	Informationen darüber, wann die Familie was erfahren hat Nicht in jedem Fall befinden sich „Duplikate“ von Anschreiben an Angehörige in den Unterlagen. Da es sich in den meisten Fällen um Kopien von verfilmten Unterlagen handelt, ist nicht ersichtlich, ob es Originale oder Durchschriften sind.

Unterm Mühlstein der Geschichte

Streit um Torgauer Urnen: Wie Arno Brake und Wilhelm Biermann als Kriegsverbrecher abgestempelt wurden



Ein Grabfeld in Halle für 117 Tote aus dem Sowjet-Gefangenlager Torgau ist heftiger Streit entbrannt. Kritiker werfen der Stadt vor, dort auch Kriegsverbrecher zu ehren. Ein Blick in die Akten lässt deren Schicksal in einem anderen Licht erscheinen.

Von unserem Redakteur
STEFEN KONAU

Kloster Neuendorf/MZ. Arno Brake war am Tatort. Am 14. April 1945 morgens, es ist noch dunkel über Gardlegen, steht der Volksturmman aus Kloster Neuendorf mit einer Schaufel in der Hand vor der Feldaufnahme im Gefangenlager Torgau. Er hat die Leichen der 1016 KZ-Häftlinge begraben, die am Abend zuvor in einem grauenhaften Massaker durch deutsche Truppen unter dem Befehl von NSDAP-Kreisleiter Gerhard Thiele ermordet worden sind.

Brake, 44 Jahre alt und von Beruf Häftlingsführer, hat eine lange, „Ich bitte ein Ähren“, gilt er später zu Protokoll, und es hing Brandgeruch in der Luft. Arno Brake wird schlecht. Er flüchtet vom Ort des Grauens und verbringt den Rest des Tages im Bett.

Zu Haus geblieben

Sein Nachbar Wilhelm Biermann, auch er zum letzten Volksturm-Aufgebot bestellt, ist schon seit dem Abend erreicht, zur Scheune zu kommen, sagt der 49-jährige Musiker ja. Und bleibt zu Haus.

Sechzig Jahre später gelten Brake und Biermann dennoch als Verantwortliche für das „Kriegsverbrechenfall 1021“ genannte Massaker von Iesnischke. Seit in Halle ein Streit um eine Grabfläche für 117 Tote aus dem Sowjet-Straflager

Eine Aufnahme der Feldaufnahme im Gardlegener Ortsteil Iesnischke, in der 1016 KZ-Häftlinge ermordet wurden.

Torgau tobt, ist der Mühlstein der Geschichte dabei. Brake und Biermann, die beiden Hauptfiguren in einem Geschichts-krimi, von dem weder Brakes Sohn Bernhard noch Biermanns Enkelin Waltraud Adolph etwas ahnen. „Von Vater wussten wir nur“, erzählt Sohn Bernhard, „dass er in Torgau gestorben ist.“ Weshalb er verurteilt wurde, wozu er starb, weiß er nicht. „Ich habe einen Mörder“, sagt der 80-jährige, „es bis zu ihrem Tod nicht erfahren.“

Anonym verscharrt

Der Musiker und der Holzfüller, gestorben 1950 und 1951 in Torgau, lagen mehr als 50 Jahre anonym in der Erde. Erst 1994 wurde der Friedhof verscharrt. Kaum hatte die Stadt Halle dann eine würdige Grabstätte für sie und die anderen Torgauer Toten angelegt, entdeckte die Interessenvertretung der Verfolgten des Naziregimes (IVvN) 117 Tote aus dem Sowjet-Straflager

Brake und Biermann als Kriegsverbrecher. Beide seien „Teilhaber der Verbrechen“, besagt die Urteilsurkunde. „Ich bin ein KZ-Häftling“, klagte IVvN-Forscher nach „monatelanger Archivarbeit“. An. Deshalb seien beide völlig zurecht von der sowjetischen Militäradministration verurteilt und in Torgau inhaftiert worden, meint IVvN-Chef Jupp Geratz. „Zweifelsfrei Schuldigen“, wie ihn der IVvN-Forscher bezeichnet, „Elternhain“ errichtet werden. „Man hätte sich vorher ein Bild machen sollen, wen man da begräbt.“

Ein Hinweis, an den sich besser auch die IVvN-Forscher gehalten hätten. Dann wären sie im Stadthaus Gardlegen auf Unterlagen gestoßen, die Brake und Biermann schildern: Eine Geschichte, die von der Tragik des Krieges, wenig aber von Kriegsverbrechen erzählt, wie Herbert Becker von der Gedenkstätte Gardlegen beschreibt.



Kapitulation von deutschen Soldaten und Volksturm-Angehörigen gegenüber den zuerst in Gardlegen eingetroffenen Amerikanern.

Fest steht danach, dass sowohl Brake als auch Biermann getötet wurden. Der Kommandeur ihrer Volksturmtruppe wird nicht angeklagt, sondern zu den Amerikanern zugeteilt. Und Kreisleiter Gerhard Thiele ist schon seit Januar 1946 ein toter Mann. Der Initiator des Massakers in der Feldaufnahme stirbt 1994 im Alter von 85 Jahren als unbescholtener Mann.

Ein Urteil, das in seiner Zufälligkeit kein Kriegsverbrechen ist: Die Teilnahme daran ist den belagerten Männern später nie vorgeworfen worden. Die beiden wurden von den Amerikanern wegen der Erschießung der beiden Sowjaken interniert und im Sommer 1946 gemeinsam mit zwei Dutzend anderen Männern, die im Umfeld des „Kriegsverbrechensfall 1021“ aufgegriffen wurden, an die sowjetischen Truppen übergeben. Der Kommandeur ihrer Volksturmtruppe wird nicht angeklagt, sondern zu den Amerikanern zugeteilt. Und Kreisleiter Gerhard Thiele ist schon seit Januar 1946 ein toter Mann. Der Initiator des Massakers in der Feldaufnahme stirbt 1994 im Alter von 85 Jahren als unbescholtener Mann.

C: Gesundheitliche Versorgung von 100 in Torgau verstorbenen Häftlingen (Maik Schmitz / Prof. Jörg Frommer, Stand: Januar 2005)

Hintergrund der Aufarbeitung der Krankenakten

Auf dem Gertraudenfriedhof in Halle wurden zwischen 1950 und 1954 Urnen von verstorbenen Gefangenen der Haftanstalt Torgau Fort Zinna in einem Gräberfeld mit dem Ziel begraben, die sterblichen Überreste nicht mehr den Verstorbenen zuordnen zu können. Es fand keine offizielle Beerdigungszeremonie statt, die Angehörigen wurden nicht verständigt. Die Verantwortlichen haben ihr Ziel jedoch letztlich nicht erreicht, denn am 1. Juli 2003 wurde eine Ruhestätte für 117 der Anfang der 50er Jahre verstorbenen Gefangenen von Torgau auf dem Gertraudenfriedhof eingeweiht. Eine Gedenktafel soll an die in Gefangenschaft Verstorbenen erinnern. Im Folgenden soll nun eine Übersicht über den Inhalt der Krankenakten von 100 der in der neuen Grabanlage bestatteten Personen gegeben werden, die in den Unterlagen zu finden waren, die im Rahmen der Aufarbeitung der Einzelschicksale der Verstorbenen von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) angefordert wurden. Da die persönlichen Daten der Verstorbenen in den Unterlagen unkenntlich gemacht wurden, können hier keine Namen verwendet werden. Stattdessen wurden die Unterlagen nummeriert und es werden diese Nummern als Zuordnung zu den einzelnen Schicksalen verwendet. Daraus ergibt sich, dass hier von 101 „Fällen“ berichtet wird, was aber in keinsten Weise als Herabsetzung der einzelnen Schicksale, die hinter den Nummern stehen, verstanden werden soll.

Übersicht über die Aktenlage

Es liegen Unterlagen von insgesamt 100 männlichen Strafgefangenen der Haftanstalt Torgau vor, die dort zwischen 1950 und 1953 verstorben sind. Der Umfang der Krankenunterlagen ist sehr variabel, reicht von fast keinem Material (z. B. Fall Nr. 94) bis zu mehreren Seiten ausführlich dokumentierter Krankengeschichte mit Fieberkurven und Laborergebnissen (z. B. Fall Nr. 2). Bei der Durchsicht der Krankengeschichten und Totenscheine ergab sich, dass 59 Patienten der behandelnden Ärzte an Lungentuberkulose verstorben sein sollen, 56 an Herz- und Kreislaufschwäche, 14 an Darmtuberkulose, 12 wiesen zum Todeszeitpunkt Aszites auf. Die in den Totenscheinen, so vorhanden, genannten Todesursachen und Begleiterkrankungen sind im folgenden tabellarisch aufgeführt:

Diagnosen:	Häufigkeit:
Lungentuberkulose	59
Herz- und Kreislaufschwäche	56
Darmtuberkulose	14
Aszites	12
Tuberkulöse Hirnhautentzündung	5
Kehlkopftuberkulose	4
Peritonealtuberkulose (Bauchfelltbc.)	4
Magentuberkulose	3
Arterienverkalkung	3
Herzinfarkt	3
Myodegeneratio cordis (Herzerkrankung)	2
Hypertonus (Bluthochdruck)	2
Lungenentzündung	2
Katatoner Erregungszustand	1
Drüsentuberkulose	1
Nierentuberkulose	1
Rippenfellentzündung	1
Dystrophie	1
tuberkulöse Wirbelentzündung	1
Lähmung der Blase und des Mastdarmes	1
Angina pectoris	1
Leberzirrhose	1
Tumor im Oberbauch	1
Alterssiechtum	1
Herzschlag	1
Herzfehler	1
Chronische Milz- und Lebererkrankung	1
Knochentuberkulose	1
arterielle Embolie des rechten Beines	1
Amputation des rechten Beines	1
Schlaganfall	1
Koronarsklerose	1
Suizid	1

Die Totenscheine wurden alle von einem anderen als dem behandelnden Arzt unterschrieben, der nur auf den Revierarzt als letzten behandelnden Arzt hinweist. In keiner der Fälle wurde eine Obduktion (Leichenöffnung) durchgeführt um die Todesursache zu sichern und die Totenscheine wurden z. T. erst ein bis zwei Tage nach dem Tod des Patienten ausgestellt.

Nach den vorliegenden Krankenakten betrug das durchschnittliche Alter der behandelten Patienten 48 Jahre, wobei der Jüngste 20 und der Älteste 72 Jahre alt waren. Die durchschnittliche Überlebensdauer nach Beginn der Haftzeit betrug 4,2 Jahre. Der durchschnittliche BMI¹ betrug 20. Der aktuelle Normbereich für den BMI in den westlichen Industrieländern liegt zwischen 20 und 24,9, der hier ermittelte Wert liegt also an der unteren Normgrenze. Größe und Gewicht lagen aber nur in 35 der 101 untersuchten Fälle vor, der Wert ist also nicht unbedingt repräsentativ.

Auf der Basis der in den Krankenberichten enthaltenen körperlichen Untersuchungsbefunde der behandelten Patienten lässt sich über ihren allgemeinen und Ernährungszustand folgendes sagen: Der Allgemeinzustand wurde in 21 Krankenberichten beschrieben. In 15 von 21 Fällen wurde er als schlecht bezeichnet (z. B. „stark reduzierter Allgemeinzustand“, „dystrophisch“, „geschwächt“, „kachektisch“), eine Beurteilung war mit „ausreichend“ als neutral einzuschätzen und 6 mal wurde der Allgemeinzustand als relativ gut eingeschätzt. Der Ernährungszustand wurde 8 mal erwähnt, davon sprachen 5 Beurteilungen von einem schlechten Ernährungszustand, 2 Beurteilungen fielen gut aus, eine wurde als neutral gewertet. Die Begriffe Allgemein- und Ernährungszustand wurden in den Aufzeichnungen häufig synonym verwendet. Die behandelten Patienten wiesen nach diesen Angaben in der Mehrzahl der Fälle einen verminderten bis stark verminderten Allgemein- und Ernährungszustand auf. In 30 Fällen fand sich eine Erwähnung des Zahnstatus der Patienten. 20 mal wurde der Zustand der Zähne als sehr schlecht beschrieben, meist wurde das Gebiss als kaum oder gar nicht kaufähig bezeichnet. 9 Beurteilungen waren eher neutral („Ober- und Unterkieferprothese“ und „Gebiss kaufähig“) und einmal wurde ein Gebiss als „sanitert“ bezeichnet. Die Erwähnung der Möglichkeit einer zahnärztlichen Behandlung für die Häftlinge fehlt in dem vorliegenden Material. Eine Aufstellung der Aussagen über Allgemein-, Ernährungs- und Zahnzustand findet sich im Anhang. In den Krankenberichten sind ebenfalls keine chirurgischen Interventionen seitens der behandelnden Gefängnisärzte bis auf Fall Nr. 45 berichtet, bei dem der rechte Zeigefinger amputiert und Knochengewebe des Mittelhandknochens abgetragen wurden. Nur einer der Patienten, deren Unterlagen vorliegen, wurde zur

¹ BMI = Body Mass Index, durch den man indirekt die Körperfettmasse einschätzen kann. Ergibt sich aus der Rechnung: Körpergewicht in kg / (Körpergröße in m)²

weiteren Behandlung in das städtische Krankenhaus von Torgau überwiesen (Fall Nr. 90; siehe Kapitel Fallbeispiele). Folgende Schwierigkeiten bei der Einschätzung der Krankenversorgung in der Haftanstalt aus dem vorliegenden Material fallen auf:

- Aus dem Material geht nicht hervor, wie leicht der Zugang zu medizinischer Versorgung für die Häftlinge war.
- Ein Überblick über die Räumlichkeiten, die personelle und allgemein medizinische Ausstattung fehlt.
- Die Ernährungssituation der Inhaftierten kann nur indirekt über den BMI und ernährungsbedingte Erkrankungen beurteilt werden, beziehungsweise über die Angaben in den Untersuchungsberichten der Häftlinge.
- Viele der in Torgau Inhaftierten saßen zuvor jahrelang z. B. in Sachsenhausen ein und befanden sich aller Wahrscheinlichkeit nach in keiner guten körperlichen und seelischen Verfassung bei ihrem Haftantritt in Torgau.

Einbettung des Materials in die Zeitgeschichte

Eine der Schwierigkeiten bei der Einschätzung der Lebensbedingungen der betroffenen Häftlinge ist, wie oben erwähnt, dass die Männer größtenteils auch in anderen Haftanstalten untergebracht waren im Laufe ihrer Inhaftierung. Auch in Torgau konnten die Lebensbedingungen, je nach Unterbringung der Gefangenen, sehr unterschiedlich sein. „Die Insassen der überbelegten Einmannzellen haben mehrheitlich bessere Erinnerungen an ihre Unterbringung als die Gefangenen, die in den Kellern, bzw. Kasematten dahingevegetierten.“² Die Kasematten seien ein Rundbau aus alter Zeit gewesen, beschreibt Benno Prieß³, auf dem Dach mit Gras bewachsen, dicken Wänden und kleinen Fenstern. In dem Raum, in dem er 1946 untergebracht war hätten primitiv zusammengezimmerte zweistöckige Pritschen ohne Strohsäcke gestanden. Nach Zeitzeugenberichten hätten die Häftlinge, die in den Kasematten untergebracht waren, ihre Zellen kaum verlassen dürfen. Da diese nicht mit Waschbecken oder Duschen ausgestattet waren, hätten sie sich über lange Zeiträume nicht waschen können. Ehemalige Inhaftierte (siehe Danksagung) berichten von Wanzenplagen, die allen das Leben schwer gemacht hätten. Viele Männer hätten unter Krätze und Skorbut gelitten. Auch von gewaltsamen Übergriffen seitens

des Wachpersonals wird berichtet. Nach Zeitzeugenberichten⁴ seien im Januar 1950 insgesamt 1500 Häftlinge nach der Auflösung des Speziallagers Sachsenhausens nach Torgau überführt worden, das inzwischen unter deutscher Verwaltung stand. Nach Ankunft in Torgau scheinen aber keine Eingangsuntersuchungen der neuen Häftlinge stattgefunden zu haben, um den Gesundheitszustand einschätzen zu können. In den Krankenunterlagen zumindest fand sich kein Anhalt dafür. Man habe dort seitens der Verwaltung mit der Hälfte der Gefangenen gerechnet und nicht gewusst, wo man die Häftlinge habe unterbringen sollen. Zellen für 2 Häftlinge seien mit 5 oder 6 Männern belegt worden. Die Zellen seien modern eingerichtet gewesen, hätten WC und Waschbecken besessen. Die Verpflegung jedoch sei sehr schlecht gewesen. Die Hinweise der Häftlinge, darunter auch Ärzte, auf die vielen Tuberkulosekranken seien nicht geglaubt worden und die hinweisenden Ärzte in den Reihen der Inhaftierten seien dafür sogar in den Arrest geschickt worden. Kurze Zeit später hätten dann aber Röntgen-Reihenuntersuchungen stattgefunden. Hätten reguläre Eingangsuntersuchungen der Häftlinge stattgefunden, wären die Tuberkulosekranken sicherlich bereits vorher diagnostiziert werden können.

Die Enge des Zusammenlebens bot den idealen Nährboden für die Ausbreitung der Tuberkulose und anderer Infektionskrankheiten, an denen viele Häftlinge erkrankten. Die Krankenversorgung wurde, laut Berichten ehemaliger Inhaftierter, durch mitinhaftierte Ärzte geleistet.

Aus einer Aktennotiz des zuständigen Volkspolizei-Oberrates vom 20. Februar 1950 geht hervor, dass die ärztliche Betreuung der übernommenen Häftlinge „eines der brennendsten Probleme“ des Strafvollzugs sei.⁵ Eine zusätzliche Einstellung von Ärzten sei durch das Ministerium des Innern abgelehnt worden und die Zahl der sich unter den Inhaftierten befindenden Ärzte sei zu gering gewesen. Der Krankenstand unter den Gefangenen in Torgau habe Anfang 1953 folgendermaßen ausgesehen: 310 Fälle „aktiver“ Tbc, 220 Fälle „inaktiver“ Tbc, 230 ansteckende und 70 nicht ansteckende Tbc-Fälle, dazu ca. 180 arbeitsunfähige ambulante Kranke bei einem Krankenbettenbestand von 490.

Auch die Verpflegung der Häftlinge muss in die Einschätzung der Art der Versorgung der Häftlinge mit einfließen. Für alle Speziallager galt, dass ab dem 1. November 1946 die Brotationen von 500g auf 300g pro Tag gekürzt wurden. In Torgau habe es einmal täglich entweder eine sehr dünne Graupensuppe oder eine Weißkohlsuppe gegeben zu dem Brot. Mehrere Häftlinge hätten sich eine große Schüssel teilen müssen.

⁴ K.-D. Müller, A. Stephan (Hrsg.): Die Vergangenheit lässt und nicht los; Verlag, Arno Spitz GmbH, Berlin; 1998: 45

⁵ Aus: Spurensicherung, Urnen von Torgauer Häftlingen auf dem Gertraudenfriedhof in Halle; ein Zwischenbericht herausgegeben vom Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle Verein für erlebte Geschichte: 6–7

² B. Oleschinski, B. Pampel: Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten; Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig, 1997: 36

³ Benno Prieß: Unschuld in den Todeslagern des NKWD 1946-1954; Eigenverlag, Calw; 1992: 29

Tabellarische Übersicht

(siehe Homepage der LStU – www.landesbeauftragte.de)

In der Tabelle sind einige Daten der untersuchten Einzelschicksale zusammengestellt. Vielfach sind kaum Daten, zumindest keine medizinischen Daten, vorhanden um eine genauere Aussage zu dem jeweiligen Patienten treffen zu können. In diesen Fällen sind die Daten in grauer, statt schwarzer Schrift gehalten. Typische Fälle und auch herausragende Fälle sind in dem Kapitel Fallbeispiele ausführlicher dargestellt.

Fallbeispiele Torgau

Fall Nr. 2 – „Tuberkulose und Syphilis“

Fall Nr. 6 – „Der Suizid“

Fall Nr. 7 – „Fieberhafter Infekt“

Fall Nr. 13 – „Beidseitig Beinamputiert“

Fall Nr. 56 – „Lungentuberkulose und Zellenhaft“

Fall Nr. 65 – „8 Tage“

Fall Nr. 68 – „Herzschwäche“

Fall Nr. 90 – „Beinamputation“

Fall Nr. 2 – „Tuberkulose und Syphilis“

Am 29.10.1952 verstarb der 45-Jährige nach 3-jähriger Haftzeit laut Totenschein an offener Lungentuberkulose, Darm- und Bauchfelltuberkulose mit Aszites und Herz- und Kreislaufschwäche. In der Anamnese finden sich, neben einer Operation wegen eines Bauchdeckenbruchs und einer Gallenblasenoperation der Befund einer Lungentuberkulose und einer Gonorrhoe (Syphilis), die bereits 1950 zu einer langen Behandlung geführt habe. Im Mai 1951 wurde ein Husten mit blutigem Auswurf dokumentiert, ebenso Symptome einer Gonokokkeninfektion. Im Sputum seien bereits Tuberkuloseerreger nachweisbar gewesen, es handelte sich also um eine sogenannte „offene Lungentuberkulose“, aber eine Aufnahme auf die Krankenstation erfolgte laut den Unterlagen erst im November 1951. Im Januar 1952 sei er für 3 Wochen auf die Gelbsuchtsstation verlegt worden, bis seine Symptome wieder nachgelassen hätten und die Gelbfärbung der Haut zurückgegangen sei. Die Ursache der Gelbsucht bleibt unklar. Im März 1952 Verlegung auf Station 15 (die Tuberkulosestation?). Hier sei im August sowohl eine Behandlung der chronischen Gonokokkeninfektion, als auch ein PAS-Kur der Tuberkulose begonnen worden. (PAS: Paraamino-

Salizylsäure, ein das Bakterienwachstum hemmendes Medikament) Im EKG seien Anzeichen eines Myocardschadens (Herzmuskelschaden) und einer Koronarinsuffizienz (Mangelhafte Versorgung des Herzmuskels über die Herzgefäße) festgestellt worden. Zu den bereits vorhandenen Brustschmerzen, dem Husten, dem Auswurf, den Bauchschmerzen, dem Appetitmangel, dem Nachtschweiß und den Unterschenkelödemen seien dann auch Aszites (Bauchwassersucht), Atemnot, Durstgefühl, zunehmende Schwäche und zunehmende Apathie bis hin zur Bewusstlosigkeit aufgetreten. Laut Fieberkurven erhielt er im Laufe seiner Behandlung unter anderem folgende Medikamente: Dextropur, Baldrian, Strophantin, Gastrosil-Magentropfen, Hustensaft, Spalt, Hoffmann-Tropfen, Lebertran, Kohletabletten, Nitrangin, Coffein, Folichol, Azoangin, Tecesal, PAS, Gargarisma und Ascorvit. Neben den ärztlichen Untersuchungen wurde seine Lunge geröntgt, Blut, Urin, Stuhl, Sputum und verschiedene Abstriche wurden laborchemisch und mikrobiologisch untersucht, ein EKG wurde durchgeführt, Aszites punktiert (Bauchwasser), Körpergröße, -gewicht und -temperatur gemessen. Sollten die Unterlagen an dieser Stelle nicht unvollständig sein, wurde hier ein Patient mit einer offenen Lungentuberkulose 5 Monate in Zellenhaft (höchstwahrscheinlich mit anderen Häftlingen) untergebracht, bevor er auf die Krankenstation eingewiesen wurde.

Fall Nr. 6 – „Der Suizid“

Am 06.04.1952 suizidierte sich der damals 23-Jährige nach 5 Jahren Haft und, nach seinen protokollierten Angaben, zahlreichen Suizidversuchen. Der 1929 in Thüringen geborene Mann gibt in seinem handschriftlich verfassten Lebenslauf an, er sei mit 11 Jahren wegen „nicht Folge leistens“ im Jungvolk, dem er seit dem 10. Lebensjahr angehört habe, für 2 Jahre in einem Erziehungsheim untergebracht worden. Danach habe er in einer Pflegefamilie gewohnt. Seine Pflegeeltern seien beide „große Nazis“ gewesen und er habe dort „mehr Dresche als Brot“ bekommen. Er sei dann 1944 nachts ausgerissen und mit 2 anderen Männern in den Wald geflüchtet, wo sie aber vom Volkssturm gestellt worden seien. Aus diesem Grund sei er als Partisan und Deserteur zum Tode verurteilt worden, die amerikanischen Truppen hätten ihn aber befreit. Bis 1947 habe er dann bei seiner Mutter gelebt und als Holzfäller gearbeitet. Im März 1947 habe er Verwandte in der amerikanischen Zone besucht und sei im Mai auf der Rückreise in Bad Salzungen verhaftet worden. Ihm sei Grenzübertritt und Spionage vorgeworfen worden. Nach seiner Verurteilung zu 15 Jahren Strafarbeitslager habe er vom Mai 1947 bis Februar 1950 in Sachsenhausen eingesperrt, sei dann nach Untermassfeld verlegt worden, in die Nähe des Wohnsitzes seiner Mutter. Diese stellte in einem Schreiben an die Gefäng-

nisleitung im August 1951 einen Antrag auf Besuchserlaubnis für ihren Sohn, den sie 4 Jahre nicht gesehen habe. Ob dieser Antrag bewilligt wurde ist unklar. In Sachsenhausen habe er bereits mehrere Suizidversuche unternommen, indem er sich die Pulsadern geöffnet habe. Eine Rasierklinge habe er mit nach Untermassfeld geschmuggelt und sich damit am 02.03.1950 wiederum die Pulsadern geöffnet. Grund dafür sei gewesen, dass er als Kalfaktor abgelöst worden sei und noch keine andere Arbeit gehabt hätte, wodurch er „noch blödsinnig werde“. Aus einem Vernehmungsprotokoll vom 12.03.1950 geht hervor, das er ungefähr einen Monat zuvor von einem der Wachtmeister angesprochen worden sei, woher er stamme. Nachdem er ihm erzählt habe, dass seine Mutter in der Nähe der Haftanstalt wohne habe er ihn gebeten, dieser Nachricht von seiner Verlegung nach Untermassfeld zu überbringen. Der Wachtmeister habe zugestimmt und ihm nach einigen Tagen sogar Zigaretten und Speck mitgebracht, die ihm seine Mutter für ihn mitgegeben habe. Er habe ihm auch mitgeteilt, dass seine Mutter an Gelbsucht und sein jüngerer Bruder an Lungenentzündung erkrankt seien. Da diese Informationen aus einem Vernehmungsprotokoll stammen, scheint die Gefälligkeit des Wachtmeisters nicht unbeobachtet geblieben zu sein. Weitere Auswirkungen auf den Strafgefangenen sind nicht beschrieben, aber es fällt der zeitlich enge Zusammenhang mit dem Verlust seiner Arbeit als Kalfaktor und des verübten Suizidversuchs auf. Laut Bericht des Leiters der Vollzugsanstalt Torgau an die Mordkommission vom 07.04.1952 sei aus dem Bericht über die bisher verübten Suizidversuche zu ersehen, dass der Strafgefangene ein „schwermütiges Wesen“ gehabt habe und sich schon während seiner gesamten Haftzeit mit Selbstmordgedanken beschäftigt habe. Am 06.04.1952 habe er sich dann um 12.30 Uhr mittels eines Handtuchs und eines Fußlappens erhängt. Im Brief an die Mutter des Verstorbenen werden seitens der Vollzugsanstalt Torgau als Todesursache Kreislaufstörungen angegeben.

Aus den vorliegenden Daten geht hervor, dass der Strafgefangene auch nach mehreren bekannt gewordenen Suizidversuchen keiner psychiatrischen Untersuchung oder Therapie zugeführt wurde, obwohl man ihn als schwermütig einschätzte. Unterlagen aus anderen Haftanstalten scheinen nicht angefordert worden zu sein, da jeweils nur von den Aussagen des Strafgefangenen ausgegangen wird in den Berichten. Einem Arzt wurde er nach vorliegenden Unterlagen nur nach dem Eröffnen seiner Pulsadern im März 1950 in Untermassfeld vorgestellt. Es habe nach dessen Aussagen keine Lebensgefahr bestanden. Eine sicherlich indizierte Vorstellung bei einem Psychiater scheint nicht erfolgt oder auch nur angedacht worden zu sein.

Fall Nr. 7 – „Fieberhafter Infekt“

Der 46-jährige Strafgefangene verstarb laut Totenschein am 28.01.1953 an einer Lungenentzündung mit Herz- und Kreislaufschwäche. Er war am 18.01.1953 mit den typischen Anzeichen eines fieberhaften Infektes auf die Krankenstube verlegt worden und erhielt dort nach Aussage des Krankenberichtes Lichtbügeltherapie, Schwitzpackungen, Medikamente gegen Fieber, Hustensaft und Jodkali. Am 23.01. sei eine plötzlich auftretende Muskelschwäche in beiden Oberarmen hinzu gekommen. Am nächsten Tag seien auch die Beine von den Lähmungserscheinungen betroffen gewesen. Am 27.01. sei der Patient an den unteren Extremitäten schließlich gelähmt gewesen. Die behandelnden Ärzte planten wegen des Verdachts auf eine Gehirnhautentzündung eine Verlegung des Patienten in ein Haftkrankenhaus, dies wurde aber „des Transportes wegen“ nicht durchgeführt. Am 28.01. hätten sich die Symptome soweit gebessert, dass er wieder Nahrung aufnehmen können und sich mit seinem Bettnachbarn unterhalten können, bis eine plötzliche erhebliche Verschlechterung des Zustandes mit Schnappatmung eingesetzt hätte, die in Minuten zum Tode geführt habe. Bei keinem anderen Patienten sind die letzten Stunden vor dem Ableben so genau protokolliert. Der Schwerpunkt des ausführlichen Krankenberichtes des Sterbetages des Patienten liegt auf der Plötzlichkeit der Verschlechterung des Zustandes bis hin zum Tod um 13.45 Uhr.

Fall Nr. 13 – „Beidseitig Beinamputiert“

Der 27-Jährige verstarb laut Totenschein nach 5 Jahren Haft am 06.01.1951 an offener Lungentuberkulose, tuberkulöser Hirnhautentzündung und Herz- und Kreislaufschwäche. Nach den Angaben in der Anamnese waren ihm 1943 nach einer Kriegsverwundung beide Unterschenkel amputiert worden. Ab Oktober 1950 habe er unter zunehmender Schwäche, Husten und Bruststechen gelitten, bei der Aufnahme auf die Krankenstube am 30.11.1950 werden auch schleimiger Auswurf, Frösteln, Appetitmangel und „profuse Nachtschweiße“ angegeben. Er sei in dürrtigem Ernährungs- und Kräftezustand aufgenommen worden. Die Amputationsnarben an beiden Unterschenkeln werden als reizlos beschrieben, seien also gut verheilt. Es werden an dieser Stelle auch der Verlust der Endglieder des 2. und 3. Fingers der rechten Hand und Erfrierungsfolgen an den Endgliedern des 4. Fingers der rechten Hand und des 3. und 4. Fingers der linken Hand beschrieben. Ob es sich hierbei um alte oder neue Verletzungen handelt bleibt unklar. In den folgenden Wochen entwickelte er laut Krankenbericht zunehmend Durchfälle, Schmerzen im Unterbauch, Harnverhalt, Fieber und schließlich Nackensteifigkeit. Sein Bewusstsein sei eingetrübt und er habe nur mit Hilfe eines Katheters Wasser lassen können.

In der am 05.01.1951 dokumentierten Liquorpunktion seien massenhaft Bakterien gefunden worden. Hieraus geht hervor, dass auch körperlich behinderte Menschen in Torgau inhaftiert waren. Eine Überweisung in ein anderes Krankenhaus war nicht erfolgt.

Fall Nr. 56 – „Lungentuberkulose und Zellenhaft“

Der 61-jährige Strafgefangene verstarb laut Krankenbericht am 02.05.1953 an offener Lungentuberkulose, Larynxtuberkulose mit Lähmung des linken Nervus recurrens (führte zur Lähmung des linken Stimmbandes) und Herz- und Kreislaufschwäche. Im Juni 1949 sei bei ihm röntgenologisch erstmals der Verdacht auf eine Lungentuberkulose gestellt worden, 3 Jahre nachdem am 03.04.1946 seine Haftzeit begonnen hatte. Von Juni 1949 bis Januar 1950 habe er wegen Verschattungen in der linken Lunge unter Lazarettbeobachtung gestanden. Im April 1951 dann wieder Aufnahme in die Krankenabteilung wegen Heiserkeit, Mattigkeit, Nachtschweiß und mangelndem Appetit. Mit einer Größe von 174 cm habe er 60 kg gewogen (BMI = 20), sein Allgemeinzustand wird als reduziert bezeichnet. Sein Gebiss sei nicht kaufähig gewesen. Es sei eine stationäre Behandlung erfolgt, die bis zu seinem Tod andauerte. Es wurden verschiedene Röntgenaufnahmen der Lungen angefertigt, das Sputum auf Tuberkuloseerreger untersucht, eine Tebethionkur durchgeführt, sein Kehlkopf gespiegelt, Medikamente zur Stärkung des Kreislaufs und zur Linderung des Hustens gegeben, eine spezielle Kost verabreicht („Tbc-Verpflegung“) und sein Zustand dokumentiert. Ab Januar 1952 wurde festgehalten, dass er schlecht esse trotz der „guten Tbc-Verpflegung“ und dauernd abnehme. Ab Februar habe er zunehmend unter Fieber gelitten, Herz- und Kreislaufmittel seien ständig notwendig geworden. Trotz der Medikamentengaben (Tecosal, Strophantin, Kampfer) sei der Verfall merklich voran geschritten und am 02.05. verstarb er nach sehr starker plötzlich auftretender Hämoptoe (Auswerfen größerer Blutmengen) um 19.55 Uhr. Er scheint während dieser Zeit auf der Krankenstation untergebracht gewesen zu sein und lag nicht im Zellentrakt mit den anderen Gefangenen.

Fall Nr. 65 – „8 Tage“

Der 55-jährige Mann verstarb am 25.02.1952 an Lungen- und Darmtuberkulose, sowie einer Herzmuskelschwäche, wie in dem Totenschein vermerkt wurde. Er war seit September 1946 in Haft, bis Dezember 1949 in Sachsenhausen, wie aus der Anamnese des behandelnden Arztes in Torgau hervorgeht. In Sachsenhausen hätte er 1948 eine Analfistel entwickelt, sei 1949 an Mumps und Grippe erkrankt. Nach seiner Überführung nach Torgau sei er im Dezember 1950 auf die Dystrophiestation verlegt worden. Im April 1951 waren die Befunde der Röntgenaufnahmen der Lunge als

kontrollbedürftig eingeschätzt worden, seit Februar 1952 hätten ihn starke Schmerzen in der Umgebung des Afters geplagt. 8 Tage vor der Aufnahme auf die Krankenstation am 15.02.1952 hätten dann flohstichartige, später flächenhafte Hautblutungen eingesetzt, sowie Erbrechen, Bauchschmerzen, Appetitmangel, Durst, Mattigkeit und Kopfschmerzen. Bei der Untersuchung hätten sich bei dem Patienten ausgeprägte Fistelbildungen in der Analgegend gezeigt. In der durchgeführten Rektoskopie (Enddarmspiegelung) hätten sich 2 Ulcera (Geschwüre) in der Darmschleimhaut etwa 20 cm ab anal gefunden. Unter weiterer Verschlechterung des Allgemeinbefindens des Patienten, Schmerzen und Gewichtsabnahme um 3 kg in 2 Tagen sei am 20.02.1952 eine Verlegung in den Krankenbau angeordnet worden. Ob der Patient aus seiner Zelle in den Krankenbau, oder von einer anderen Krankenstation dorthin verlegt wurde bleibt unklar. Der Patient erholte sich nicht mehr, habe am 24.02.1952 plötzlich einen Temperaturanstieg auf 40°C entwickelt, über Schmerzen im Unterbauch geklagt und sei dann auf der Toilette zusammen gebrochen. Am nächsten Morgen sei er im Krankenbau verstorben. Erwähnenswert ist hier die Beschreibung der auffallenden und teilweise sicherlich sehr schmerzhaften Symptome des Patienten (zum Teil großflächige und auffällige Hautblutungen, eitrig belegte Analfisteln), die bereits einige Zeit bestanden haben müssen, bevor sie zu dem protokollierenden Arzt geführt haben.

Fall Nr. 68 – „Herzschwäche“

Der 60-jährige Mann starb am 12.06.1953 um 3.23 Uhr laut Totenschein an den Folgen seiner Lungentuberkulose, die 1951 bei einer Röntgenuntersuchung diagnostiziert worden sei. Mit Zunahme von Husten, Nachtschweiß und Fieber sei er Anfang Juli 1952 auf die Krankenstation aufgenommen worden. Nachfolgend sind in der Krankengeschichte seine Beschwerden und die durchgeführten Untersuchungen und deren Ergebnisse sehr genau dokumentiert. Der Patient schilderte im Verlauf seiner Erkrankung außer den oben genannten Symptomen ein starkes Druckgefühl in der Brust und im rechten Rippenbogen, Appetitmangel, Schwächegefühl, Atemnot, Schmerzen in der Magengrube, Aufstoßen, Blähungen, Völlegefühl, kolikartige Bauchschmerzen, Erbrechen, Unruhe, Schlaflosigkeit, Schmerzen in der Herzgegend mit Angstgefühl und Kopfschmerzen. An Diagnostik seien durchgeführt worden: Anamnese, körperliche Untersuchungen, Gewichtsmessungen, Körpertemperaturmessungen, Blutdruckmessungen, Messung der ausgeschiedenen Urinmenge, Röntgenaufnahmen der Lungen, Laborbestimmungen (Urinanalysen, Blutanalysen, Sputumuntersuchungen auf Tbc.-Erreger, Stuhluntersuchungen, Magensaftanalysen) und EKG. An therapeutischen Maßnahmen seien durchgeführt worden: Aufnahme auf die Krankenstation, Injektionen mit Traubenzucker, Coffein und Digipurat, Antrag auf Verlegung des Patienten in ein Einzelbett

und in ruhigere Atmosphäre, Flüssigkeitsgabe, Nitrangabe, Injektion von Neospiran. Unklar bleibt, ob der Patient größtenteils ambulant behandelt wurde und erst im Mai 1953 wieder stationär aufgenommen wurde, oder ob die Verlegung auf die Krankenstube im Mai einer Verlegung, z. B. von der Tbc.-Station entsprach. Augenfällig bei dieser Krankengeschichte ist der Absatz vom 02.04.1953, in dem von der Unterbringung des Patienten in einer Massenzelle mit 30 Personen in Doppelbetten die Rede ist. In keiner der anderen vorliegenden Krankengeschichten wird auf die Unterbringung der Patienten hingewiesen, beziehungsweise eine Änderung derselben beantragt, wie in diesem Fall.

Fall Nr. 90 – „Beinamputation“

Der 56-jährige Mann von 168 cm Größe und 57 kg Gewicht (BMI = 20) war seit dem 15.08.1946 in Haft. Anamnestisch war er seit einer Wirbelsäulenverletzung 1940 100% Unfallrentner vor seiner Inhaftierung. Im Sommer 1947 sei er auf der Dystrophiestation behandelt worden, im Herbst 1948 sei röntgenologisch eine Lungentuberkulose festgestellt worden und er sei in das Lazarett eingewiesen worden. Zu dieser Behandlung fehlen Unterlagen. Seit dem Januar 1951 habe er unter zunehmender Schwäche, Atemnot und Appetitlosigkeit gelitten, wozu sich im November 1951 Bruststiche, Husten und Auswurf hinzugesellt hätten. Ab dem 03.03.1951 klagte er laut den ärztlichen Aufzeichnungen über Kribbeln und Stechen im rechten Fuß und Unterschenkel. Nach einer am 05.03. plötzlich einsetzenden Verfärbung des rechten Unterschenkels und des Fußes mit Sensibilitätsstörungen dauerte es bis zum 10.03.1951, bis eine chirurgische Intervention erfolgte, die hier die Amputation des rechten Beines in Höhe des Oberschenkels bedeutete. In den Aufzeichnungen ist erwähnt, dass der Antrag für diese Operation am 07.03. gestellt wurde. Der Patient wurde einen Tag nach der Amputation wieder auf die Krankenstation des Gefängnisses verlegt, wo er Fieber entwickelte und katheterisiert werden musste, da er seit der Operation an einem Harnverhalt gelitten habe. Innerhalb von 2 Tagen nach der Amputation des Beines verstarb er. Als Todesursache wurde die Lungentuberkulose angegeben im Totenschein.

Fall Nr. 91 – „Schlaganfall“

Am 14.02.1953 wurde der 58-jährige Mann (Größe: 168 cm, Gewicht: 69 kg; BMI = 23) durch die Ambulanz in die Krankenstube eingewiesen, nachdem er in der Nacht zuvor einen Schwindelanfall mit Bewusstlosigkeit erlitten habe, wonach Sprach- und Gangprobleme aufgetreten seien. Bei der Aufnahme habe er unter Kopfschmerzen, Brechreiz, Schwindelgefühl, Druck und Schmerzen in der Herzgegend gelitten. Bei der Untersuchung hätten sich Symptome eines Schlaganfalls mit Lähmung des Gesichtsnerven

und linksseitiger Gliedmaßenlähmung gezeigt. Therapeutisch wurden Bettruhe, Traubenzucker und Kühlung verschrieben. Die undeutliche Sprache habe sich zuerst gebessert, am 19.02. aber habe sich sein Zustand allgemein wieder verschlechtert. Die Halbseitenlähmung sei noch ausgeprägter gewesen, der Reflexstatus ebenfalls und der Patient habe weiterhin unter starken rechtsseitigen Bauchschmerzen gelitten. Er habe keine Nahrung bei sich behalten können, Fieber und Husten entwickelt und sei ab dem 24.02. nicht mehr ansprechbar gewesen. Am 25.02.1953 verstarb der Patient um 7.30 Uhr. Auffallend bei dieser Krankengeschichte ist die sehr ausführliche Dokumentation des Verlaufs mit akribischer Beschreibung der neurologischen Symptome. Der Patient wurde sehr genau untersucht, der Verlauf lege artis dokumentiert.

Kurzer Überblick über Tuberkulosediagnose und -behandlung im Nachkriegsdeutschland:

Bei den hier gefundenen 59 Fällen von Lungentuberkulose scheint es angebracht, sich mit dem Umgang mit dieser Krankheit in der interessierenden Zeit zu beschäftigen. Hilfreich waren hier deutsche Lehrbücher aus der Humanmedizin über Tuberkulose aus den Jahren zwischen 1948 und 1958. Zusammengefasst aus zwei dieser Werke⁶ soll hier exemplarisch ein Überblick über Diagnostik und Therapie der Tuberkuloseinfektion gegeben werden.

1) Diagnose der Lungentuberkulose

- Gründliche Anamnese
- Körperliche Untersuchung mit Inspektion des Brustkorbs, Perkussion und Auskultation
- Röntgenuntersuchung (sei außer bei der Wehrmacht ab 1944 in Deutschland noch kein Standard)
- Tuberkulinprobe und Sputumuntersuchung um Spezifität und Aktivität bestimmen zu können. Eventuell ergänzt durch eine Nüchternmagensaftanalyse bei negativer Sputumprobe.
- Bestimmung der Aktivität der Infektion (Körpertemperatur, Senkungsgeschwindigkeit, Blutbild)

⁶ Prof. Dr. H. Ulrici: Der praktische Arzt und die Tuberkulose. Springer-Verlag; Berlin, Göttingen, Heidelberg; 1948: 43-51

Prof. Dr. J. Hein, Prof. Dr. H. Kleinschmidt, Prof. Dr. E. Uehlinger: Handbuch der Tuberkulose in fünf Bänden, Band 1 – Allgemeine Grundlagen. Georg Thieme Verlag; Stuttgart; 1958: 106 ff, 198ff

2) Therapie der Lungentuberkulose (Auszugsweise)

- Antibiose (Streptomycin – 1944 erstmals isoliert und angewendet, Para-Aminosalizylsäure: PAS – 1946 als wirksam erkannt)
- Tuberkulinbehandlung (bei fieberfreien, chronisch verlaufenden Fällen)
- Heilstättenbehandlung
- Kollapstherapie
- Hygienisch-diätetische Allgemeinbehandlung
- Antipyretika (fiebersenkende Medikamente): Pyramidon, Arsen-Aspirinpillen bei subfebrilen Temperaturen
- Atropin, Agarizin, Salvysat, Kampfer gegen den Nachtschweiß
- Hustenstillende Mittel
- Appetitlosigkeit bekämpfen (Chinin, Pepsinwein, Diät)

Eine Einschätzung der Qualität von Diagnose und Therapie der Lungentuberkulose ist bei den sehr lückenhaften Krankenunterlagen der vorliegenden Fälle aus der Haftanstalt Torgau nicht einfach. Bei den ausführlicheren Krankengeschichten entsteht aber dennoch der Eindruck, dass die oben genannten Punkte Geltung hatten bei der Behandlung und dass sowohl diagnostische, als auch medikamentöse Grundsätze dieser Zeit in grundlegenden Punkten von den Ärzten beachtet wurden. In welchen Fällen aber ein Strafgefangener diesen diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten zugeführt wurde und wie z. B. die allgemeinen hygienischen Verhältnisse waren, lässt sich allein aus den vorliegenden Unterlagen nicht beurteilen. Einige therapeutische Möglichkeiten, die anderen Lungentuberkulose-Patienten dieser Zeit zur Verfügung standen, wie z. B. eine Heilstättenbehandlung, stand den Strafgefangenen von vornherein sicherlich nicht zu. Insgesamt bleibt die Einschätzung des Gesundheitszustandes der Strafgefangenen schon aus dem Grund exemplarisch, weil viele der in Torgau Inhaftierten bereits einige Jahre in anderen Einrichtungen, z. B. Sachsenhausen, verbracht hatten, worüber keine Unterlagen vorliegen. Nach Augenzeugenberichten⁷ gab es z. B. eine sehr hohe Rate an Tuberkulosekranken, die aus Sachsenhausen nach Torgau kamen und dort zuerst ignoriert wurden, bevor die Röntgenreihenuntersuchungen begannen. Dies bestätigen zum Teil die Anamnesen der Ärzte in Torgau, in denen oft von der Erstinfektion in Sachsenhausen berichtet wird.

⁷ Hans-Joachim Hantsche für die Landesgruppe Sachsen-Anhalt der Vereinigung der Opfer des Stalinismus: Diktaturwechsel und seine Folgen im Kreis Querfurt und Umgebung; Justizvollzugsanstalt Naumburg; Magdeburg; 2003:

Körperliche Folgen von Unterernährung

Ausgehend von den Berichten der extrem schlechten Verpflegung in den Speziallagern der in Frage kommenden Zeit, ist hier im Folgenden aufgeführt, welche Auswirkungen Hunger auf den menschlichen Körper und die Gesundheit hat.

„Aus normalem Ernährungszustand heraus reichen die Energievorräte für einen Erwachsenen für mindestens 40–50 Tage, vorausgesetzt die Wasserzufuhr ist ausreichend.“⁸ Beim Hungern wird zunächst das in der Leber gespeicherte Glykogen aufgebraucht, dann wird das Fettgewebe mobilisiert, so dass der Mensch mit der Zeit abmagert. Es werden auch die Eiweißreserven des Körpers verbraucht, was zu einer Atrophie (Verminderung) der Skelettmuskulatur führt. Der Körper kann nur noch in sehr geringem Maße benötigte Stoffe herstellen. Die gedrosselte Eiweißsynthese führt zu einer messbaren Abnahme der Eiweiße im Blut (Hypoproteinämie), zu einer Verminderung des blutbildenden Knochenmarks und des lymphatischen Apparates (körpereigene Immunabwehr) und führt zu einer verminderten Fähigkeit zur Regeneration seitens der Gewebe. Die Folge davon sind Hungerödeme (Hungerbauch), Anämie (Blutarmut) und Infektanfälligkeit. Der Patient kann im Extremfall im hypoglykämischen Koma (Koma durch „Unterzuckerung“) mit einer Dysbalance im Säure-Basen-Haushalt versterben. Ein hungernder Mensch magert also ab, entwickelt Ödeme, die Muskulatur, auch die des Herzens nimmt ab. Haut und Schleimhäute sind blass, ebenfalls atrophisch und zeigen Wundheilungsstörungen (Hungergeschwüre). Er neigt zu Infekten.

Diskussion der Ergebnisse

Bei der Sichtung der Krankenberichte fiel zuerst einmal ins Auge, dass in den Fällen, in denen ausreichendes Aktenmaterial vorhanden war, eine ausführliche Dokumentation der Krankengeschichten seitens der behandelnden Ärzte zu finden war. Es fanden sich Anamnesen, körperliche Untersuchungsbefunde, fortlaufende Krankengeschichten mit Ausführungen über Diagnostik und Therapie, sowie Fieberkurven mit Angaben über Laborbestimmungen und verabreichte Medikamente. Die Niederschriften, viele handschriftlich, einige in Maschinenschrift, zeugen von medizinischer Sachkenntnis (Vokabular, diagnostische und therapeutische Vorgehensweisen) und legen den Schluss nahe, dass die Verfasser ein Medizinstudium absolviert haben. Dokumentiert sind zahlreiche klinisch-chemische, als auch mikrobiologische Untersuchungen von Blut, Urin, Sputum, Liquor,

⁸ U.-N. Riede, H.-E. Schaefer (Hrsg.): Allgemeine und spezielle Pathologie; 4. akt. Auflage; Thieme Verlag Stuttgart, New York; 1995: 133

Magensaft, Stuhl und verschiedenen Abstrichen. Es wurden Röntgenuntersuchungen und EKG's durchgeführt, die Patienten körperlich untersucht, katheterisiert und punktiert. Es scheinen Medikamente, auch für die Behandlung der Tuberkulose, zur Verfügung gestanden zu haben. Die Genauigkeit und Ausführlichkeit der Dokumentation scheint im Widerspruch zu den Berichten über unhaltbare Zustände in der Unterbringung und Verpflegung der Häftlinge in Torgau zu dieser Zeit zu stehen. Eine Antwort könnte darin begründet liegen, dass die behandelnden Ärzte selbst Inhaftierte waren und keine Angestellten der Anstaltsleitung. Weitere Diskrepanzen zwischen den Krankenberichten und Augenzeugenberichten bestehen bei der Beschreibung der körperlichen Symptome der Häftlinge. Augenzeugen berichten von Wanzenplagen, Krätze, Skorbut, unhaltbaren hygienischen Bedingungen in den Zellen. Nichts davon findet sich in den Krankenakten. Auch Augenzeugenberichte über Misshandlungen der Häftlinge lassen sich durch diese Krankenakten nicht bestätigen. Es wird von keinen typischen Hautveränderungen berichtet, die z. B. für eine Krätze sprechen könnten, es werden keine Verletzungen beschrieben oder die hygienischen Verhältnisse in den Unterkünften beanstandet. Hinweisend könnte hier die auch in anderen Speziallagern, wie z. B. in Sachsenhausen, übliche Kontrolle der ärztlichen Tätigkeit durch übergeordnetes Personal sein. In Sachsenhausen behandelten mitinhaftierte Ärzte die Häftlinge und wurden von russischen Ärzten wiederum kontrolliert. Diese hätten regelmäßig alle Akten durchgesehen und die Zimmer inspiziert⁹. Dies könnte ein möglicher Grund für das Fehlen von offensichtlichen Zeichen der schlechten Haftbedingungen in den Akten sein. Auffallend war deshalb auch der Antrag auf ein Einzelbett für den herzkranken Patienten Nr. 68, der in einer Massenzelle mit 30 Mann untergebracht gewesen sei. Hier wurde einmalig die Unterbringung der Häftlinge erwähnt. In den Unterlagen von 71 Häftlingen fanden sich 93 Nennungen von verschiedenen Tuberkuloseerkrankungen zum Todeszeitpunkt. Die durchschnittliche Haftzeit betrug 4,2 Jahre, wobei die kürzeste Haftdauer 1 Jahr betrug. Sowohl die in der Haft verbrachte Zeitdauer, als auch viele Erwähnungen in den Anamnesen der Untersucher weisen auf einen Infektionsbeginn der Tuberkulose während der Haftzeit hin. In den Anamnesen wurde als Ort des Krankheitsbeginns vielfach Sachsenhausen angegeben. Aus den Krankenunterlagen war nicht klar zu ersehen, in welchen Fällen z. B. Lungentuberkulosepatienten auf die Krankenstation aufgenommen wurden. Im Falle einer ansteckenden Tuberkulose wäre es natürlich obligat gewesen die Patienten von den anderen nicht Infizierten Inhaftierten zu trennen.

Auffallend ist auch, dass sich kaum „chirurgische Diagnosen“ finden, wie z. B. eine Appendizitis (Blinddarmentzündung) oder eine Fraktur, wobei man bei einer solch großen Anzahl von Menschen wie hier von einem gewissen Prozentsatz dieser Erkrankungen ausgehen könnte. Bei den in den Akten genannten Diagnosen handelt es sich in erster Linie um Erkrankungen aus dem Fachbereich der Inneren Medizin. Dies könnte ein Hinweis auf die Facharztrichtung der dokumentierenden Ärzte darstellen. Es könnte auch bedeuten, dass nicht alle Patienten auf dieser Krankenstation behandelt wurden, diese Unterlagen aber nicht vorliegen. Eine chirurgische Station mit Operationssaal scheint es aber nicht gegeben zu haben innerhalb der Haftanstalt, zumindest liegt die Vermutung nahe, da einer der Patienten wegen einer Amputation des Oberschenkels in das städtische Krankenhaus Torgau überwiesen wurde. Eine Hinzuziehung von ambulant tätigen Ärzten außerhalb der Haftanstalt wird nicht erwähnt. Ein überlebender ehemaliger Häftling berichtet z. B. davon, in späteren Jahren in ambulanter Behandlung bei einem außerhalb der Haftanstalt praktizierenden Augenarzt gewesen zu sein. Ein solcher Fall findet sich in diesen Unterlagen nicht. Die zahnärztliche Versorgung scheint ebenfalls nicht gesichert gewesen zu sein. Der Zahnstatus der meisten Patienten wurde von den behandelnden Ärzten stark bemängelt, eine Möglichkeit der Zahnbehandlung wird aber an keiner Stelle erwähnt. Auch wenn der von den vorhandenen Daten ermittelte BMI mit 20 noch an der unteren Normgrenze liegt, weisen die Beschreibungen aus den Untersuchungsbefunden eher in Richtung von Unter- und Mangelernährung. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die vorliegenden Krankenakten von ausgebildeten Medizinern verfasst zu sein scheinen. Ob es sich dabei um Angestellte der Haftleitung oder mitinhaftierte Ärzte handelte kann aus dem vorliegenden Material nicht beantwortet werden, in dem alle Namen aus datenschutzrechtlichen Gründen geschwärzt wurden. Die beschriebenen Patienten werden nur in wenigen Fällen als in gutem Allgemein- und Ernährungszustand bezeichnet. Die hier aufgeführten Häftlinge waren oft unterernährt, litten in der Vielzahl der Fälle bereits langjährig an Tuberkulose, an der sie meist letztlich auch verstarben. In einigen Fällen wurde von den behandelnden Ärzten eine Verlegung von schwer kranken Patienten in das städtische Krankenhaus von Torgau geplant, jedoch verstarben alle Patienten, bis auf einen, vor der Verlegung. Der einzige Patient, der außerhalb der Haftanstalt behandelt wurde, wurde anscheinend wenige Stunden nach der Operation (Amputation eines Beines auf Höhe des Oberschenkels) wieder auf die Krankenstation zurückverlegt, verstarb dort nach kurzer Zeit. Die Entscheidung über die Verlegung von Patienten in das Krankenhaus scheint nicht bei den behandelnden Ärzten, sondern bei der Gefängnisleitung gelegen zu haben, wie aus den in den Unterlagen erwähnten Antragstellungen hervorgeht, die zumindest in einem der Fälle zu einer bedenklichen Verzögerung

⁹ Hans-Joachim Hantsche für die Landesgruppe Sachsen-Anhalt der Vereinigung der Opfer des Stalinismus: Diktaturwechsel und seine Folgen im Kreis Querfurt und Umgebung; Justizvollzugsanstalt Naumburg; Magdeburg; 2003: 64

rung der notwendigen Behandlung geführt haben. Die Bestätigung der in den Krankenakten und Totenscheinen dokumentierten Krankheitsdiagnosen durch eine Obduktion (Leichenöffnung) ist in keinem der vorliegenden Fälle durchgeführt worden, weshalb die Richtigkeit der Diagnosen natürlich angezweifelt werden kann. Außerdem ist bemerkenswert, dass nie der behandelnde Arzt auf dem Krankenrevier den Totenschein unterschrieben hat, wie man es erwarten könnte, sondern ein anderer Arzt, der nur auf den Revierarzt als letzten behandelnden Arzt hinweist. Die Totenscheine sind häufig auch erst ein bis zwei Tage nach dem Tod des Patienten ausgefüllt worden, was ebenfalls unüblich ist.

Bei der Arbeit mit dem vorliegenden Material sind einige Fragen aufgetaucht, die sich bislang noch nicht oder nur auf der Basis von Vermutungen beantworten lassen, was die Notwendigkeit weiterführender Untersuchungen deutlich macht.

Die Untersuchungen an dem vorliegenden Material sollen weiter fortgesetzt werden, wobei noch mehr Archivmaterial und Zeitzeugenberichte mit in die Beurteilung einfließen soll.

Anhang: Einschätzung von Allgemeinzustand (AZ) und Ernährungszustand (EZ), sowie des Zahnstatus, soweit in den Unterlagen vorhanden:

Allgemeinzustand (21 Nennungen):

Schlechter Allgemeinzustand	Neutrale Beurteilung	Guter Allgemeinzustand
Mäßig (3x)	ausreichend	Gut
Kachektisch		Muskulatur und Fettpolster genügt
Sehr schlecht		Fettpolster ausreichend (3x)
Stark reduziert		
Erheblich dystrophisch		
Dystrophisch		
Geschwächt (2x)		
Stark reduziert und kachektisch		
Reduziert (3x)		
Sehr geschwächt		
15 Nennungen	1 Nennung	5 Nennungen

Ernährungszustand (8 Nennungen):

Schlechter Ernährungszustand	Beurteilung	Guter Ernährungszustand
Dürftig (2x)	ausreichend	Gut (2x)
Reduziert (3x)		
5 Nennungen	1 Nennung	2 Nennungen

Zahnstatus (30 Nennungen):

Mängel am Zahnstatus	Neutrale Beurteilung	Guter Zahnstatus
Oberkiefer-Prothese, Unterkiefer zahnlos	Ober- und Unterkieferprothese (2x)	Gebiss saniert
Gebiss defekt (2x)	Gebiss kau-fähig (7x)	
Gebiss sehr defekt		
Gebiss mangelhaft (6x)		
Keine Kaufähigkeit (6x)		
Schlecht kaufähig		
5 gesunde, 1 gefüllter, 2 kariöse Zähne		
Gebiss stark defekt		
Gebiss lückenhaft		
20 Nennungen	9 Nennungen	1 Nennung

Danksagung:

Ich möchte mich bei den folgenden Personen dafür bedanken, dass Sie mir so bereitwillig Auskunft gegeben haben und mir damit sehr weiterhelfen:

Herr Benno Prieß
Herr Dr. Horst Hennig
Herr Heinz Lehmann

3. Erster Bericht über die Opfer der Diktaturen vor und nach 1945 in Zeitz* (Dr. Oskar Schmidt und Henriette Schmidt, Stand: 17. Januar 2005)

Zusammenfassung:

Während der Zeit des Nationalsozialismus und in den Jahren nach 1945 wurden Menschen aus Zeitz und Umgebung verhaftet und in Zuchthäuser oder Lager wie das KZ Buchenwald gebracht, in denen sie unter nicht zu rechtfertigenden, unmenschlichen Bedingungen jahrelang interniert waren. Zahlreiche verloren ihr Leben. Einige der Opfer wurden monatelang auch im Zeitzer Gefängnis festgehalten. Der Bericht zählt Beispiele auf.

1. Einleitung

In der Zeit des Nationalsozialismus und in den Jahren nach Ende des zweiten Weltkrieges wurden Einwohner aus Zeitz und Umgebung in das Zeitzer Gefängnis eingeliefert und von dort in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, das nach 1945 die Bezeichnung „Speziallager 2“ trug. In diesem waren die Haftbedingungen nach heutigen und auch nach damaligen Maßstäben unmenschlich. Die Verhältnisse während der NS-Zeit und in der SBZ unterschieden sich zwar wesentlich. Die Häftlinge litten aber sowohl vor als auch nach 1945 unter Kälte, schlechten hygienischen Verhältnissen, Krankheiten und Hunger. Das führte bei zahlreichen Inhaftierten nach kurzer Zeit zum Tode.

Die Inhaftierten, von denen hier die Rede ist, hatten persönlich keine Verbrechen begangen. Der Anlass ihrer Verhaftung stand in keinem Verhältnis zu der Strafe, die sie in Buchenwald erdulden mussten. Deshalb zählen wir diese Menschen heute zu den Opfern der damals herrschenden Diktaturen.

Außer dem Lager Buchenwald gab es zahlreiche andere Gefängnisse, Lager und Zuchthäuser, in denen Menschen, auch aus Zeitz und Umgebung, vor und nach 1945 unter ähnlich schlimmen Verhältnissen festgehalten wurden und zu Tode kamen.

Es ist ein Zeichen jeder freien, humanistischen Gesellschaft, wenn sie diese Opfer nicht vergisst, ihr Andenken bewahrt und ernsthafte Anstrengungen unternimmt, damit sich vergleichbare Vorgänge nicht wiederholen. In diesen Kontext sind auch die Bemühungen in Zeitz einzureihen, die seit der politischen Wende 1989 unternommen werden, um für alle Opfer von Gewalt Herrschaft, und zwar sowohl für die des Nationalsozialismus als auch für die von nach 1945, einen angemessenen Ort des Gedenkens zu schaffen.

* Bericht, verfasst aufgrund der Anfrage der Stadt Zeitz vom 13.12.04 und am 17.1.05 veröffentlicht

Ein solcher Ort soll auf dem Gelände des ehemaligen Zeitzer Gefängnisses entstehen, dass 2003 abgerissen wurde. Personen aus allen Zeitzer Bevölkerungsschichten waren in diesem Gefängnis inhaftiert und wurden zu Opfern von Gewaltherrschaft. Es besteht deshalb Anlass und Chance, dass alle Gruppierungen des Stadtparlamentes an der Entstehung einer Gedenkstätte mitwirken.

Geschichtsaufarbeitung gibt es außer in Zeitz selbstverständlich auch an anderen Orten der Neuen Bundesländer, und es lohnt sich, einen Blick auf das zu werfen, was andere zu diesem Thema unternehmen, beispielsweise wenn es um Bewertungen, die Wortwahl oder Finanzierungsfragen geht.

Bei der Geschichtsaufarbeitung besteht in den Neuen Bundesländern zwischen den politischen Parteien weitgehend Konsens darüber, dass auf dem Territorium der Neuen Bundesländer in der Zeit von 1933 bis 1989 keine Demokratien existierten einschließlich Drittem Reich, amerikanischer und sowjetischer Besatzungszeit und DDR. Selbstverständlich ist auch, dass die verschiedenen historischen Zeitabschnitte in keiner Weise gleichgesetzt werden können und dass Ursachen und Wirkungen bei der Beurteilung der Geschichtsabläufe nicht übersehen werden dürfen. Schließlich besteht auch Konsens darüber, dass es richtig und notwendig ist, an das Unrecht und entsetzliche Leid zu erinnern, das einzelnen Menschen geschehen ist, und zwar unabhängig davon, welcher politischen Partei oder gesellschaftlichen Gruppe sie damals angehört haben.

2. Zeitzer Bemühungen um die Opfer der Diktaturen

Es würde hier zu weit führen, alle Zeitzer Aktivitäten für Opfer von vor und nach 1945 aufzuzählen. Jedoch sollen einige Beispiele erwähnt werden.

Auf dem Altmarkt gibt es bereits seit 1950 das Denkmal für die Opfer des Faschismus. An diesem Denkmal wurden in jedem Jahr, auch nach 1989, Kränze zur Erinnerung und Mahnung niedergelegt. In den 90er Jahren wurde dieses Denkmal dann auch den Opfern aus der Nachkriegszeit gewidmet und im Auftrag der Stadt Zeitz mit dem Schriftzug „Den Opfern von Gewaltherrschaft“ versehen. Aufgrund von Protesten einiger Denkmalseigentümer wurde dieser Schriftzug jedoch wenige Monate später entfernt und wieder der ursprüngliche Text „Den Opfern des Faschismus“ angebracht.

Weiterhin wurde im Jahre 2000 im Auftrag der Stadt eine Gedenktafel am Hause des Verlegers und ehemaligen Oberbürgermeisters von Zeitz, Arthur Jubelt angebracht, aus der unter anderem hervorgeht, dass er 1947 in Buchenwald ums Leben kam.

Gegenwärtig gibt es Überlegungen der Stadtverwaltung, auf dem Gelände des ehemaligen Zeitzer Untersuchungsgefängnisses eine Gedenktafel oder einen Gedenkstein für alle Opfer von Gewaltherrschaft anzubringen. Das Gelände ist nach Umgestaltung für die LAGA ein würdiger, optisch ansprechender und auch geschichtsträchtiger Ort. Sowohl in der NS- als auch in der Nachkriegszeit haben zahlreiche Opfer aus Zeitz und Umgebung tage- oder monatelang in diesem Gefängnis gesessen, ehe sie in die Zuchthäuser und Lager abtransportiert wurden, aus denen mancher nicht mehr zurückkehrte.

3. Wer waren die Opfer?

Bei allen Bemühungen um die Opfer stellt sich natürlich die Frage nach den Namen und Schicksalen dieser Menschen. Nach Kriegsende erfasste die Zeitzer Stadtverwaltung systematisch die Opfer des Dritten Reiches. In Zusammenhang mit der Errichtung des „OdF-Denkmal“ wurde eine Liste der Betroffenen veröffentlicht. Später folgten weitere Publikationen. Mit den erweiterten Möglichkeiten seit 1989 begannen zusätzliche private Nachforschungen, zum Beispiel über die Zeitzer Juden, die während des Nationalsozialismus umkamen (W. Bliesener und J. Scheffler: Zeitz und seine jüdischen Einwohner im 20. Jahrhundert. In: D. Deye und R. Rittig (Hsg.) 1. Tag der Heimatgeschichte Zeitz und Umgebung. Verlag J. Stekovics, 2003, S. 47).

Über die Opfer von Willkürherrschaft aus der Nachkriegszeit wird in Zeitz erst seit 1989 öffentlich gesprochen. Eine systematische Aufarbeitung dieses Themas hat bisher noch nicht stattgefunden. In Publikationen und Zeitungsartikeln wurden zwar verschiedene Schicksale dargestellt, jedoch gibt es keine zusammenfassende Übersicht.

Um diese Lücke zu schließen, haben wir mit eigenen Nachforschungen begonnen und Zeitzeugen sowie Angehörige von Verhafteten befragt. Der vorliegende Text stellt einen vorläufigen Zwischenbericht über das Schicksal einiger Personen aus Zeitz und Umgebung dar, über die wir zuverlässige Informationen erhalten konnten.

Auf die Mitteilung der Namen der Betroffenen müssen wir zur Zeit leider weitgehend verzichten, da bisher keine Zeit war, die Genehmigung der Angehörigen einzuholen. Der vollständige Familienname wird deshalb im Folgenden nur dann genannt, wenn das Schicksal der betreffenden Person bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden ist oder eine Genehmigung vorliegt.

4. Opfer aus der Zeit 1933–1945

Im November 1950 wurde das OdF-Denkmal auf dem heutigen Altmarkt feierlich eingeweiht. Auch damals stellte sich die Frage: „Wer waren die Opfer?“ Man hatte Nachforschungen angestellt und gab das Ergebnis bei der Einweihungsfeier bekannt: „... ein VVN-Kamerad verlas 77 Namen von Zeitzer Antifaschisten und ihren Angehörigen, die in Gaskammern, Konzentrationslagern, Strafbataillionen oder an den Folgen der faschistischen Willkür ihr Leben lassen mussten“ (Freiheit, 14.11.1950). Die Namen dieser 77 Personen und die Umstände ihres Todes wurden nach unserer Kenntnis nicht veröffentlicht und sind zur Zeit unbekannt.

In einer anderen Liste, die 1969 in der Broschüre „Gedenkstätten im Kreis Zeitz – erinnern, mahnen, verpflichten“ (Herausgeber: Kreisleitung der SED Zeitz, o. J.) abgedruckt wurde, sind 74 Opfer genannt, ebenfalls ohne Namensangabe, jedoch mit Hinweisen zur Todesursache:

in Konzentrationslagern:	21 Genossen und Parteilose
hingerichtet:	1 Genosse
an den Folgen der Haft und Verfolgung gestorben:	18 Genossen
nach der Haft verstorben:	6 Genossen
im Strafbataillon 999 gefallen oder vermisst:	6 Genossen
in der faschistischen Wehrmacht gefallen:	12 Genossen
vermisst:	7 Genossen
erschossen:	1 Genosse
in Spanien:	1 Genosse
nach 1945 von Faschisten ermordet	1 Genosse
Summe:	74 Personen

Wahrscheinlich sind in dieser Aufstellung die Opfer unter der jüdischen Bevölkerung von Zeitz noch nicht vollständig berücksichtigt worden. Nachforschungen ergaben kürzlich, dass aus dem jüdischen Bevölkerungsteil von Zeitz mindestens 4 Personen während der Nazi-Zeit zu Tode kamen und als Opfer zu beklagen sind (persönliche Mitteilung von Herrn W. Bliesener, Tröglitz, 2004).

Von einigen Zeitzer Bürgern, die zwischen 1933 und 1945 ums Leben kamen, sind die Namen und Schicksale bekannt und bereits mehrfach veröffentlicht worden, weil man Straßen, Sportplätze und Gebäude nach ihnen benannt hat. Beispiele sind:

- Dr. Flörsheim (jüdischer Arzt in Zeitz, im KZ ermordet)
- Rudolf Puschendorf (aus Rasberg, 1943 im Strafbataillon 999 gefallen)
- Kurt Gutschmidt (geboren in Zeitz, in Buchenwald ums Leben gekommen)
- Otto Diehr (geboren in Zeitz, inhaftiert u. a. im KZ Sachsenhausen, 1947 an den Haftfolgen verstorben)

Zahlreiche Opfer überlebten die Zeit des Nationalsozialismus. Insgesamt wurden 1950 im Kreis Zeitz 327 OdF (Opfer des Faschismus) offiziell anerkannt.

5. Opfer aus der Zeit nach 1945

Auch nach 1945 mussten Menschen aus Zeitz und Umgebung unmenschliche Strafen erdulden, die in keinem Verhältnis zu den Vorwürfen standen, die ihnen zur Last gelegt wurden. Zahlreiche Betroffene dieser Willkürherrschaft kamen ums Leben oder verloren Gesundheit, Hab und Gut. Im Folgenden werden einige Beispiele genannt. Die Nachforschungen zu diesem Personenkreis haben erst begonnen.

- 1) Artur Jubelt (* 30.1.1894, gest. 6.12.47 in Buchenwald): er ist das bekannteste Opfer aus dieser Zeit und war bis zur Einstellung seiner Zeitung 1943 durch die Nationalsozialisten Herausgeber der „Zeitzer Neuesten Nachrichten“. Er wurde 1945 von den Amerikanern zum Oberbürgermeister von Zeitz ernannt, jedoch in der SBZ am 5.9.45 verhaftet, über Gefängnisse in Halle und Torgau in das „Speziallager 2“ in Buchenwald überführt. 1947 wurde er dort mit Bunkerhaft bestraft und verstarb an den Folgen (MZ 9.5.1998, Seite 10).
- 2) Herr H. (* 1904, gest. nach 1946 in Buchenwald, Datum unbekannt) Teilhaber einer Fabrik für militärisches Gerät nahe Zeitz, in SBZ enteignet und verhaftet, nicht angeklagt oder verurteilt; in Buchenwald verstorben. (Mitteilung von Angehörigen)
- 3) Herr H. (* 1904, gest. im Zuchthaus Brandenburg, Datum unbekannt) Handwerker bei Zekiwa, in SBZ 1945 oder 1946 verhaftet, keine Anklage oder Verurteilung, mehrere Wochen im Zeitzer Gefängnis, später im Lager Brandenburg, wo er verstarb (Mitteilung der Angehörigen).
- 4) Herr K. (* 1900, gest. 1947 Mühlberg) Arbeiter in Zuckerfabrik. Wegen Verwechslung mit einem SS-Mann gleichen Namens im September 1945 verhaftet, im Lager Mühlberg verstorben (Mitteilung der Angehörigen)

- 5) Herr J. (* 1900, gest. an unbekanntem Ort, Datum unbekannt) Direktor einer Ziegelei bei Zeitz; er leitete 1946 die Demontage der Fabrik für die Sowjetunion, wurde danach, ungefähr im Oktober 1946 nach Zeitz bestellt, dort verhaftet und kam nicht zurück. Ein anderer Häftling berichtete später, J. wäre im Roten Ochsen in Halle gestorben (Mitteilung der Angehörigen).
- 6) Herr L. (* 1900, gest. im Lager Mühlberg, Datum unbekannt) Ingenieur in Zernag, in SBZ 1945 verhaftet, keine Anklage oder Verurteilung; Zeitzer Gefängnis, Torgau, laut Aussage von Mitgefangenen im Lager Mühlberg verstorben, Datum unbekannt; bis heute keine Benachrichtigung der Familie (Mitteilung der Angehörigen).
- 7) Fritz Wendt (* ?, gest. im Lager) Direktor des Zeitzer Gymnasiums von 1939 bis 1943, in SBZ verhaftet, im KZ verstorben (www.gsg-zeitz.de/schulgeschichte.htm).
- 8) Johannes Weydling (* 4.3.1887, gest. 18.12.1948) Tabakwarenhändler aus Zeitz, von den Amerikanern 1945 verhaftet, in Bad Kreuznach interniert, 1946 in die Westzonen entlassen. Er kam 1946 freiwillig in die SBZ zurück, Verhaftung wenige Tage nach Ankunft in Zeitz, keine Anklage oder Verurteilung; ca. 6 Monate im Zeitzer Gefängnis, dann Gefängnis Naumburg, Roter Ochse in Halle, Lager Torgau und Buchenwald. Im August 1948 als Folge von Hunger todkrank entlassen, an den Folgen 4 Monate später in Zeitz verstorben (Mitteilung der Angehörigen).
- 9) Überlebende der Zuchthäuser und Lager.
Zur Zeit liegen uns die Namen von ca. 12 Personen vor, die zwischen 1945 und 1948 ohne Anklage und Urteil in Lagern wie Torgau und Buchenwald sowie an anderen Orten interniert waren und diese Zeit überlebten. Einige von ihnen wurden zeitweise auch im Zeitzer Gefängnis festgehalten.
- 10) Irene Scheffel und Inge Reichwehr aus Grana, 1951 verhaftet, 1952 unschuldig zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Hintergrund: am 6.11.1950 hatten zwei Lehrer aus Grana, H.-R. Beckmann und R. Ginholt, Flugblätter in die Zeitzer Kaserne der Roten Armee geworfen. I. Scheffel und I. Reichwehr waren völlig unbeteiligt, wurden jedoch von einem sowjetischen Militärgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt (MZ 20.3.04 und Mitteilung von Beteiligten).

6. Nachwort

Unsere Nachforschungen haben erst im Jahre 2004 begonnen und sind noch nicht abgeschlossen. Auch die Stadt Zeitz wird sich in Zukunft an der Aufarbeitung beteiligen. Man kann davon ausgehen, dass durch zukünftige Recherchen weitere Opfer nachgewiesen und noch offene Fragen beantwortet werden.

Nicht für alle Fragen, die sich jetzt stellen, wird es eine Antwort geben. Manches wird 50 bis 70 Jahre später unweigerlich im Dunkeln bleiben. Der vorliegende Bericht zeigt trotzdem sehr deutlich, welche schweren Schicksale einzelne Menschen damals erlitten haben.

Wir hoffen mit diesem Bericht dazu beitragen zu können, dass auf dem Gelände des ehemaligen Zeitzer Gefängnisses ein Ort entsteht, an dem ein würdiges Gedenken an die Opfer möglich sein wird.

7. Danksagung

Wir danken all denen, die uns vertraut haben und uns Informationen über eigene Erlebnisse oder das Schicksal ihrer Verwandten und Bekannten geliefert haben. Ohne diese Unterstützung wäre dieser Bericht nicht möglich gewesen. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, diesem Vertrauen gerecht zu werden.

Auch bei zukünftigen Recherchen sind wir auf die Hilfe der Zeitzer Bevölkerung angewiesen. Für Hinweise, Korrekturen und andere Informationen sind wir deshalb in jedem Fall sehr dankbar.

Oskar und Henriette Schmidt

Anschrift:

Dr. O. Schmidt,

Greifengasse 15

67105 Schifferstadt

Tel./Fax.: 06235/98362

4. Kammergericht: Unterbringung von Jugendlichen im ehemaligen Jugendwerkhof Torgau grundsätzlich rechtsstaatswidrig (15.12.2004)

5 Ws 169/04 REHA

(551 Rh) 3 Js 322/03 (286/03)

In der Rehabilitierungssache betreffend ...

hat der 5. Strafsenat als Beschwerdesenat für Rehabilitierungssachen des Kammergerichts in Berlin am 15. Dezember 2004 beschlossen:

1. *Auf die Beschwerde des Betroffenen wird der Beschluß des Landgerichts Berlin vom 11. März 2004 aufgehoben.*
2. *Auf den Antrag des Betroffenen wird die Anordnung des Ministeriums für Volksbildung der ehemaligen DDR, Abteilung Jugendhilfe, Sektor Heimerziehung, vom 27. September 1971, durch die der Betroffene in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau eingewiesen worden ist, für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben.*
Der Betroffene wird rehabilitiert. Er hat vom 17. September 1971 bis zum 31. Januar 1972 zu Unrecht Freiheitsentziehung erlitten.
3. *Der Betroffene hat einen Anspruch auf Erstattung notwendiger Auslagen für die Einweisung in den Jugendwerkhof Torgau, sofern ihm derartige Auslagen entstanden sind.*
4. *Kosten für das Rehabilitierungsverfahren werden nicht erhoben. Die dem Betroffenen in beiden Rechtszügen erwachsenen notwendigen Auslagen fallen der Landeskasse Berlin zur Last.*

G r ü n d e :

I.

Der Betroffene stammt aus ungünstigen familiären Verhältnissen. Die Ehe seiner Eltern wurde 1958 geschieden. Seiner berufstätigen Mutter fehlte die Zeit, um sich um seine Erziehung ausreichend zu kümmern. Nach den bei den Akten befindlichen Berichten von Jugendhilfeeinrichtungen der ehemaligen DDR machten sich bei ihm bereits frühzeitig Einordnungsprobleme und ein Mangel an Disziplin bemerkbar. Im Jahre 1962 wurde er in ein Kinderheim eingewiesen und von dort 1963 in ein Spezialkinderheim verlegt. Nachdem er 1966 in den Haushalt seiner Mutter entlassen worden war, folgte 1968 seine Einweisung in ein Sonderheimkombinat. Als Grund hierfür wurden sich verfestigende Fehlverhaltensweisen wie Rohheitsdelikte gegenüber Kindern, Wutausbrüche und Sachbeschädigungen genannt. Im Jahre 1970 wurde er in den Jugendwerkhof Hummelshain verlegt.

Mit Schreiben vom 16. September 1971 beantragte der Direktor des Jugendwerkhofs Hummelshain beim Ministerium für Volksbildung, Abteilung Jugendhilfe, Sektor Heimerziehung, der ehemaligen DDR, den Betroffenen in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau einzuweisen. Zur Begründung des Antrags wies er auf massive Disziplinschwierigkeiten hin, die der Betroffene bereits in anderen Heimen bereitet habe und die mit einer Milieuschädigung in früher Kindheit zu erklären seien. Sie hätten sich im Jugendwerkhof Hummelshain fortgesetzt. Der Betroffene beanspruche für sich eine „Prestigestellung“. Um sie zu erringen und zu verteidigen, schreke er nicht vor dem Einsatz seiner physischen Kräfte zurück. Durch mehrfache, zum Teil brutale Prügeleien sei er besonders in den letzten Wochen vor der Antragstellung zu einer Gefahr für die Kollektiventwicklung und die Sicherheit einiger seiner Kameraden geworden.

Am 17. September 1971 veranlaßte der Direktor des Jugendwerkhofs Hummelshain die Verlegung des Betroffenen in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Mit Schreiben vom 27. September 1971 gab das Ministerium dem Verlegungsantrag statt. Am 31. Januar 1972 wurde der Betroffene in den Jugendwerkhof Hummelshain rückverlegt. Von dort aus erfolgte am 21. April 1972 seine Entlassung zu seiner Mutter.

Der Betroffene hat zunächst beim Landgericht Cottbus beantragt, ihn hinsichtlich der Einweisungen in den Jugendwerkhof Hummelshain und den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau zu rehabilitieren. Das Landgericht Cottbus hat den Antrag durch Beschluß vom 31. Juli 2001 zurückgewiesen. Auf die Beschwerde des Betroffenen hat das Brandenburgische Oberlandesgericht am 26. Mai 2003 den Beschluß des Landgerichts Cottbus, soweit er die Unterbringung des Betroffenen in dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau zum Gegenstand hat, mit der Begründung aufgehoben, das Landgericht Cottbus sei für diese Entscheidung örtlich nicht zuständig. Die weitergehende Beschwerde hat es verworfen. Daraufhin hat das Landgericht Cottbus am 22. Juli 2003 das Verfahren über die Unterbringung des Betroffenen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau an das Landgericht Berlin verwiesen. Durch den Beschluß vom 11. März 2004 hat das Landgericht Berlin den Rehabilitierungsantrag als unbegründet zurückgewiesen. Die nach § 13 Abs. 1 StrRehaG zulässige Beschwerde des Betroffenen hat Erfolg.

II.

1. Das Landgericht Berlin war für die angefochtene Entscheidung örtlich zuständig.

Die Rechtsgrundlage für die Einweisung von Jugendlichen in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau bildete die von dem Minister für Volksbildung der ehemaligen DDR getroffene Anordnung über die Spezial-

heime der Jugendhilfe vom 22. April 1965 (GBl. DDR II 1965, 368), der Gesetzeskraft zukam. Nach § 2 Abs. 3 Satz 4 dieser Anordnung entschied über die Aufnahme in den Werkhof auf Antrag des Spezialheimes, in dem der Jugendliche untergebracht war, der Leiter der Zentralstelle für Spezialheime der Jugendhilfe, die in der Abteilung Jugendhilfe, Sektor Heimerziehung, des Ministeriums für Volksbildung eingerichtet worden war und ihren Sitz in Berlin (Ost) hatte. Für die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit der Rehabilitierungsgerichte tritt dieser Sitz an die Stelle des in § 8 Abs. 1 StrRehaG bezeichneten Bezirks, in dem das erstinstanzliche Strafverfahren oder das Ermittlungsverfahren durchgeführt worden ist. Er begründet die Zuständigkeit des Landgerichts Berlin für alle Entscheidungen über Rehabilitierungen hinsichtlich der Einweisungen in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau.

2. Nach § 2 StrRehaG sind auch von Behörden der ehemaligen DDR getroffene Entscheidungen einer strafrechtlichen Rehabilitation zugänglich, wenn mit ihnen eine Freiheitsentziehung angeordnet worden ist. Der Freiheitsentziehung ist das Leben unter haftähnlichen Bedingungen gleichgestellt. Diese Voraussetzung ist hier erfüllt. Wie noch dargelegt wird, unterlagen die im Jugendwerkhof Torgau untergebrachten Jugendlichen Freiheitsbeschränkungen, die den in Haftanstalten üblichen Bedingungen in nichts nachstanden.

3. Auch in Fällen des § 2 StrRehaG bildet die Vereinbarkeit der Freiheitsentziehung mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung das Kriterium für die Rehabilitation. Das folgt aus § 2 Abs. 1 Satz 1 StrRehaG, der die Vorschriften des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, also insbesondere auch die Generalklausel des § 1 Abs. 1 Halbsatz 1 für entsprechend anwendbar erklärt. Die in § 2 Abs. 1 Satz 2 StrRehaG hervorgehobene politische Verfolgung und die sonst sachfremden Zwecke stellen nur Beispiele für die Rechtsstaatswidrigkeit von behördlich veranlaßten Freiheitsentziehungen dar (vgl. Ladner/Schwarze in Rehabilitation, Potsdamer Kommentar 2. Aufl., § 2 StrRehaG Rdn. 4), denen der Gesetzgeber bei Einweisungen in psychiatrische Anstalten offenbar besondere Bedeutung beigemessen hat.

4. Soweit ersichtlich, hat die Rechtsprechung bisher bei Einweisungen in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau die Rehabilitation von den Gründen abhängig gemacht, die zu der Maßnahme geführt haben. So hat das Landgericht Halle in einem Beschluß vom 25. Oktober 1996 – 22 Reh 4480/95 – einen Antragsteller rehabilitiert, der lediglich wegen wenig gravierender Verletzungen von Heimordnungen der Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe nach Torgau eingewiesen worden war. In einem solchen Falle verstoße eine Freiheitsentziehung gegen das Verhältnismäßigkeits-

gebot. In einem Beschluß vom 16. September 1998 – (551 Rh) 4 Js 298/97 (250/97) – hat das Landgericht Berlin die Rehabilitation ausgesprochen, weil die Einweisung des Antragstellers damit begründet worden war, daß er nach Auffassung der Behörden der DDR stark durch westliche und kirchliche Einflüsse geprägt war. Dasselbe Gericht hat in einem Beschluß vom 28. November 2000 – (551 Rh) 4 Js 205/99 (192/99) – die Einweisung für rechtsstaatswidrig erklärt, da dort den Unterlagen zu entnehmen war, daß bei dem Antragsteller keine kriminellen Verhaltensweisen oder sonst schädliche Neigungen vorlagen, die aufgearbeitet werden mußten. Der Senat hat in einem Beschluß vom 17. Dezember 2003 – 5 Ws 652/03 REHA – die Rehabilitation einer Antragstellerin abgelehnt, die sich den Regeln eines Jugendwerkhofs widersetzt hatte, entwichen war, sexuelle Kontakte gegen Entgelt durchgeführt hatte und gegenüber anderen Personen tätlich geworden war. In dem Beschluß wird ausgeführt, die Einweisung sei nicht rechtsstaatswidrig, weil alle anderen Maßnahmen der dissozialen Entwicklung der Antragstellerin nicht hätten entgegensteuern können. Daß ihr Aufenthalt in Torgau mit erheblichen Einschränkungen verbunden gewesen sei, die heutigen Maßstäbe nicht gerecht würden, müsse sie deshalb hinnehmen. Schließlich hat der Senat in einem Beschluß vom 22. Juli 2004 – 5 Ws 377/04 REHA – dem Rehabilitierungsantrag stattgegeben, weil nach den Ermittlungen die Einweisung des Antragstellers in den Jugendwerkhof Torgau durch dessen kritische Einstellung zum damaligen Regime veranlaßt worden war und seiner politischen Umerziehung dienen sollte.

5. Nach dieser Rechtsprechung müßte die Beschwerde des Betroffenen verworfen werden. Anhaltspunkte dafür, daß seine Einweisung in den Jugendwerkhof Torgau eine Reaktion der Behörden der DDR auf seine politische Einstellung oder auf lediglich unangepaßtes gesellschaftliches Verhalten darstellte, sind den dem Senat zur Verfügung stehenden Erkenntnissen nicht zu entnehmen. Auch der Senat hat vielmehr davon auszugehen, daß das in dem Antrag des Jugendwerkhofs Hummelshain vom 16. September 1971 geschilderte Verhalten des Betroffenen, also wiederholte und schwerwiegende Verstöße gegen die Heimordnung vor allem in Form von Gewalttätigkeiten gegen andere Insassen des Jugendwerkhofs Hummelshain für die Einweisung maßgeblich gewesen ist.

Was der Betroffene hiergegen vorbringt, vermag im Ergebnis nicht zu überzeugen. Richtig ist allerdings, daß die von den DDR-Behörden gegen ihn ergriffenen Maßnahmen zum Teil kaum nachvollziehbar sind. So ist in keiner Weise ersichtlich, warum es erforderlich gewesen sein sollte, ihn bereits im Alter von sieben Jahren gegen den Willen seiner erziehungsbe-

rechtigten Mutter in einem Kinderheim unterzubringen. Desgleichen fehlt es an einer Erklärung dafür, daß die Leiter der Spezialkinderheime und des Jugendwerkhofs Hummelshain, in denen sich der Betroffene als Schläger betätigt und Körperverletzungen begangen haben soll, davon abgesehen haben, die Strafverfolgungsbehörden einzuschalten. Zur Zeit des Antrags auf Einweisung nach Torgau war der Betroffene bereits 16 Jahre alt, und mit der Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche wegen vorsätzlicher Körperverletzung wurde in der DDR sonst nicht lange gezögert. Zudem ist das Verhalten der Behörden gegenüber dem Betroffenen nach seiner Entlassung aus dem Jugendwerkhof Hummelshain am 21. April 1972 unverständlich. Der Betroffene nahm im Mai 1972 eine Arbeit als Schlosserhelfer im Gaskombinat Schwarze Pumpe auf und wohnte bei seiner Mutter. Gleichwohl ordnete der Jugendhilfeausschuß der Stadt Hoyerswerda am 24. August 1972 wiederum seine Heimerziehung, wenn auch mit Aussetzung zur Bewährung, an. Daß der Betroffene nach seiner Entlassung aus dem Jugendwerkhof Hummelshain irgendeinen Anlaß zu dieser erneuten Maßnahme gegeben hat, geht aus der Begründung des Beschlusses nicht hervor.

Diese Umstände rechtfertigen jedoch noch nicht die Annahme, daß die Unterbringung des Betroffenen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau aus anderen Erwägungen als denjenigen erfolgt ist, die in dem Antrag des Jugendwerkhofs Hummelshain vom 16. September 1971 aufgeführt worden sind. Welche Gründe dies gewesen sein sollten, legt auch der Betroffene nicht dar. Seiner Vermutung, es sei den Behörden der DDR darum gegangen, Zugriff auf ein für ihn in Berlin (West) errichtetes Konto mit Geld aus Unterhaltszahlungen zu erhalten, fehlt jede Grundlage. Für Unterhaltszahlungen, die ein in der Bundesrepublik Deutschland wohnender Unterhaltspflichtiger für einen in der DDR lebenden Unterhaltsberechtigten leistete, bestand zwischen der Bundesrepublik und der DDR eine Verrechnungsvereinbarung. Eine weitere Aufklärung der für die Einweisung des Betroffenen in den Jugendwerkhof Torgau maßgeblichen Gründe ist nicht mehr möglich.

III.

Die Beschwerde des Betroffenen hat dennoch Erfolg. Der Senat hält es nach Überprüfung der bisherigen Rechtsprechung nicht mehr für gerechtfertigt, bei der Unterbringung von Jugendlichen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau die Entscheidung über die Rehabilitation von den Gründen abhängig zu machen, die zu der Einweisung geführt haben. Vielmehr ergibt eine Würdigung der Umstände, unter denen die Einweisungen vorgenommen und die Unterbringungen durchgeführt wurden, daß hierbei die Menschenrechte der betroffenen Jugendlichen regelmäßig schwerwie-

gend verletzt wurden. Deshalb waren die Einweisungen unabhängig von den Gründen für die Anordnung regelmäßig mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar.

1. Im August 1990 konstituierte sich auf Beschluß des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung Torgau ein unabhängiger Untersuchungsausschuß zum ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, der am 18. November 1990 einen Abschlußbericht zu den Zuständen in dem Jugendwerkhof vorlegte. In der Folgezeit war der Jugendwerkhof Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschungen, deren Ergebnisse mehrfach veröffentlicht worden sind. Hervorzuheben sind: Bettina Klein/Hagen Rösner in: *Das Torgau-Tabu, Wehrmachtsstrafsystem, NKWD-Speziallager, DDR-Strafvollzug*, Forum Verlag Leipzig 1993 S. 232 ff; dieselben in *Dokumentation – Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau, Deutschland Archiv* 27 (1994) 2, S. 206 ff; Katrin Hopfe, *Schlimmere Zustände als im Gefängnis, Aufsätze aus Jugendstrafrecht und -kriminologie, Jugendhilfe und -sozialarbeit, DVJJ-Journal* 3/1996 (Nr. 153) S. 278 f.; *Einweisung nach Torgau, Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR*, Berlin 1997). Aus diesen Unterlagen ergibt sich im wesentlichen folgendes Bild.

a) Nach § 2 Abs. 3 der Anordnung über die Spezialheime der Jugendhilfe vom 22. April 1965 stellte der Geschlossene Jugendwerkhof eine Disziplinareinrichtung im System der Spezialheime der Jugendhilfe dar. Aufzunehmen waren Jugendliche, die in Jugendwerkhöfen und Spezialkinderheimen die Heimordnung vorsätzlich schwerwiegend und wiederholt verletzt hatten. Der Aufenthalt durfte in der Regel sechs Monate nicht überschreiten, die Einweisung konnte jedoch wiederholt angeordnet werden. Im Durchschnitt blieben die Jugendlichen vier bis fünf Monate im Jugendwerkhof Torgau.

Die weite Auslegungsfähigkeit der Einweisungskriterien führte in der Praxis dazu, daß die Leiter der Kinderheime und Jugendwerkhöfe willkürlich unbequeme, eigensinnige und renitente Insassen nach Torgau absoben. Es handelte sich oft um Jugendliche, die unter schwierigen familiären Bedingungen aufgewachsen waren, unangepaßt lebten und demzufolge den strengen Normen der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung nicht entsprachen. Damit diente der Jugendwerkhof Torgau, wie in dem Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses festgestellt worden ist, als Sammelbecken für eine Randgruppe der Gesellschaft. Die ihr Angehörenden sollten durch strenge Disziplinierung, politische Schulung und Arbeit zu widerspruchslosem, unbedingtem Gehorsam erzogen und in den sozialistischen Alltag eingegliedert werden.

b) Weder den betroffenen Jugendlichen noch ihren Erziehungsberechtigten wurde vor der Einweisung Gelegenheit gegeben, sich zu der beabsichtigten Maßnahme zu äußern. Die Arbeitsordnung des Jugendwerkhofs Torgau sah vor, daß das Heimatreferat der Jugendhilfe die Erziehungsberechtigten bzw. die nächsten Angehörigen über die Einweisung informierte. Da die Jugendlichen – wie auch im vorliegenden Fall – häufig schon vor der Entscheidung des dafür zuständigen Leiters der Zentralstelle für Spezialheime der Jugendhilfe nach Torgau verlegt wurden, erhielten die Erziehungsberechtigten in der Regel von der Verlegung erst nach ihrer Durchführung Kenntnis. Die betroffenen Jugendlichen erfuhren meist erst auf dem Transport nach Torgau, wohin es mit ihnen ging. Eine rechtliche Überprüfung der Maßnahme war nicht vorgesehen.

c) Der Jugendwerkhof Torgau war auf einem Gelände eingerichtet, das bis 1945 als Gerichtsgefängnis, anschließend als Gefängnis für sowjetische Militärangehörige und ab 1953 als Jugendgefängnis der DDR genutzt worden war. Der äußeren Sicherung des Areals dienten eine drei Meter hohe Mauer mit Glasscherben, Wachtürme, Suchscheinwerfer und Wachhunde an Laufketten. Die einzelnen Bereiche im Gebäude waren durch Gitter voneinander getrennt. Tagesräume, Schlaf- und Arrestzellen sowie die anderen Räumlichkeiten, in denen sich die Jugendlichen aufhielten, waren mit schweren, metallbeschlagenen Türen versehen. Die ständige Kontrolle der Jugendlichen bei verschlossener Tür gewährleistete ein Spion.

Die sanitären und hygienischen Verhältnisse waren bewußt so ausgestaltet, daß den Jugendlichen keinerlei Intim- und Privatsphäre blieb. Möglichkeiten, sich unkontrolliert zu waschen und die Notdurft zu verrichten, fehlten. In den Verwahrräumen, in denen nachts je acht Jugendliche eingeschlossen waren, mußte zur Verrichtung der Notdurft ein Kübel benutzt werden. Eine Verbesserung der hygienischen Bedingungen war nicht vorgesehen. Wie aus dem Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses hervorgeht, erklärte der Direktor des Werkhofs hierzu, der Kübel solle zur Abschreckung dienen und werde deshalb so belassen.

d) Nach der Ankunft im Jugendwerkhof Torgau mußte der Jugendliche alle persönlichen Gegenstände und Kleidungsstücke abgeben. Mädchen und Jungen wurden die Haare kurzgeschoren. Alsdann kamen bis zum Jahre 1987 alle Jugendlichen für die Dauer von drei Tagen in Isolierungsarrest, den sie in völliger Einsamkeit verbringen mußten. Die Arrestzelle war lediglich mit einer Holzpritsche, einem Hocker und einem Kübel für die Notdurft ausgestattet. Da ein Arzt nur einmal wöchentlich den Jugendwerkhof aufsuchte, war eine Begutachtung des Gesundheitszustandes der Jugendlichen vor der Isolierung nicht gewährleistet. Selbst mit den Einweisungsunterlagen überstellte Gutachten von Psychologen, die einzelne Jugendli-

che vorher betreut und im Hinblick auf deren psychischen Zustand dringend von einer Isolierung abgeraten hatten, bewahrten den Jugendlichen nicht vor dem dreitägigen Arrest.

e) In den folgenden Monaten war das Leben für die Jugendlichen von strenger Kontrolle und immerwährender Monotonie geprägt. Der gesamte Tagesablauf war vom Wecken um 5.30 Uhr bis zur Nachtruhe um 21.00 Uhr straff durchorganisiert und bis auf die Minute aufgegliedert. Er unterlag militärähnlichem Drill. Den Jugendlichen wurde bei der Einlieferung bekanntgegeben, daß sie sich während des Aufenthalts im Jugendwerkhof ausschließlich im Laufschrift zu bewegen hatten. Für die meisten Tätigkeiten existierten detaillierte Anordnungen, mit welchen Handgriffen sie zu erledigen waren. Gefordert waren bedingungslose Unterwerfung unter festgelegte Verhaltensnormen und widerspruchsloser Gehorsam.

Für eine persönliche, individuelle Entwicklung der Jugendlichen waren in diesem System bewußt keine Freiräume vorgesehen. Kreativität, eigenes Mitdenken und selbstverantwortliche Entscheidungen wurden unterdrückt. Das galt auch für die Bereiche der Arbeit, des Unterrichts und der Freizeitgestaltung. Die Beschäftigung in der metallverarbeitenden Produktion ermöglichte den Jugendlichen keinerlei berufliche Qualifizierung, sondern wurde ausschließlich als Mittel der Disziplinierung eingesetzt. Im Mittelpunkt des Schulunterrichts, der einmal wöchentlich stattfand, stand die politisch-ideologische Bildung und Erziehung. Die Freizeitgestaltung war ebenso streng organisiert wie der sonstige Tagesablauf. Stunden, in denen der Jugendliche eigenen Interessen, Neigungen und Hobbys nachgehen konnte, waren nicht eingeplant.

Eine weitere starke Belastung bedeutete es für die meisten Jugendlichen, daß sie – abgesehen vom Arrest – nie allein sein konnten, weil alle Aktivitäten im Kollektiv durchgeführt wurden. Für schwächere Gruppenmitglieder wirkte sich dies besonders nachteilig aus. Konnten sie die von ihnen verlangten Arbeitsleistungen nicht voll erbringen und blieb deshalb auch die Leistung der Gruppe im Wettbewerb mit anderen Gruppen zurück, so brachte ihnen dies Ärger mit den anderen Gruppenmitgliedern ein. Den in der Gruppenhierarchie schwächsten Jugendlichen fielen auch bei den täglichen Reinigungsarbeiten, die jeweils einem Kollektiv oblagen, die unangenehmsten Aufgaben wie die Kübelentleerung und die Toilettenreinigung zu.

f) Wichtigstes Mittel für die uneingeschränkte Disziplinierung der Jugendlichen bildeten neben wenigen Vergünstigungen – etwa die Möglichkeit des Kaufs einer Torte für die beste Gruppe – Strafmaßnahmen. Zu ihnen gehörten umfangreiche Reinigungsarbeiten, das Schreiben seitenlanger Auf-

sätze beispielsweise zu dem Thema: „Wie ich meinen Schnürsenkel auf und zu mache“, vor allem aber der Arrest und der Zwangssport.

Nach der Isolierungsanordnung aus dem Jahre 1967 durften Arreststrafen bei besonders schwerwiegenden und wiederholten Verstößen gegen die Hausordnung, bei Aufwiegelung anderer Jugendlicher und bei Fluchtversuchen verhängt werden. Tatsächlich wurden regelmäßig bereits für Verfehlungen von geringem Gewicht wie kleineren Störungen der Arbeit, des Unterrichts und der Nachtstunden, der Kontaktaufnahme zum anderen Geschlecht oder sog. gruppenzersetzendem Verhalten Verwarnungen ausgesprochen. Die dritte Verwarnung führte zum Arrest. Infolgedessen kam fast jeder Jugendliche während seines Aufenthalts in Torgau in den Arrest.

Der Arrest dauerte bis zu zwölf Tagen. Die Arrestzelle war, wie bereits erwähnt, mit einer Holzpritsche, einem Hocker und einem Notdurftkübel ausgestattet, der nur einmal täglich geleert werden durfte. Der Jugendliche verbrachte die Arrestzeit in völliger Isolierung. An Beschäftigungen waren lediglich das Waschen des Körpers, die Reinigung der Zelle und Arrestsport erlaubt. Im übrigen war dem Jugendlichen durch die Arrestordnung nicht nur das Benutzen der Lagerstätte außerhalb der Nachtruhe, der Besitz von Büchern, Zeitungen, Bleistiften und desgleichen und jede Art der Unterhaltung mit anderen Jugendlichen, sondern ausdrücklich auch das Herausschauen aus dem Fenster verboten. Auf dem Hocker durfte der Jugendliche nur sitzen, sofern sein Erzieher ihm dies erlaubte. Sonst hatte er daneben zu stehen. Zuwiderhandlungen führten zur nochmaligen Verschärfung der Arrestbedingungen.

Eine besonders geläufige Strafmaßnahme bildete auch der Zwangssport, der als Gruppen- oder Einzelbestrafung durchgeführt wurde. Er umfaßte hauptsächlich in vielfachen Wiederholungen das Sturmbahnlaufen der vormilitärischen Ausbildung, den „Torgauer Dreier“, der aus Liegestütz, Hocke und Hochstrecksprung bestand, und dem „Stuhlgang“, bei dem der Jugendliche mit einem Stuhl in den Flur treten, darüber springen und anschließend mit dem Stuhl in den Händen zehn Kniebeugen absolvieren mußte. Ferner hatten die Jugendlichen abwechselnd im Entgang und im Laufschrift oftmals die Gebäudetreppen auf- und abzulaufen sowie im Hofgelände im Laufschrift mit einer Schubkarre Eisenbahnschwellen zu fahren. Die Übungen, die bei jedem Wetter angeordnet wurden, konnten bei den Jugendlichen zur totalen körperlichen Erschöpfung führen.

g) Nachdem etwa 5000 Jugendliche den Geschlossenen Jugendwerkhof durchlaufen hatten und noch am 1. November 1989 ein Jugendlicher dort eingeliefert worden war, wurde der Werkhof auf telefonische Anweisung des Ministeriums für Volksbildung vom 3. November 1989 ohne Angabe

von Gründen aufgelöst. Die Rückführung der 60 jugendlichen Insassen in ihre Stammjugendwerkhöfe erfolgte in der Zeit vom 3. bis zum 6. November 1989.

2. Aufgrund dieser Feststellungen ist gemäß § 1 Abs. 1 und § 2 StrRehaG die Anordnung des Ministeriums für Volksbildung der ehemaligen DDR vom 27. September 1971 über die Einweisung des Betroffenen in den Jugendwerkhof Torgau für rechtsstaatswidrig zu erklären und aufzuheben, weil sie mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar war.

a) Zu den staatlichen Maßnahmen, die von der Generalklausel des § 1 Abs. 1 Halbsatz 1 StrRehaG erfaßt werden, gehören vor allem diejenigen, mit denen Gerichte und Behörden der DDR Menschen, die dem sozialistischen Persönlichkeitsbild und den politisch-ideologischen sowie gesellschaftlichen Wunschvorstellungen nicht entsprachen, unter Mißachtung ihrer Individualität und ihrer Würde reglementierten und drangsalierten und sie auf diese Weise zu Objekten staatlicher Interessendurchsetzung erniedrigten. Maßnahmen dieser Art sind als „Systemunrecht“ zu werten, das der Gesetzgeber in erster Linie der Rehabilitation zuführen wollte (vgl. Ladner/Schwarze in Potsdamer Kommentar, § 1 StrRehaG Rdn. 24). Die Grundlage der Prüfung, ob sie als rechtsstaatswidrig einzustufen sind, bilden die allgemeinen Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese Grundsätze sind vor allem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 und in der Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 zusammengefaßt. Daneben kann auch die Ordnung des Grundgesetzes als Orientierung dienen (vgl. Schröder in Bruns/Schröder/Tappert, Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz 1993, § 1 Rdn. 50).

b) Nach diesen Grundsätzen begegnet es bereits erheblichen rechtsstaatlichen Bedenken, daß die Einweisungen in den Geschlossenen Jugendwerkhof erfolgten, ohne daß den betroffenen Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten vorab die Möglichkeit gegeben wurde, sich hierzu zu äußern. Gerichtliche und behördliche Maßnahmen der ehemaligen DDR, die unter Verletzung grundlegender rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien zustande gekommen sind, unterliegen der Aufhebung, wenn sich aus dem Verstoß gewichtige Zweifel an der materiellen Richtigkeit der Entscheidung ergeben (vgl. Ladner/Schwarze aaO, § 1 StrRehaG Rdn. 160) oder wenn sie als besonders gravierend einzuschätzen sind (vgl. Schröder aaO § 1 Rdn. 52, 53).

Die Einweisungen in den Geschlossenen Jugendwerkhof hatten für die Betroffenen einen mehrmonatigen Freiheitsentzug unter strengsten Bedin-

gungen zur Folge. Die Jugendlichen zu einer Maßnahme, die sie in einem derart starken Maße belastete, nicht einmal anzuhören, stellte einen schwerwiegenden Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 der Menschenrechtskonvention und Art. 10 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dar. Diese Verfahrensweise fügte sich im übrigen in den anschließenden Vollzug der Unterbringung ein. Denn auch bereits in ihr kam deutlich die Geringschätzung zum Ausdruck, die die Behörden dem betroffenen Jugendlichen, seiner Persönlichkeit und seinen Rechten und Interessen entgegenbrachten.

c) Noch weitaus gravierender verstießen die mit den Einweisungen verfolgten Ziele und die Art ihrer Durchführung gegen grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien. Die Einweisungen betrafen Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen in den sozialistischen Vorstellungen nicht entsprechendes Leben führten. Sie sollten durch ein System, das sich aus strengster Disziplinierung, entwürdigenden Strafen, genauester Kontrolle des Tagesablaufs, Abschottung von der Außenwelt und ideologischer Indoktrination zusammensetzte, zu bedingungsloser Unterwerfung unter die staatliche Autorität gezwungen werden. Dieser Druck, der den Betroffenen bewußt keinerlei Freiraum ließ, begann mit der Einlieferung und der dreitägigen Aufnahmeisolation und blieb bis zum Tage der Entlassung unvermindert aufrechterhalten.

Von besonderer Bedeutung ist dabei der Umstand, daß es sich bei den Eingewiesenen um Jugendliche handelte, deren Persönlichkeitsentwicklung nicht abgeschlossen war. Jugenderziehung, die den Erfordernissen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung genügen soll, muß darauf ausgerichtet sein, bei den Jugendlichen durch Maßnahmen, die ihrem Entwicklungsstadium angepaßt sind, die Fähigkeit und den Willen zu fördern, ein verantwortungsbewußtes Leben zu führen. Von der Heranbildung einer derartigen sozialen Handlungskompetenz war die Erziehung in Torgau weitestmöglich entfernt. Für das Eingehen auf entwicklungsbedingte Probleme der Jugendlichen war bei ihr kein Raum. Ebenso fehlte jede Rücksicht darauf, daß die Jugendlichen aufgrund ihrer Herkunft und der Verhältnisse, in denen sie gelebt hatten, vielfach der gesteigerten Fürsorge der Gesellschaft bedurft hätten. In dieses Bild fügt es sich schließlich ein, daß Jugendliche, die gerade 14 Jahre alt, also fast noch Kinder waren, denselben Zwangsmaßnahmen wie ihre mehrere Jahre älteren Mitinsassen unterworfen wurden. Auch bei ihnen war die Behandlung, die ihnen zuteil wurde, dazu bestimmt und angetan, ihnen das Gefühl individueller Ohnmacht zu vermitteln und ihren jugendlichen Selbstbehauptungswillen zu brechen.

Unabhängige Untersuchungsausschuß zum ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau hat in seinem Abschlußbericht vom 18. November 1990 festgestellt, daß die Behandlung der dort untergebrachten Jugendlichen einen schweren Verstoß gegen deren Menschenrechte dargestellt hat. Alle dem Senat zu dem Jugendwerkhof Torgau vorliegenden Erkenntnisse bestätigen diese Feststellung. Die systematische Mißachtung ihrer Persönlichkeitsrechte verstieß auch bei denjenigen Jugendlichen gegen wesentliche Grundsätze einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung, die vor ihrer Einweisung beträchtliche Erziehungsprobleme bereitet hatten. Auch sie verloren nicht ihren Anspruch auf Achtung ihrer Menschenwürde.

e) Die Rehabilitierung kann schließlich nicht mit der Erwägung abgelehnt werden, bei den im Jugendwerkhof Torgau zu verzeichnenden Menschenrechtsverletzungen habe es sich um Übergriffe von Erziehern gehandelt, die unter strafrechtlichen Aspekten zu ahnden seien, nicht aber die Einweisungen als solche in Frage stellten. Eine derartige Einschätzung wird der Errichtung des Jugendwerkhofs und den dort während seiner gesamten Existenz bestehenden Verhältnissen nicht gerecht. Die in dem Werkhof beschäftigten Erzieher und sonstigen Bediensteten, die die Jugendlichen drangsalierten, mißbrauchten damit nicht ihre Befugnisse, sondern taten genau das, was die Leitung des Jugendwerkhofs von ihnen erwartete und das zuständige Ministerium für Volksbildung der ehemaligen DDR billigte und unterstützte. In diesem Ministerium waren die in Torgau herrschenden Verhältnisse im einzelnen bekannt. Anweisungen wie die Arrestordnung wurden dort bestätigt, es erfolgten Besuche von Mitarbeitern der zuständigen Abteilung des Ministeriums, und die Berichte, die nach den immer wieder unternommenen Suizidversuchen von Jugendlichen anzufertigen waren, gingen dort ein. Unter diesen Umständen stellten die Einweisungsentscheidungen des Ministeriums einen die Rehabilitierung begründenden Verstoß gegen die Menschenrechte der betroffenen Jugendlichen dar.

Der Senat hebt daher den angefochtenen Beschluß auf und gibt dem Rehabilitierungsantrag des Betroffenen statt.

Die Entscheidung über die Erstattung der durch die Unterbringung entstandenen notwendigen Auslagen beruht auf § 6 Abs. 1 StrRehaG, diejenige über die Auslagen im gerichtlichen Verfahren auf § 14 Abs. 2 und 4 StrRehaG.

Weißbrodt

Hees

Klemt

Der Abdruck der Artikel auf den Seiten 70 und 106 erfolgte mit freundlicher Genehmigung der „Mitteldeutschen Zeitung“.

Impressum

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Verfasser: Landesbeauftragte Edda Ahrberg

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: Harz-Druckerei Wernigerode, Februar 2005